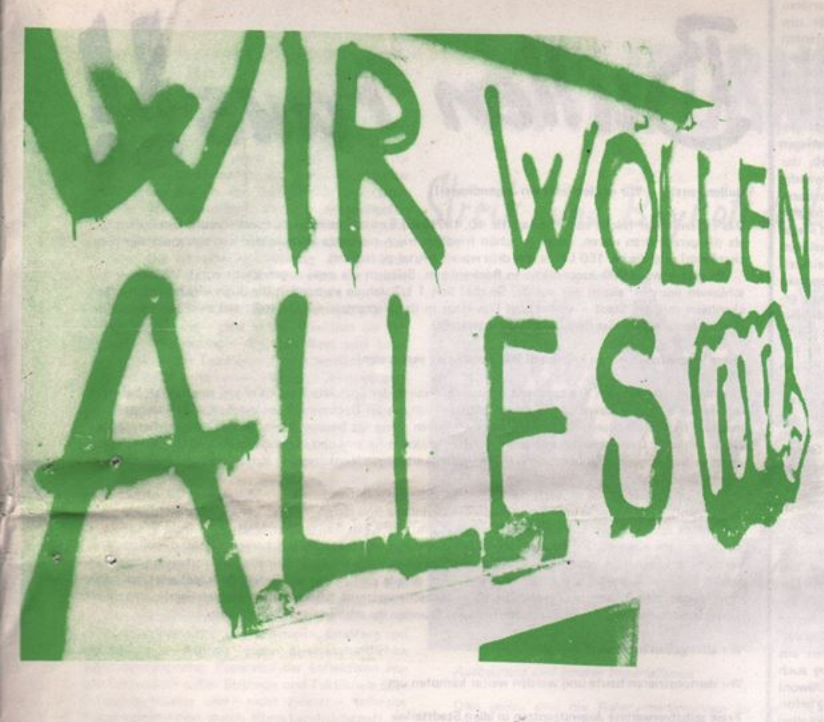


Nr. 21 (Oktober 1974) J 7581 EX DM 1.–

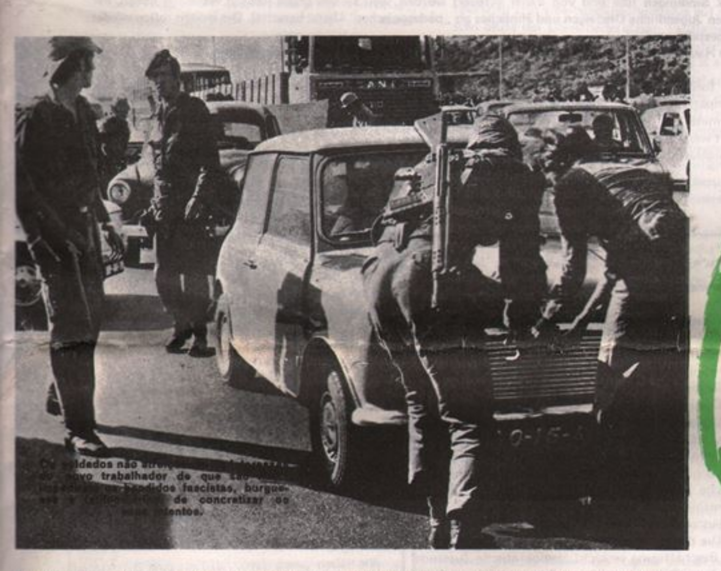
Inhaltsverzeichnis

Kontaktadressen mitarbeitender Gruppen:

Bochum: *Proletarische Front c/o A. Röhm, 463 Bochun, Markstr. 118*
Frankfurt: *Revolutionärer Kampf und Häuserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202*
Hamburg: *WWA c/o Manifest Buchladen, 2 Hamburg 13, Schlüterstr. 79*
Hannover: *Hannoversche Fresse: c/o A. Baumert, 3 Hannover-Linden 1, Postfach 20125*
Kassel: *Sozialistische Schüler- und Studenteninitiative c/o Redaktion der 'Auseinandersetzung', 35 Kassel, Hirtenweg 26*
Köln: *Arbeiterkampf c/o Heinzelhaus, 5 Köln 1, Moltkestr. 27*
München: *Arbeitersache c/o Basis-Buchladen, 8 München, Adalbertstr. 41b*
Nürnberg/Erlangen: *Gruppe 'Solidarität' c/o Politladen, 852 Erlangen, Postf. 2849*
Saarbrücken: *Gruppe Rote Fahne c/o Jens Jacobi, 66 Saarbrücken, Postfach 176*
Zürich (Schweiz): *Klassenkampf, Postfach 108, CH-8025 Zürich*

Redaktionsanschrift: Wir Wollen Alles c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

WIR WOLLEN ALLES erscheint monatlich. Einzelpreis DM 1,00. Abopreis für 12 Nummern DM 12,00 inklusive Porto. Druck und Verlag: POLITLADEN Erlangen. Presserechtlich verantwortlich Gisela Erler, 8 München 80, Josefsburgstr.16. Abolieferung wird aufgenommen, sobald der Betrag von DM 12,00 gezahlt wurde an: Wir wollen alles, Gaiganz, Konto: 4684-852 Pscha Nürnberg.



Mitglieder der „Bewegung der Streitkräfte" kontrollieren die Straßen Lissabons, um den Putsch der Rechten zu zerschlagen. Berichte aus Portugal S. 6–9

Der bewaffnete Kampf wird nicht ein Kampf von Avantgarden sein

MIR

Die Gruppe 2. Juni hat die Erschießung von U. Schmücker als exemplarische Aktion für den Umgang mit Verrätern in einem „Kommunique über Verrat" begründet (nachgedruckt im Langen Marsch Nr. 12). In der Nr. 17 druckten wir einen Brief Berliner Genossen ab, in dem der 2. Juni kritisiert wurde. Wir druckten den Brief, weil er eine Reihe von Punkten enthält, die auch uns als Kritikpunkte wichtig erschienen, nicht nur als Kritik am 2. Juni, sondern auch als Kritik an uns. Die Frage der Arbeitsteilung unter den Linken, das Verhältnis von legaler und illegaler Arbeit, das Verhältnis von Massenarbeit und bewaffnetem Kampf, die Frage der Verräter, für die es auch in unseren Gruppen Chancen gibt. Wir finden nicht jeden Satz dieses Briefes richtig, aber wir finden, daß man an diesem Brief die Argumente diskutieren muß, anders als der 2. Juni, der es nicht mehr für nötig hält, sich mit diesen Genossen auseinanderzusetzen (s. Info der Berliner undogmatischen Gruppen, Nr. 17).

Auf diesen Abdruck hin haben wir eine Reihe von Beiträgen erhalten, Kritik an der WWA vor allem: Wir dekorieren uns mit Militanz war die häufigste. „Da stößt man immmer wieder auf Anarchisten freaks, die mit einer tik-tik Bombe durch die Zeilen wetzen, auf schlaue Sprüche zum Thema (Militanz) und markige Knarren. Die Knarren sind meist in Chile – oder ähnlichen Artikeln zu finden, die Männchen bei „deutschen Verhältnissen". Diese Männlein sind Ausdruck von Spott und Resignation zugleich. Wie das nämlich mit der tik-tik Bombe gehen soll, erfährt man nicht. Allenfalls in Nebensätzen wird mal über die Arroganz der RAF gedeutelt, ist die Rede darüber, daß es so nicht ginge. Aber wie kann es gehen? Wie sollen wir das klären können, wenn nicht einmal die wenigen Versuche gewaltsamen Kampfes dargestellt werden. Die Militanz der WWA ist in weiten Teilen nur Dekoration." Was die Anarchisten freaks angeht, so geben wir dieser Kritik recht, es gab in der WWA häufig Comics und Nebentexte, die den Leser verwirren mußten, weil sie den Text indem sie erschienen, in Frage stellten, lächerlich machten und unklar blieb und bleiben mußte, was sich die Zeitungsmacher dabei dachten. Es mußte so scheinen, als drücke sich in diesen Widersprüchen „der Kampf zweier Linien" aus. Das ist schlecht, denn widersprüchliche politische Positionen sollten im Klartext ausgetragen werden. Die Kritik unterstellt aber auch, daß wir Militanz dann gut finden, wenn sie weit genug von der BRD weg passiert. Das halten wir für eine falsche Kritik, denn wir lernen von der MIR nicht, daß der bewaffnete Kampf nötig ist, sondern wie er auch möglich wird. Uns erscheint bei der MIR wichtig, wie sie diesen Kampf politisch vorbereitet und organisatorisch-militärisch führt, als Organisation, deren Verankerung in den Massen viel weiter vorangetrieben ist, als auch nur bei einer einzigen deutschen revolutionären Gruppe. Zur Frage der militanten Aktion in der BRD wollen wir unsere Position weiter klären. Im Zusammenhang mit den Häuserkämpfen, den Jugendhausinitiativen, den Auseinandersetzungen um die Tariferhöhungen der Straßenbahn haben wir die Militanzfrage sehr wohl diskutiert. Die Tatsache, daß wir über eine Aktion in der BRD nicht berichtet haben, drückt im übrigen nicht immer aus, daß wir diese Aktion für politisch falsch hielten, sowas hängt bisher häufiger mit der Art zusammen, mit der diese Zeitung gemacht wird. Wir sind dabei, daß auch zu ändern. Im übrigen gilt: Wir meinen nicht, daß alles was wir wollen, auch schon klar ist. Unsere Widersprüche sind die der politischen Gruppen, die diese Zeitung tragen und deren Teil wir sind. Diese Zeitung soll helfen, sie zu klären. Dazu der folgende Beitrag.



Frankfurter Jugendliche verteidigen das besetzte Jugendhaus in Bockenheim. Bericht S. 3

Zum Verhältnis von Massenarbeit und bewaffnetem Kampf

Es geht uns nicht darum, stets erneut zu betonen, daß der bewaffnete Volkskrieg der einzige Weg ist, die Bourgeoisie endgültig zu verjagen, aber dennoch meinen wir, daß der bewaffnete Kampf nicht auf der Tagesordnung der BRD steht. So platt behauptet das auch keiner, aber, so das gängige Argument derer, die die Politik der RAF oder des 2. Juni unterstützen, man muß ihn vorbereiten. Diese Vorbereitung aber hat unserer Meinung nach andere Schwerpunkte als die Organisation kleiner Kollektive, die da und dort, isoliert voneinander und von der realen Klassenauseinandersetzung militante Aktionen aus eigener Verantwortung durchführen. Wir meinen auch nicht, daß die wirklichen Probleme der revolutionären Bewegung darin bestehen, diese Ansätze zu vervollkommnen, durch bessere Logistik, geheimere Wohnungen, mehr Geld, mehr Mut, weniger Chancen für Verräter. Es fehlt der revolutionären Bewegung in der BRD gegenwärtig nicht an gewaltsamen Aktionen, die mehr oder weniger deutliche Signalfunktionen haben, massenhaften Widerstand nur ankündigen, praktischer Ausdruck von anti-imperialistischem Bewußtsein sind, Aktionen also, die der propagandistischen Interpretation bedürfen und die in der Regel nicht der Durchsetzung von Gegenmachtpositionen dienen.

In ihrer Stellungnahme gegen die Bullenmeldung, die RAF wolle Fußballstadien mit Raketen beschießen (s. Info Berliner undogmatischer Gruppen, Nr. 17), beschreiben die RAF-Genossen den Charakter der Aktionen, die sie verantworten (und das nehmen wir für repräsentativ für alle Aktionen dieser Art, auch die, die uns vom 2. Juni bekanntgeworden sind) folgendermaßen: „Die Meldung zielt als Mittel psychologischer Kriegsführung dahin, wo die Guerilla herkommt, in die Gefühle, die Seele, das Bewußtsein des Volkes, weil die Wirkung der militärischen Aktion der Guerilla in der ersten Phase vor allem eine politische, eine ideologische ist: Befreiung von Resignation – Befreiung der Phantasie – Polarisierung – Politisierung. Weil durch sie die Frage nach dem Sinn von Leben gestellt ist und Fragestellungen im Bewußtsein von vielen, im Denken von Millionen Fuß fassen, die wir dem rohen, brutalen, auf Profit, Konkurrenz, Tauschwert und Egoismus ausgerichtetem Besitzmaterialismus des Systems unvereinbar sind. Um schon den Gedanken an Befreiung zu lähmen, anti-imperialistische Fragestellungen auszumerzen, noch bevor sie sich selbst bewußt geworden sind und in Handlung umgesetzt werden können. Sie zielt darauf, das Wasser aus dem Guerilla kommt indem sie agiert, zu vergiften, das Volk gegen seine eigenen Bedürfnisse, Interessen und Utopien aufzuhetzen, zu einem Volk von Bullen zu machen. Sie zielt darauf, jeden einzelnen als Mensch, als moralisches Subjekt zwischen Befreiung und Verbrechen, Revolution und Faschismus zu

Fürs Kästchen zum Militanzartikel:

Worauf man sich auch ohne „beleidigenden Inhalt" vorbereiten muß: „Wenn vor dem Werkstor Flugblätter verteilt werden . . ., enthält das Flugblatt einen beleidigenden Inhalt, so liegt eine strafbare Handlung vor, gegen die sich der Verletzte auch durch seinen Vertreter, in dem Fall vermutlich der Werkschutz, wehren kann, gleich wo sich die Verteiler aufstellen, ob vor oder hinter der Grenze . . ., kann im Rahmen der Selbsthilfe und der Notwehr notfalls mit Nachdruck vorgegangen werden!"
(zit. aus: J. Jeschke, „Wie schütze ich meinen Betrieb? – Das Handbuch für alle Unternehmensbereiche")

zerreiben und zu zerreißen." Wir glauben zwar auch, und spüren es bei uns selber, daß solche Aktionen sich zur Identifikation eignen, man findet sie dufte, viele Jugendliche auch, auch Proleten, aber für die meisten bleibt das ein individueller psychischer Mechanismus, man reagiert ab, so müßte man es machen, aber man sieht ja auch, daß es nix bringt. Militanz, die für die Massen vor allem eine ideologische, bestenfalls psychische Funktion hat, brauchen wir nicht. Praktisch folgenreich ist diese Militanz leider vor allem für die, die daran mittelbar oder unmittelbar beteiligt sind. Sie demonstrieren ja nicht, daß man etwas für seine Interessen tun kann, sondern das Gegenteil, daß man daran kaputt geht. Auch das kann Militanz als Dekoration sein.

Für eine Militanz, die Massenbedürfnisse realisiert

Unsere Massenarbeit ist unentwickelt, im Betrieb, in der Stadt, in der Schule. Sie flackert auf in Aktionswochen und bricht in sich zusammen, meist in Niederlagen. Dann beginnen wir von neuem, an anderer Stelle. Ein Problem ist, diese Massenarbeit zu stabilisieren und erfolgreich zu machen, d. h. Massenbedürfnisse nicht nur zu artikulieren, sondern sie auch durchzusetzen. Hier stellt sich für uns neben anderen wichtigen Fragen die nach militanten Aktionen. Nicht legale, pazifistische Massenarbeit und illegale, militante Aktion sind die Alternative oder haben sich „dialektisch" zu ergänzen, sondern der Charakter der Massenarbeit muß so sein, daß sie perspektivisch in einen revolutionären Kampf einmündet. Soviel haben wir aus unseren Niederlagen gelernt: Alle Interventionen – ob im Betrieb, der Stadt, der Uni – ist gemeinsam, daß sie notwendig illegale und gewaltsame Aktionen umfassen müssen, wenn sie erfolgreich sein sollen. Und jede erfolgreiche Realisierung von Massenbedürfnissen wird illegalisiert werden, wird von Seiten des Staats gewaltsam unterdrückt werden. Darauf müssen wir uns einstellen. So berechtigt die „Wutmilitanz" von Genossen ist, wir müssen ein funktionales Verhältnis zu gewaltsamen Aktionen bekommen, wir, d. h. die Revolutionären Organisationen, die sowohl die politischen und organisatorischen Vorbereitungen für solche Aktionen tragen kann, als auch die Folgen dieser Aktionen. Die Folgen nämlich treffen in der Regel den Einzelnen. Solange eine Gruppe nur Aktionen plant und durchführt, aber nicht die geringsten Schutzfunktionen vor dem staatlichen Repressionsapparat ausüben kann, verheizt sie Genossen. Dann von Angst zu reden, die man überwinden müsse, ist moralisch.

Militanter Selbstschutz

Wir sehen hier einen Bereich, indem sich die Frage der Organisation von Militanz stellt und zwar, um Massenarbeit überhaupt erst zu ermöglichen. Der Schutz von Genossen und Sympathisanten, die bei Aktionen und Demonstrationen von den Bullen gekascht werden sollen, von Genossen, die Flugblätter verteilen oder Plakate kleben, Aktionen aus Demonstrationen heraus machen – oft genug auch ohne uns vorher zu fragen, ob sie dürfen. Obwohl dieser militante Selbstschutz schon oft genug gefordert wurde und seine Notwendigkeit auch fast allen klar ist, funktioniert er nur ganz selten.

Wir jammern über Spekulanten, die mit privaten Schlägerbanden Mieten eintreiben, Wohnungen zerstören, mietstreikende Ausländer terrorisieren. Aber wir können weder uns noch die ausländischen Arbeiterfamilien vor ihnen schützen, sie zum Teufel jagen. Im Frankfurter Häuserkampf und bei den Auseinandersetzungen im Zusammenhang mit den Fahrpreiserhöhungen gab es zahlreiche Fälle – und die gibt es auch anderswo –, bei denen selbst legale Massenarbeit (wobei wir immer beachten sollten, daß nie wir definieren, was legal ist) nicht mehr möglich ist, wenn wir nicht den Genossen- und Sympathisantenschutz organisieren.

Bei den wilden Streiks im letzten Jahr sind die Arbeiter in der Regel überrascht worden von der Brutalität der Schlägerbanden aus Polizei, Werkschutzmeistern und höheren Angestellten. In keinem Fall waren die Arbeiter darauf vorbereitet und hätten sich wehren können. Genossen aus revolutionären Gruppen in den Betrieben hätten da eine wichtige Rolle spielen müssen und auch können. Sie haben versagt militanten Widerstand zu organisieren, sie haben die Kollegen nicht darauf vorbereitet, haben abgewiegelt und pazifistische Parolen ausgegeben. Spätestens nach dem John-Deere-Streik hätten wenigstens die Genossen mit der gewaltsamen Niederschlagung von Streiks rechnen müssen.

Für offensive militante Aktionen

Im Opel gab es einmal eine Kampagne gegen die „grünen Stinker", Benzinfahrzeuge in den Hallen, die die Luft verpesteten. Alle Kollegen waren sauer, „Die grünen Stinker müssen weg", keinen einzigen haben wir lahmlegen können, eine militante Aktion, die ein Massenbedürfnis nicht nur artikuliert hätte, wir machten Kleber in der ganzen Fabrik, sondern auch realisiert hätte. Die Beispiele ließen sich fortsetzen, bei Jugendhaus-Initiativen, bei Aneignungsaktionen, wie sie in Italien passieren (ein Milchwagen in einem Arbeiterviertel von Rom wird gestoppt, die Frauen verteilen die Milch unter sich). In dieser Richtung, so meinen wir, müssen die offensiven Aktionen liegen. Sie müssen Gegenmacht aufbauen und zeigen, daß man Massenbedürfnisse auch durchsetzen kann.

Die Frage ist in diesen Fällen nicht, wieviele Leute sich an einer militanten Aktion beteiligen, manche Aktionen kann nur eine kleine Gruppe von Leuten vorbereiten und durchführen, dazu braucht man auch Spezialkenntnisse. Aber getragen, politisch und propagandistisch und gedeckt wären und sind diese Aktionen von großen Gruppen worden. **Die Punkte der gewaltsamen Intervention ergaben sich dann auch aus der Massenarbeit der Gruppe.** Die Vorbereitung solcher Aktionen verlangt aber zum einen politische Klarheit und verbindliche Organisationsformen, die auch die Folgen nicht zum privaten Problem der einzelnen macht.

– [illegible] des RK –

Die gewaltsame Intervention muß aus der politischen Massenarbeit enstehen!

Bullen raus!!

Bullen raus!!! – Wir wollen jetzt ein Jugendhaus!!!

Das riefen in der Nacht vom Freitag, 18. 10. 1974, auf Samstag mehrere hundert von uns den Bullen zu, als die gerade dran waren, unser so schön friedlich frisch besetztes Haus in der Varrentrappstraße (Bockenheim) und die ca. 150 Leute, die drin waren, brutal zu räumen.

Es gibt etwa 3.000 Jugendliche in Bockenheim. Seitdem die zwei Jugendclubs vor 1 1/2 Jahren geschlossen wurden, sitzen wir auf der Straße! Seit 1 1/2 Jahren verhandelt die Jugendhausinitiative Bockenheim mit der Stadt – vergeblich! Das Haus in der Varrentrappstraße steht seit zwei Jahren leer (es gehört der Stadt und ist dem Schulamt unterstellt).

Diese Verhältnisse waren kriminell! Wir wollten sie verbessern!

Wir hatten das Haus am Freitagabend nach einer Fete in der Sozialstation, wo es viel zu eng war, besetzt, um daraus ein Jugendzentrum in freier Selbstverwaltung für Bockenheim zu machen. Alles klappte prima, wir hatten zu essen und zu trinken und waren eifrig am beratschlagen, wie es weitergehen sollte. Doch in dieser Gesellschaft ist es uns verboten, wirklich für uns und die anderen Produktives zu leisten, es ist verboten, gegen die Isolation die Gemeinsamkeit, gegen Verdummung aufgewecktes, kritisches Verhalten zu setzen!

Und so kamen sie denn auch nach zwei Stunden, die Bullen von Knut Müller, von OB Arndt, von Jugendamtsleiter Faller, von Herrn Praxl vom Schulamt und deren Verbündete vom Kapital, denen an der Unantastbarkeit des Unternehmereigentums und somit am Besitz ihrer Macht und ihrer Mittel tausendmal mehr liegt als an unseren berechtigten Interessen! Diese Bullen kamen also und wollten uns vertreiben. Wir haben uns mit all unseren Kräften gewehrt, aber die kriminellen Terrorbanden von der Polizei (es sind Kriminelle, auch wenn sie – nein, gerade weil sie nur auf Befehl ihrer Vorgesetzten handeln, denen tote Räume und manipulierbares Menschenmaterial am korrupten Herzen liegt!), also diese Terrorbanden haben dann nach erbitterten zwei Stunden ihr schmutziges Ziel erreicht.

Wir aber geben nicht auf!

Wir demonstrieren heute und werden weiter kämpfen um:

Freie selbstverwaltete Jugendzentren in allen Stadtteilen
Einstellung von demokratischen fortschrittlichen Sozialarbeitern, wie dem Willi und dem Sigi aus dem JUZ Sindlingen (die sind von Faller gefeuert worden, weil sie uns gegen jemand verteidigt haben, der gegen Jugendliche Ohrfeigen und ähnliches als „pädagogisches" Mittel benutzt). Die beiden sollen wieder eingestellt werden!
Das Haus in der Varrentrappstr. als selbstverwaltetes Jugendzentrum in Bockenheim!

Wir fordern alle Eltern, netten Lehrer, bewußten Sozialarbeiter, Freunde aus der Umgebung und sonstige Sympathisanten zur Solidarität und zur handfesten Unterstützung unseres Kampfs auf. Achtet auf die Termine, die bekanntgegeben werden, an denen wir uns treffen, wenn der Kampf besprochen und diskutiert werden muß!
(Flugblatt der Jugendinitiative Bockenheim und des Jugendrates Frankfurt)

Bericht aus Frankfurt

Jugendamt besetzt

Am Nachmittag des 10. Oktober wurde das Jugendamt von Jugendlichen aus dem Jugendhaus Sindlingen und aus anderen Jugendhäusern und Jugendzentrumsinitiativen, die sich im Jugendrat zusammengeschlossen haben, besetzt.

Das ist der Anlaß: am 8. 10. wurde Sigi Fischer, pädagogischer Mitarbeiter im Jugendhaus Sindlingen, sechs Stunden vor Ablauf seiner halbjährigen Probezeit gekündigt. Ein sofortiges und generelles Hausverbot wurde zusätzlich ausgesprochen. Eine Woche zuvor war bereits Willy Thielsen, Ersatzdienstleistender im selben Jugendhaus, nach Haus Gallus versetzt worden.

Die beiden Mitarbeiter hatten im halben Jahr ihrer Beschäftigung versucht, demokratische Zustände im Jugendhaus einzuführen. Dazu gehörte, daß sie beispielsweise dafür sorgten, daß Vorgehensweisen gegenüber den Jugendlichen wie Ohrfeigen und dergleichen, wie sie vom Heimleiter Petersen praktiziert wurden, eingestellt wurden. Sie sorgten dafür, daß alle Jugendlichen an den Entscheidungen im Jugendhaus beteiligt wurden. Außerdem diskutierten sie mit den Jugendlichen deren Probleme in Betrieb und Stadtteil. So wurde eine Jugendvertretung der Farbwerke Höchst eingeladen; eine Diskussion über die Fahrpreiserhöhung geführt. Hierin liegt der Grund für ihre Entlassung: jede oppositionelle Bewegung, sei es unter Schülern, Lehrlingen, Lehrern oder Gewerkschaftlern, wird von der SPD-Regierung und den Vertretern in Stadt und Land heftig unterdrückt. Dieser Fall ist kein Einzelfall. Überall, wo Jugendliche in bestehenden Jugendhäusern ihre Initiative entfalten oder wo Jugendliche für freie, selbstverwaltete Jugendzentren kämpfen, stoßen sie auf heftigsten Widerstand. Deshalb ist dieses Go-in ins Jugendamt nur ein erster Schritt der Solidarität aller Jugendlichen. Damit die einzelnen Gruppen und Initiativen der Jugendlichen nicht alleine vor sich hinwurschteln, hat sich ein Jugendrat gebildet, der für ein gemeinsames Vorgehen sorgen will. Dazu wird eine gemeinsame Zeitung herauskommen, eine gemeinsame Kasse angelegt, weitere gemeinsame Aktionen durchgeführt.

Heute fordern wir, daß die Entlassung von Sigi Fischer sofort zurückgenommen wird; Willy Thielsen sofort ins Jugendhaus Sindlingen zurückversetzt wird; das Jugendhaus Sindlingen nicht geschlossen wird. Wir fordern weiter: Freie selbstverwaltete Jugendzentren! Kampf der jugendfeindlichen Politik des SPD-Jugendamtes!
(Flugblatt des Frankfurter Jugendhausrates)

Bericht aus Berlin:

Jugendliche verlesen Erklärung während der Rundfunksendung

Am 20. 9. 1974 haben die Jugendlichen eine im Haus der Jugend Zehlendorf stattfindende Rias-Lifesendung unterbrochen und folgende Erklärung abgegeben:

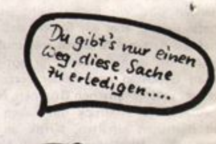
Wir haben genug davon, daß es immer teurer wird, hier ins Jugendhaus zu gehen, es kostet jetzt beinahe 5 DM, wenn man 4x in der Woche kommt – wer hat schon so viel Taschengeld.

Wir haben genug davon, daß von den Steuern, die unsere Eltern bezahlen, jede Scheiße bezahlt wird; wie der Kreisel, der geplante Zehlendorfer Tunnel, und die paar Mark für die Jugendhäuser nicht da sein sollen!

Wir haben genug davon, daß ein paar Bürokraten im Rathaus, die drei- bis viermal älter sind als wir, darüber bestimmen, was hier im Jugendhaus passiert und unsere Programme zensieren.

Deshalb fordern wir: 1. Freien Eintritt zu allen Veranstaltungen im Haus der Jugend und allen anderen Jugendhäusern! Übernahme aller Kosten durch das Bezirksamt. 2. Freie politische Meinungsäußerung im Jugendhaus – keine Zensur der durch die Jugendlichen aufgestellten Programme. 3. Einstellung und Entlassung von Jugendhausmitarbeitern nur mit Zustimmung der Besucher. 4. Umbenennung des Haus der Jugend in „Haus der Jugend Salvador Allende" – wie von den Besuchern gefordert. Diese Erklärung wurde von den über hundert anwesenden Jugendlichen mit großem Beifall aufgenommen.

Initiativkreis „open house" (nicht parteigebundener Zusammenschluß von Jugendhaus-Besuchern)





Beilagenhinweis:
Dieser Nummer liegt ein Prospekt der Verlage Trikont, Association und Politladen bei.

Wir wollen jetzt ein Jugendhaus!



1. Zur Situation in Bockenheim und Entstehung der Jugendhausinitiative

Bockenheim ist ein Stadtteil Frankfurts, in dem es nicht nur zu wenig Spielplätze, Schulen und Kindergärten, sondern auch kein Jugendhaus für die 3.000—4.000 Jugendlichen gibt.

Bis Sommer 1973 gab es noch zwei offene Jugendclubs: Der Club in der Robert-Mayer-Straße in den Kellerräumen des Jugendsozialwerks (JSW) war zwei- bis dreimal pro Woche Treffpunkt für ca. 15—20 Jugendliche, die in den kleinen, dunklen Räumen allerdings kaum Entfaltungsmöglichkeiten hatten. Die Jugendlichen wurden im Frühjahr 1973 auf die Straße gesetzt, weil man angeblich die Räume für ausländische Praktikanten brauchte. In Wirklichkeit waren die Jugendlichen dem JSW zu unbequem geworden, weil sie zuviel Putz gemacht haben.

Drei Monate später wurde auch dem letzten offenen Bockenheimer Jugendclub, dem Proteam, die Räume in der Markusgemeinde gekündigt, weil die Aktivitäten der Jugendlichen (Beteiligung am Frankfurter Häuserkampf, 'Bumsraum' etc.) der Kirche nicht in den Kram paßten.

Die Jugendlichen, die jetzt endgültig auf der Straße saßen, reagierten mit einem Go-in auf der Bockenheimer SPD-Bürgerversammlung und stellten zum ersten Mal öffentlich die Forderung nach einem Jugendhaus in Selbstverwaltung (im Sommer 1973) auf. Die unverschämte Antwort des Jugendamtsleiters Faller: vor 1984 wird kein Jugendhaus in Bockenheim gebaut. Die Konsequenz der Rausgeschmissenen angesichts dieser Frechheit der SPD war ihr organisatorischer Zusammenschluß zur Jugendhausinitiative Bockenheim (JIB).

Unser Vorgehen gegenüber der Stadt

Wir machten der Stadt deutlich, daß sie uns erst gar kein Haus zu bauen braucht, weil bereits 20 für ein Jugendhaus geeignete Häuser leerstanden. Doch all unsere Vorschläge lehnte das Jugendamt mit fadenscheinigen Begründungen ab (Privatbesitz, Baufälligkeit, im Wohngebiet gelegen usw.): Wir sollten uns auf dem „freien" Wohnungsmarkt selbst um Räume kümmern! (Jeder, der die Wohnungsscheiße in Frankfurt kennt, weiß diesen (Un-)rat zu schätzen.) Da das Jugendamt jedoch 3.000 Jugendliche nicht völlig vor den Kopf stoßen konnte, machte es uns Hoffnungen auf ein Haus in der Varrentrappstraße, die ehemalige Sozialstation Bockenheim, die das Schulamt seit Oktober 1972 leerstehen ließ.

Um dieses Haus haben wir seitdem ein Dreivierteljahr vergeblich verhandelt: viele Briefe mit dem Jugendamt gewechselt (ganz abgesehen von den unzähligen Telefonanrufen), Jugendamtsvertreter eingeladen, den Ortsbeirat und andere Organisationen eingeschaltet etc. Schließlich stellten wir bei einer öffentlichen Begehung des Hauses in den Sommerferien 1974 fest, daß es ein duftes Jugendhaus sein könnte. Dennoch weigerte sich die Stadt, es uns zur Verfügung zu stellen, und vertröstete uns mit immer neuen Vorwänden: das Haus sei baufällig; es müßten Büroräume für die benachbarte Berufsschule rein; es müßten dort Aufenthaltsräume für die Schüler dieser Schule eingerichtet werden etc. Dies alles fiel der Stadt jetzt ein, nachdem das Haus bereits 1 1/2 Jahre leerstand!

Wir ließen uns darauf ein und widerlegten jeden dieser Vorwände, und siehe da, prompt fiel der Stadt ein, daß sie gar kein Geld für ein Jugendzentrum Bockenheim hatte!

So wurden wir von der SPD-Bürokratie ständig an der Nase herumgeführt und an die Kette gelegt. Denn diese einjährige Durststrecke langweiliger Verhandlungen brachte uns dem Jugendhaus praktisch keinen Schritt näher und lähmte gleichzeitig eine stärkere Mobilisierung Bockenheimer Jugendlicher. Im Gegenteil — die JIB schrumpfte von anfangs 60 auf 20 aktive Mitglieder, wobei die Studenten und Oberschüler am meisten Ausdauer hatten.

Unsere Mobilisierungsversuche durch Feste, Flugblätter, Info-Stände, Rundfunksendungen etc. waren für die Katz, denn Verhandlungen führen, Briefe schreiben, einmal in der Woche wichtige Sachen nur diskutieren, das waren keine Perspektiven für die meisten Jugendlichen, die nur bei direkten Aktionen mitmachen. So sahen wir die 150—200 Leute, die zu unseren Festen kamen, danach auf Terminen nicht mehr wieder.

Unsere anfängliche Einschätzung, erst solang wie's geht legal, d. h. vor allem auf dem Verhandlungsweg vorgehen zu müssen, um dann erst direkte — illegale — Aktionen (z. B. Hausbesetzung) vor den Jugendlichen und der Stadt begründen zu können, erwies sich in beiden Richtungen als falsch: denn erstens, **der Verhandlungsweg ist unendlich lang:** die Stadt hat uns erst solange hingehalten, bis wir kurz vor dem Abbruch der Verhandlungen standen, um uns dann wieder zu ködern, indem sie uns Hoffnungen auf die Varrentrappstraße machte, was zu erneuten Verhandlungen führte, die die Stadt wieder endlos verzögerte, und das wäre so weiter gegangen mit uns, bis wir entweder resigniert hätten wie viele andere vor uns oder einfach zu alt geworden wären, und dann mit der nächsten Generation Jugendlicher usw. . . .

Und zweitens: Die Jugendlichen hätten direkte Aktionen für ein Jugendhaus damals genauso gut verstanden wie heute, nach einem Jahr vergeblicher Verhandlungen!

Am schlimmsten an der ganzen Verhandlungsscheiße aber war, daß die JIB selbst immer mehr schrumpfte und sich immer mehr von den Jugendlichen isolierte. Der Teufelskreis, auf den wir uns eingelassen hatten — daß nämlich bloße Verhandlungen die Mobilisierung abwürgten, ohne diese Mobilisierung jedoch Verhandlungen erfolglos bleiben mußten, hätte uns im Sommer 1974 beinahe ausgelöscht!

Die einzige positiv zu nennende Aktivität aus dieser Zeit war (vielleicht außer den Festen) die Organisation der Jugendhausinitiativen und Jugendhäuser des Frankfurter Raumes im Jugendhausrat. So wurde in diesem Rahmen die Räumung des bestzten JUZ in Selbstverwaltung in Fechenheim (einem anderen Frankfurter Stadtteil) verhindert sowie eine Kirchenvorstandssitzung gesprengt, auf der ein linksradikaler Mitarbeiter eines kirchlichen JUZ gefeuert werden sollte. Außerdem wurden für alle Jugendhausinitiativen und Jugendhäuser relevante Fragen wie Sinn und Zweck von Sozialarbeitern andiskutiert. Doch auch der Jugendhausrat kam im Sommer 1974 zum Erliegen. Dies hatte uns dem JUZ Bockenheim zunächst keinen Schritt näher gebracht.

Jetzt lag auf der Hand, daß eine Besetzung des Hauses in der Varrentrappstraße die einzige Möglichkeit war, sich aus dem Verhandlungsdilemma zu befreien, und endlich eine neue Stufe im Kampf um das Jugendhaus zu erreichen, denn

— das Haus in der Varrentrappstraße ist am ehesten geeignet für ein Jugendhaus Bockenheim von seiner Lage und seinem Zustand her und weil es bereits der Stadt gehört.

— Wir hatten die Schnauze voll von den aussichtslosen Verhandlungen, aussichtswohl sowohl, das Haus sofort zu bekommen, geschweige denn es in Selbstverwaltung zu bekommen.

— Die Hausbesetzung war eine entscheidende Möglichkeit, die Jugendlichen wieder zu mobilisieren mit der Perspektive, diese ihre Sache selbst in die Hand zu nehmen.

Nun waren gerade in diesem Jahr mehrere besetzte Häuser in Frankfurt brutal geräumt worden; Oberbürgermeister Arndt hatte gar angekündigt, bis zur Wahl gäbe es gar keine besetzten Häuser mehr in Frankfurt. Trotzdem hatte eine Besetzung der Varrentrappstraße Aussicht auf Erfolg, weil

— dafür viel agitiert und mobilisiert wurde, so daß einigermaßen sicher war, daß viele Jugendliche aus Bockenheim und anderen Stadtteilen mitkämpfen würden.

— Sogar Jusos, DKP und indirekt das Jugendamt uns dazu versteckt aufgefordert haben.

— Und vor allem, weil in dieser Situation die SPD mit einer gewaltsamen Räumung dieses von ihr bereits als Jugendhaus geplanten Gebäudes ihre Wahlkampfgelabere vom 'sozialen Fortschritt' eine Woche vor der Landtagswahl in Hessen völlig entlarven würde. (Entsprechend heftig sind auch die Verteidigungsreaktionen von Arndt, Müller & Co, für die wieder einmal der „harte Kern der Chaoten in Frankfurt a. M." sowie „reine Kriminelle" für die Besetzung verantwortlich sind (FR, 21. 10. 1974))

Konkret wurde beschlossen, am 18. 10. 1974 ein Fest in der neuen Sozialstation Bockenheim zu veranstalten mit möglichst vielen Jugendlichen auch aus anderen Stadtteilen. Dazu wurden 5.000 Flugblätter an Jugendliche verteilt, 200 Plakate geklebt, Ankündigungen in Presse und Rundfunk gemacht, mit Jugendlichen geredet etc. Außerdem wurde der Jugendhausrat wieder einberufen und es kamen prompt 50 Leute als Vertreter von ca. 10 Gruppen, die daraufhin die Jugendlichen in ihrem Stadtteil für das Fest mobilisierten. (Außerdem organisierte der Jugendhausrat in dieser Zeit noch die Besetzung des Jugendamtes am 10. 10. 1974 aus Protest gegen die Entlassung zweier Mitarbeiter des Jugendhauses Sindlingen.) Zu diesem Zeitpunkt tauchten bereits die ersten Vertreter von KPD und KBW im Jugendhausrat auf, allerdings legitimiert als Vertreter von Jugendhäusern.

Zum Fest kamen dann auch ca. 300—400 Jugendliche, es wurde Musik gemacht, getanzt, diskutiert, wie man ein Jugendhaus bekommt. Dann spielte eine Theatergruppe ein Stück über die Jugendhausmisere in Frankfurt und die Verhandlungsscheiße mit der Stadt; danach wurde es den Jugendlichen endgültig klar: Was wir brauchen, müssen wir uns nehmen. So zogen 300 Jugendliche los und besetzten gegen 20.15 Uhr das leerstehende Haus in der Varrentrappstraße. Die Bullen wußten von nix und waren scheinbar nicht darauf vorbereitet, und auch OB Arndt hatte nicht damit gerechnet — dagegen war die Besetzung natürlich nicht unvorbereitet.

Sofort machten wir's uns im Haus gemütlich mit Matratzen, Möbeln, Musik, Farbe und Pinsel und wir zeigten mit Transparenten an den Außenwänden, daß dies von nun an unser Jugendzentrum, in dem wir gemeinsam bestimmten, was gemacht wird, sein sollte. Dann holten wir die Pressefritzen, um der Öffentlichkeit zu zeigen, daß wir viel besser unsere Sache selber in die Hand nehmen können anstatt sie verwalten und vergewaltigen zu lassen von den Politiker-Bonzen. Dies sagten wir auch Herrn Faller, dem Jugendamtleiter, am Telefon, doch dieser gab sich schmierig und sagte, wir hätten das Haus eh' bald bekommen, jetzt müsse man zwar noch weiter verhandeln, aber die Bullen kämen nicht, um zu räumen. Wir ließen uns davon einlullen und rechneten mit nitx mehr, doch die Quittung für unser Vorgehen bekamen wir dann um 23.00 Uhr vom OB Arndt: Er bestand darauf, Strafantrag wegen Hausfriedensbruchs zu stellen und das Haus zu räumen, damit ihm die CDU nicht mit Law- and order-Parolen a la Dregger zuvorkommen kann.

Als die Bullen, zunächst ca. 70—100, vorfuhren, waren wir böse überrascht; sie begannen sofort, ohne eine einzige Aufforderung, daß wir das Haus freiwillig verlassen sollten, die Türen und Fenster einzuschlagen und gleich auf die ersten Besetzer loszuprügeln. Wir waren auf eine militante Verteidigung nicht vorbereitet und so verhielten wir uns meist passiv, nur einige schleuderten aus Wut den Bullen Wasser, Flaschen sowie den inzwischen dank bürgerlicher Presse als Mordinstrument berüchtigten Feuerlöscher entgegen. Die Bullen beruhigten sich nach einiger Zeit als sie merkten, daß wir uns nicht wehren. Dann wurden **alle** Jugendlichen, die sich im Haus befanden, durchsucht, in grüne Minnas verfrachtet und zum Bullenpräsidium gebracht — insgesamt 250 (!) Verhaftete. Dies dauerte allerdings über zwei Stunden, und die Nachricht von der Räumung hatte sich schnell rumgesprochen, so daß auf der Straße sich inzwischen 200—300 meist Bockenheimer Jugendliche sowie einige Studenten versammelt hatten. Diese versuchten, die Bullen vom Haus zu vertreiben mit Steinen und anderen Wurfgeschossen, die in Massen wie selten zuvor auf die Bullen flogen. Halb erreichten sie ihr Ziel auch, denn nachdem zeitweise nur noch ein Wasserwerfer einsatzfähig war — einer oder zwei waren außer Gefecht gesetzt worden —, mußten die Bullen sich bis vors Haus zurückziehen und die Verhaftungen unterbrechen, bis Verstärkung kam. Dabei wagten es die Bullen nie, offensiv mit Schlagstöcken gegen die Jugendlichen vorzugehen, sie versteckten sich nur hinter ihren Schilden und Wasserwerfern, wo vom Haus aus stark bejubelt wurde. So wurden auf der Straße nur ganze drei! Jugendliche festgenommen. Diese Schlacht dauerte bis 1/2 2 Uhr nachts.

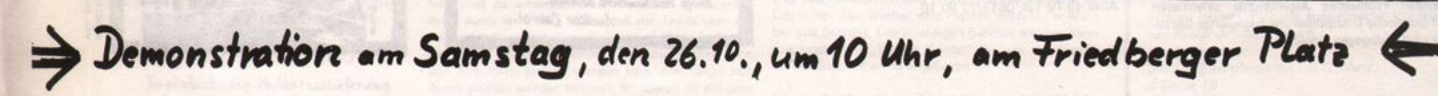
Wir, die Verhafteten, wurden auf dem Präsidium die ganze Nacht in zwei großen Räumen, einige auch in Einzelzellen, festgehalten, ohne Schlaf, Essen und Trinken. Dabei entwickelte sich allerdings eine gute Stimmung, wir sangen, machten Sprechchöre und ließen die Bullen nicht telefonieren. Am Morgen gabs was zu essen, und wir wurden alle angeklagt wegen Hausfriedensbruchs, erkennungsdienstlich behandelt und dann in Haftzellen in ganz Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und Umgebung verfrachtet. Am Samstag zwischen 14.00 und 18.00 Uhr wurden die meisten wieder freigelassen, damit sie am Samstag nicht mit frischer Wut weiterkämpfen konnten. Zwei wurden wegen Körperverletzung, Widerstand, einer davon wegen versuchter Tötung (er soll angeblich den Feuerlöscher geworfen haben) angeklagt und erst am Sonntag freigelassen.

Inzwischen ist natürlich eine breite Aktion gegen die Räumung angelaufen mit Flugblättern, Resolutionen, Unterschriftensammlung und einer Demo am Samstag, 10.30 Uhr, Friedberger Platz.

Für uns Bockenheimer heißt es jetzt, die Mobilisierung, die wir durch die Hausbesetzung erreicht haben, nicht wieder durch bloße Verhandlungen einschlafen zu lassen, sondern mit weiteren direkten Aktionen für ein Jugendhaus zu verstärken. Dazu könnte ein Vorgehen gegen die direkt Verantwortlichen für die Räumung gehören wie auch eine weitere Besetzung. Diese Diskussionen laufen gerade an — mit viel mehr Jugendlichen als bisher.

Genossen der JIB





Leserbrief:



Zürich, den 2o.1o.

Zur Hausbesetzung in Zürich

Die WWA wird zwar bei uns nur von einigen Aktivisten gelesen, bei Euch wahrscheinlich auch, trotzdem bietet sie Einiges, da sie von konkreten Kämpfen der Proletarier berichtet. Eure objektive Schwierigkeiten, als kleines Kollektiv Kampfberichte aus ganz Deutschland und anderen Ländern Europas zu sammeln und zu drucken, sahen wir am Beispiel des Artikels über die Häuserbesetzung in Zürich (Hegibach) in der letzten WWA. Oder einen anderen Widerspruch (nicht auf Euch bezogen): Leute, die Nichts machen, schreiben viel, junge Proleten, die was machen, schreiben nicht. Da zudem die an Eurer Zeitung beteiligten Gruppen wahrscheinlich größtenteils aus (Ex-)Studenten und Genosssen, welche als solche betrachtet werden, bestehen, solltet Ihr umso mehr darauf achten, daß Proleten zu Wort kommen, welche die Kämpfe machen.

In unserem Fall: Wir haben Sympathisanten der Gruppe Klassenkampf (Zürich) einen Artikel an Euch übergeben, der arg zensuriert, verstückelt, mit anderem Scheiße vermischt in Eurer letzten Nummer gedruckt wurde. Abgesehen vom Verteidigungsbericht und den Schlußbemerkungen: Wie gehts weiter, haben wir mit dem Geschreibsel nichts zu tun. Als Kritik nur soviel :

– Eine WWA-Linie, von der geschrieben wurde gibts hoffentlich nicht. Wir alle versuchen in Fabrik, Quartier, Schule und Freizeit gegenüber dem neuen Vorstoß der Kapitalistenschweine entsprechende Widerstands- und Organisationsformen aufzubauen, um selber in den Angriff überzugehen. Diese autonomen Kämpfe jedoch in eine Linie einzuengen, wäre oberflächlich, reine Selbstüberschätzung, stranden im sicheren Hafen.

– Politrocker ist ein Zwitter aus der bürgerlichen Presse. So werden junge, militante Proleten von denen genannt, welche noch immer nicht begreifen können, daß für Lehrlinge und Jungarbeiter der Kommunismus kein Seminar sondern schlichter Selbsterhaltungstrieb ist. ●

Rote Steine, Zürich

Gespräche mit streikenden Minenarbeitern in U.S.A.

Es folgen zwei Interviews mit Nannie Rainey, einer Aktivistin des Brookside Frauenclubs innerhalb der Vereinigten amerikanischen Minenarbeitergewerkschaft (UMWA), und mit Jerry Johnson, einem Minenarbeiter. Sie entstanden nach dem längsten Kumpelstreik, der je im „blutigen Harlan"-Kreis stattgefunden hat und noch dazu siegreich am 29. August beendet wurde. Nach 13 Monaten mußte die Eastover-Mining-Gesellschaft (Tochtergesellschaft von Duke Power – sechstgrößtes amerikanisches Versorgungsunternehmen), die UMWA als einigen Vertreter der Arbeiter anerkennen und mit ihr verhandeln. Der Wendepunkt des Streiks kam nach einer Gerichtsentscheidung, die erklärte, daß höchstens drei Arbeiter vor den Toren demonstrieren durften, wodurch die Frauen aktiviert wurden und es schließlich schafften, daß die Mine zumachen mußte. Der Streiksieg kam einige Stunden, nachdem der 23 Jahre alte Minenarbeiter Lawrence Jones von „duke power inspector" Bill Brunner schossen wurde. Dies war der Höhepunkt einer maßlosen Terrorkampagne während des Streiks.

Nannie Rainey: Ich bin zwar froh, daß wir gewonnen haben, daß wir gekämpft haben für das, was wir glauben, aber es ist eine Schande, daß der Junge sterben mußte, hätte er doch noch sein ganzes Leben vor sich gehabt, wo er nur 23 war. Ich hab ja so ein Mitleid mit seiner Witwe und dem Baby. Dasselbe hätte meinem Jerry oder irgendeinem der Männer passieren können. In irgendeiner Nacht letzte Woche lagen wir alle auf dem Boden, weil jemand vorbeigefahren ist und auf das Haus geschossen hat. Die Kinder mußten von den Hochbetten runter. Man wollte uns wahrscheinlich nur erschrecken; aber wenn die Kugeln erst mal durch die Gegend fliegen, können sie ja jeden treffen. Seitdem kann das Baby nicht mehr richtig schlafen. Solche Schießereien habe ich nie erwartet. Ich habe zwar gehört, daß es das in der Vergangenheit schon gab, aber das ist schon was anderes, wenn man es selbst miterlebt. Leute, mit denen man aufgewachsen ist, schießen auf einen. Das hab ich einfach nicht erwartet.

Mein Vater arbeitete in Brookside, als wir 64 verloren haben. Wir hätten es nie mit 25 Dollar Gewerkschaftsgelder pro Woche, wie die damals, geschafft, aber als ich hö rte, daß wir 100 Dollar kriegen, wußte ich, daß wir es schaffen werden. Wir haben zwar nicht wie Millionäre gelebt, aber gelebt haben wir. Auch die Nachbarn waren gut zu uns – brachten uns Gemüse aus dem Garten usw. Meine Kinder sind jetzt wieder richtig froh, wo ihr Vater wieder arbeiten kann. Letztes Jahr hatten sie nicht mal Wintersachen an, nur alte Lumpen, die wir noch gefunden haben, aber jetzt wird sich das wohl wieder machen lassen. Für mich und Jerry werden wir uns wohl als erstes ein Bett kaufen, wenn wir wieder Geld gespart haben. Das alte, das wir haben, haben wir jetzt schon eine lange Zeit.

Vor allem bin ich froh, daß sie Ausweisung haben fallen lassen. Weißt Du, wir wurden vor einigen Monaten unterrichtet, daß wir ausziehen sollen, weil unser Haus der Firma gehört, und da wußten wir überhaupt nicht, was wir machen sollen. Wir konnten nirgends hin. Mein Vater konnte uns nicht aufnehmen, nicht mit unseren sieben Kindern. Die wichtigste Sache für uns auf dem UMWA-Vertrag ist die freie medizinische Versorgung. Das wird nämlich, wenn man sieben Kinder hat und selbst zahlen muß, ganz schön teuer. Meine Kinder mußte ich mitnehmen, als der Richter Hogg uns Frauen wegen Demonstrationen in den Knast steckte. Ich war ja noch nie drin und bin's hoffentlich auch nie wieder. Aber ich bin stolz, daß ich es getan habe, weil Gutes dabei rauskam. Und ich weiß, daß der Frauenklub weitermachen wird. Jetzt sind wir organisiert und werden vielleicht woanders gebraucht. Jetzt können wir nicht aufhören. Vielleicht können unsere Kinder bald wieder ruhig schlafen. Vielleicht kann sich jetzt jeder mal ne Weile ausruhen, arbeiten und gut leben.

Jerry Johnson: Es ist ein schrecklich hoher Preis zu zahlen gewesen, aber durch Lawrences Tod hat er wahrscheinlich viele andere Leben gerettet. Jetzt, da wir ein Sicherheitskomitee haben, werden hoffentlich diese Leben gerettet, und zwar nicht nur vor Unfällen. Wir hatten z. B. bis jetzt nie eine Staubkontrolle. Dieses Sicherheitskomitee könnte viele Männer davor bewahren, eine schwarze Lunge zu bekommen. Vor allem den Älteren wird es helfen. Für sie bedeutet ja der Job unheimlich viel. Verstehst Du, wenn die Firma ihre Schulden sieht, und die Leute deshalb einfach arbeiten müssen, dann werden die einfach zur schlimmsten Arbeit eingeteilt, wo sie dann viel zu viel Angst haben, um mal was dagegen zu sagen. Na ja, und dieses Sicherheitskomitee würde für sie sprechen und sagen „das ist falsch und gefährlich, mit dem Mann könnt Ihr das nicht machen".

So was haben wir schon immer gebraucht. Und ich sage Dir noch was: das wäre alles nicht passiert, wenn wir noch die alte korrupte Führung in der UMWA hätten. Die hätte ich nicht gewählt. Da hätte ich schon lieber gar nichts gemacht, aber der jetzige Haufen war gut zu uns, die haben uns so ziemlich unseren eigenen Streik machen lassen und gaben uns Geld, die Rechtshilfe und die Öffentlichkeit, die wir brauchten, um zu gewinnen. Ich würde auch gern alle anderen Gewerkschaften von unten nach oben kontrolliert und demokratisch geregelt sehen. Wir müßten den ganzen Landkreis organisieren – alle Arbeiter –, daß wir unsere eigenen Beamten wählen können und einige dieser Gesetze, die gegen uns sind, dadurch ändern. Es ist dasselbe wie in North-Karolina. Ich war eine ganze Zeit währe d dieses Streiks da und habe demonstriert. Ich sage Dir, warum uns Duke Power so hart bekämpft hat; weil die genau wissen, daß die anderen Arbeiter genau beobachten. In Nord-Karolina sind nur 7–8 % in der Gewerkschaft organisiert und darum wollten die ein Exempel statuieren. Wir hätten nie gewonnen ohne Wilbur Hobby und die AFL-CIO (größte amerikanische Metallgewerkschaft), die Metallarbeiter. Ich hab dort viele Freunde kennengelernt und denke, daß ich wieder hingehe und ihnen helfe, wenn sie es brauchen. Es hat mich erstaunt, daß die ganzen Studenten auf unserer Seite waren und auch andere Schulen, die wir in Nord-Carolina besucht haben. Ich würde hier jetzt ganz gerne anfangen, eine Zeitung für Arbeiter herauszugeben. Das erzählen, was los ist. Z. B. nachforschen, was das für'n schwarzes Wasser ist, das sie in unsere Flüsse kippen. Den Leuten erzählen wir, was das für 'ne Ursache hat und wie es die Flüsse und Fische kaputtmacht. Oder wir können uns mal die Minen-Unternehmer angucken, die Genehmigungen für 80-Grad-Gehänge bekommen, wo doch das Gesetz sagt, daß 27 Grad die Grenze sind. Woher kriegen die die Genehmigungen? So was würde ich gerne rauskriegen und dafür sorgen, daß jeder darüber Bescheid weiß. Aber die Lokalzeitung erzählt ja nur die Unternehmerseite der Geschichte. Der einzige Weg die Gewerkschaft aufzubauen ist, wenn man den Kindern schon von klein auf die richtigen Sachen beibringt. Als meine Kleine zur Schule ging, muße sie ihren „Wähle UMWA"-Knopf abmachen und bekam plötzlich nur noch Fünfer. Nun, dann ging sie auf ne andere Schule und jetzt bekommt sie Zweier und Dreier. Also bleibt wieder nur eine Antwort – wir müssen uns organisieren. Und neue Leute in die Schulaufsichtsbehörde wählen. Dieser Streik hat uns zusammengebracht. Er hat uns gezeigt, wer der richtige Feind ist und daß wir zurückkämpfen können und gewinnen, wenn wir organisiert sind. ●

(aus: ID, Nr. 52)

Jugendpolitisches Forum vom 6.12. – 8.12. in Frankfurt

Der mit erheblichen Steuermitteln (58 000 DM) finanzierte 5. deutsche Jugendhilfetag in Hamburg findet nicht statt. Bundesregierung und AGJ (Arbeitsgemeinschaft Jugendhilfe) haben trotz hoher finanzieller Investitionen den Jugendhilfetag platzen lassen. Sie mußten befürchten, daß Sozialarbeiter, Erzieher und Lehrer die tatsächliche Situation der von ihrer Praxis betroffenen Kinder und Jugendlichen sowie ihre Arbeitsbedingungen mit all ihren Problemen, Behinderungen und Disziplinierungen den Reformversprechen gegenüberstellen würden. Damit wäre das Vorhaben der AGJ, den Jugendhilfetag als Legitimationsforum staatlicher Jugendpolitik zur Sicherung der Loyalität der Fachbasis gegenüber dem bürgerlichen Staat zu gestalten, gescheitert.

In dieser Situation – angesichts der sich verschlechternden Lage der Arbeiterjugend, des Scheiterns grundlegender Reformen in Schul-, Berufsbildungs- und Sozialbereich, der Verschlechterung der familialen Lebensverhältnisse, des zunehmenden Widerstandes von Arbeitern und Jugendlichen gegen die Beeinträchtigung ihrer Lebensverhältnisse – ist es notwendig geworden, ein Jugendpolitisches Forum zu veranstalten.

Das Forum soll Jugendlichen, Sozialarbeitern, Erziehern und Lehrern in Ausbildung und Beruf die Möglichkeit bieten, Schwierigkeiten und Unklarheiten innerhalb dieser Bewegung offen zu diskutieren, Entwicklungstendenzen der herrschenden Jugendpolitik (zum Beispiel Jugendgesetze) besser einzuschätzen, Erfahrungen auszutauschen, Spaltungen zu überwinden, die Solidarität zu stärken und Widerstands- und Handlungsperspektiven zu entwickeln.

Träger des Jugendpolitischen Forums vom 6.–8.12.74 in Frankfurt sind die in der Initiative Jugendpolitisches Forum zusammenarbeitenden Gruppen: Bund Demokratischer Jugend/Bund Deutscher Pfadfinder, Deutsche Jungdemokraten, Naturfreundejugend Hessen und der Sozialistischen Aktion. Damit ist auch die Möglichkeit geschaffen, daß sich eine große Zahl von Jugendlichen, Sozialarbeitern/Sozialpädagogen, Erziehern und Lehrern an den inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen beteiligen kann – d. h., ihre aktive Beteiligung ist geradezu Voraussetzung für ein Gelingen des Forums.

Am Jugendpolitischen Forum werden Jugendliche und Praktiker aus eigenem Entschluß teilnehmen, während zum Ersatzjugendhilfetag der AGJ speziell von den Verbandsspitzen ausgesuchte Teilnehmer hinter verschlossenen Türen im Juni 1975 in Düsseldorf tagen werden. Wegen dieses unterschiedlichen Teilnehmerkreises stellt das Jugendpolitische Forum keine Konkurrenz zum Ersatzjugendhilfetag der AGJ dar.

Durch die Zusammenarbeit von Mitgliedern des DBJR, des Ringes Politischer Jugend, der AGJ und den nicht etablierten Initiativ- und Basisgruppen werden zugleich neue Bündnisgruppierungen Wirklichkeit, die das Schubladendenken in der Jugendpolitik durchbrechen, indem sie sich an den anstehenden Problemen Jugendlicher orientieren und auf politische Disziplinierung engagierter Sozialarbeiter und Pädagogen eingehen.

Das Jugendpolitische Forum wird ein vorläufiger Höhepunkt einer Reihe von regionalen Seminaren und Informationsveranstaltungen, in keinem Fall aber ein isoliertes Ereignis sein. Zum Jugendpolitischen Forum werden ca. 800 Teilnehmer aus der Bundesrepublik und Westberlin erwartet, von denen sich ein Großteil in regionalen Arbeitsgruppen vorbereitet.

Die Finanzierung des Jugendpolitischen Forums erfolgt aus eigener Kraft und durch Spenden, zu dem breit aufgerufen wird. Im Gegensatz zur AGJ, die bis Ende Mai 1974 bereits 57 000 DM ausgegeben hatte und der vom BMJFG weitere 80 000 DM aus Steuermitteln zur Verfügung gestellt werden sollen – Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen nicht eingerechnet – wird das Jugendpolitische Forum mit einem erheblich geringeren Kostenaufwand auskommen.

Die Form der Initiativträgerschaft wurde aus pragmatischen Gründen gewählt, weitere Gruppierungen und Einzelpersonen können sich als Unterstützende dem Aufruf zum Jugendpolitischen Forum anschließen und selbstverständlich bei der Vorbereitung und Gestaltung mitwirken.

Kolleginnen, Kollegen, Genossinnen und Genossen, unterstützt das Jugendpolitische Forum auch durch Euren finanziellen Beitrag! Wir danken für jede Mark, jede Briefmarke, jeden Stapel Papier. Spenden können eingezahlt werden an Christine Müller, Postscheckkonto Frankfurt a. M. 699 26-601, Kennwort Jugendpolitisches Forum.

Programm:
Freitag, 6.12.
Abends: Treffpunkte
Samstag, 7.12., 10 Uhr
Eröffnungsveranstaltung
1. Lehrlingstheater
2. Referate, Berichte und Diskussionen: Entstehung des Jugendpolitischen Forums; Möglichkeiten fortschrittlicher Praxis gegenüber Reform und Repression in der Jugendpolitik (Hauptreferat); Erfahrungsberichte
14.30 Uhr
Arbeitsgruppen – Schwerpunkte (bis 18 Uhr):
1. Arbeitssituation und Arbeitslosigkeit von Jugendlichen
2. Familienkonflikte und Familienflucht von Jugendlichen
3. Freizeitsituation und Selbstorganisation von Jugendlichen
19.00 Uhr
Polit-Fete
Sonntag, 8.12., 10 Uhr
Arbeitsgruppen (bis 11 Uhr)
11.30 Uhr
Schlußveranstaltung (bis 14 Uhr)
1. Berichte aus den Arbeitsschwerpunkten
2. Stellungnahmen und Resolutionen

Kontaktadresse: Jugendpolitisches Forum – Koordinationsbüro – 6 Frankfurt a. M., Hamburger Allee 49 IV, Tel. 0611/77 90 10





Kirchenbesetzung in Westberlin

Öffentlichkeit für den HUNGERSTREIK

Wir drucken diesen Beitrag von Westberliner Genossen ab, weil wir erstens meinen, daß der Hungerstreik der politischen Gefangenen im Knast unter den sich verschärfenden Repressalien wie Wasserentzug und Zwangsernährung unserer besonderen Unterstützung bedarf. Vor allem aber auch, weil die Besetzung und ihre politische Planung das Problem der Unterstützung nicht nur moralisch abstrakt stellt. („Demo machen" – wo dann doch nur der harte Kern erscheint.) Den Besetzern ist es gelungen, andere Gruppen und Institutionen wie amnesty international, Kirche und andere in die Auseinandersetzung für die Forderung der Gefangenen miteinzubeziehen und damit den uns oftmals vorgegebenen kleinen isolierten Rahmen unserer Veranstaltungen zu sprengen.

Den Forderungen der politischen Gefangenen konnte so zumindest in Berlin über die Aktion durch Presse und ähnliches eine Öffentlichkeit verschafft werden. (In Westberlin berichteten die Tageszeitungen in großer Aufmachung von dieser Aktion und ihren Inhalten.)

Kurzbericht der Leute, die in der Kirche waren

Da die Tür offen war, sind wir ohne Schwierigkeiten in die Kirche gekommen. Wir versuchten dann die Transparente rauszuhängen, was aber aus verschiedenen Gründen nicht gelang. Es waren auch ziemlich schnell die Bullen vor der Tür. Um uns vor ihnen zu schützen, mußten wir die Tür verrammeln. Wir riefen die Typen von der Kirche an, um unsere Ankunft mitzuteilen.

Eine Stunde, nachdem wir drin waren, kamen die Bullen, d. h. sie brachen die Tür auf und stürmten mit erhobenen Gummiknüppeln in die Kirche. In diesem Sog wurde der Pfarrer ebenfalls mit reingespült. Die Bullen verharrten einen Augenblick, während der Pfarrer fragte, was wir in der Kirche wollten.

Das war unsere Chance! Wir erklärten, daß wir gerne diskutieren wollten, wenn die Bullen draußen sind. Nach einigem Zögern gingen sie auch zur Eingangstür, kamen aber immer mal wieder vorbei, um uns ihre Anwesenheit zu demonstrieren. Wir fühlten uns aber jedesmal so stark eingeengt, daß wir nicht weiterreden konnten. Sie mußten dann wieder abziehen. Nach eineinhalb Stunden Diskussion kam schließlich folgendes Ergebnis zustande:

Wir können vorerst bis Freitagmittag in der Kirche bleiben. Die Kirche wird nicht von den Bullen geräumt. Am Donnerstagabend soll eine große Diskussion stattfinden, wozu die Kirche Vertreter des Justizsenats einlädt. Die Leute von der Kirche halten ständig Kontakt mit uns. Bullen sollen abziehen.

Wir gingen dann zur Tagesordnung über, indem wir unseren Verbleib in der Kirche organisierten. ●

Erklärung der Besetzer

Seit dem 13. September 1974 sind etwa 40 Gefangene im Hungerstreik auf Leben und Tod. Der Hungerstreik richtet sich gegen den fortgesetzten Terror des Knasts. Dieser Hungerstreik auf Leben und Tod ist aufgrund der Isolation der Gefangenen die letzte Möglichkeit, weil sie dem **Mord auf Raten durch die Isolation** den Hungertod vorziehen, die unmenschlichen Verhältnisse im Knast aufzuheben.

Wir haben diese Kirche besetzt, um den Hungerstreik von außen zu unterstützen, der Öffentlichkeit Informationen zu geben, die ihr bisher vorenthalten wurden und die Institutionen, die für die Ursache des Hungerstreiks verantwortlich sind, unter den Druck der Öffentlichkeit zu setzen.

Mit der Besetzung einer Kirche haben wir ein Verhältnis zu einer Institution hergestellt, die wie andere Institutionen bestimmte Funktionen im Staat hat, nämlich die Verwirklichung der Grundrechte, also die körperliche, geistige und seelische Unversehrtheit der Menschen zu garantieren.

Nun stand schon immer und steht auch jetzt Anspruch und Wirklichkeit in einem oft unlösbaren Gegensatz. Die Realität im Knast: Isolationsfolter, Prügel und Medikamententerror steht im Widerspruch zum Anspruch der Kirche für eine menschliche Gesellschaft einzutreten. Mit dieser Aktion wollen wir den Widerspruch zum Thema weiterer Aktionen machen.

Diese Kirche wurde aus verkehrstechnischen Gründen ausgewählt und weil die hier in der Umgebung wohnende Bevölkerung mehr vom Knast betroffen ist, als anderswo. Von jeder fünften Familie war hier schon einer im Knast.

Sie wissen, wie die Polizei vorgeht, wenn Besetzungen oder Protestveranstaltungen besonders mit der Knastproblematik verbunden sind. Wir haben u. a. diese Kirche auch deshalb gewählt, weil wir damit gerechnet haben, daß die hier arbeitenden Pfarrer den Widerspruch zwischen Institution und Realität im Bewußtsein haben und uns nicht sofort rausprügeln lassen, sondern die Diskussion aufnehmen.

Um die Vernichtung der Gefangenen zu verhindern, war eine Aktion notwendig, die 1. allen, die von ihrem Anspruch her verpflichtet sind gegen die unmenschlichen Verhältnisse im Knast anzukämpfen, ermöglicht. 2. spektakulär genug ist, Öffentlichkeit in breiter und wirksamer Weise herzustellen. 3. eine Institution betrifft, die in der Lage ist, konkrete, praktische Mittel einzusetzen, um Druck auf die Verantwortlichen der Isolationsfolter auszuüben. Dafür scheint uns die ev. Kirche der richtige Adressat unserer Aktion zu sein.

Wir hatten die Erwartung, daß die Presse unser Anliegen in die Öffentlichkeit trägt. Die Presse hat aber dadurch, daß sie nur den spektakulären Teil der Aktion aufgreift, ihre Funktion gezeigt, nämlich die Verschleierung des wirklichen Inhalts der Aktion, sowie Verschweigen des Hungerstreiks im Knast, seine Ursachen und seine Forderungen.

Deshalb ist es zwangsläufig notwendig, für die Gefangenen kann es lebenswichtig sein, daß die Kirche als Gebäude und Institution uns ermöglicht, diese Totschweigetaktik zu durchbrechen.

Wir begrüßen die Solidarität des Pfarrkonvents von Kreuzberg, die es uns bis jetzt ermöglicht hat, in der Kirche zu bleiben. Damit ist Solidarität mit unserem Anliegen bewiesen worden. Der Gemeindekirchenrat dagegen hat gestern abend die Zustimmung vom Verbleib in der Kirche verweigert. Wir weisen dies als Versuch, die entstehende Solidarität zu spalten, entschieden zurück. Ebenso weisen wir den Versuch zurück, daß unsere Aktion als Vorwand benutzt wird, den Jugendlichen dieses Kirchenkreises die Einrichtung eines offenen Kirchenzentrums zu verweigern. Wir erklären uns mit dem Kampf der Jugendlichen um das Jugendzentrum solidarisch und werden sie nach Kräften darin unterstützen.

Es ist uns unbegreiflich, wie ein Gremium wie der Gemeindekirchenrat der Hetze der Springerpresse zum Opfer fallen konnte und damit lieber Ruhe und Ordnung herstellt als den Erhalt von Menschenleben sichert. Die ev. Kirche hat eine gute Tradition im Kampf gegen Unterdrückung und Unmenschlichkeit nicht nur im eigenen Land zur Zeit des Faschismus, sondern im Kampf der Befreiungsbewegungen in der ganzen Welt gezeigt. Es erscheint uns unglaubwürdig, gegen Folter im Ausland anzugehen und gleichzeitig die Augen vor den unmenschlichen Verhältnissen in deutschen Gefängnissen zu verschließen.

Wir fordern hier und jetzt von allen Organen der Kirche, der Kirchenleitung und den hier anwesenden Vertretern der Kirche, sich mit allen Kräften für die 1. sofortige Aufhebung der Isolationsfolter, insbesondere die umgehende Verlegung der Frauen aus dem Turm in die U-Haft Lehrter Straße und die sofortige Schließung des Turms einzusetzen; 2. für einen neutralen medizinischen Untersuchungsausschuß einzutreten; 3. die bereits angeordnete Zwangsernährung bei Raspe, Meins und Siepmann aufzuheben und Anordnungen von Zwangsernährung zu verhindern.

Jede passive Haltung ist Mittäterschaft bei Mord!!!!

Podiumsdiskussion in der Kirche

Der Anwalt (Ströbele)

Wir rechnen damit, daß spätestens Ende nächster Woche sämtliche Hungernden künstlich ernährt werden. Die Presse hat zunächst, als die ersten Meldungen über den Hungerstreik herausdrangen, behauptet, ein Hungerstreik finde nicht statt. Die Behauptung wäre lediglich ein Bluff. In der Bildzeitung stand beispielsweise, die Gefangenen verweigerten lediglich die Anstaltskost; sie würden sich aber nachts von Eingemachtem und gehorteten Beständen ernähren. Durch die Meldung der Zwangsernährung ist diese Behauptung eindeutig widerlegt, denn Zwangsernährung wird eingesetzt, wenn der Gefangene **ein Drittel seines Gewichts verloren hat.** Das ist bei den Gefangenen der Fall, die jetzt bereits künstlich ernährt werden.

Wie aus der Hungerstreikerklärung hervorgeht, dient dieser Hungerstreik nicht der Sympathie irgendjemand gegenüber, sondern dieser Hungerstreik ist der letzte verzweifelte Kampf um **Aufhebung der Isolationsfolter.** Nachdem die blutige Folter „abgeschafft", d. h. illegalisiert worden ist (wie man aus den Berichten aus Mannheim ersieht), sind die zuständigen Stellen dazu übergegangen, Methoden zu entwickeln, die Menschen auf unblutige Weise zu unterwerfen, nicht nur körperlich, sondern vor allem über das Bewußtsein. Nachdem die politischen Gefangenen dies gemerkt und vergeblich versucht haben, mit Rechtsstreits und mit anderen Hungerstreiks dagegen anzugehen, sind sie nun dazu übergegangen, diesen Hungerstreik **auf Leben und Tod** zu führen.

Das bedeutet, daß entweder die Sonderbehandlung aufgehoben wird oder die politischen Gefangenen nicht mehr sein werden.

Es liegt hier ein Schreiben der Kirchenleitung vor, in dem steht: Die **Kirchenleitung** ist auch Vorwürfen über eine **sogenannte Isolationsfolter** nachgegangen. Die Vorwürfe haben sich als **unzutreffend** erwiesen!!!!!

Und die politischen Gefangenen und die Gefangenen, die im Hungerstreik sind, kämpfen darum, diese Folter zu beenden. Und sie beweisen damit selber, daß es diese Folter entgegen aller anderen lapidaren Behauptungen gibt. Denn welcher Mensch ist bereit, nachdem er jahrelang – sie sind alle mehrere bis zu vier Jahren in Haft – im Gefängnis gelitten hat, drei Wochen lang nicht zu essen, die Zwangstortur der künstlichen Ernährung über sich ergehen zu lassen und zu hungern bis zum Tod, wenn gar nichts vorliegt, wenn diese Vorwürfe unbegründet sind.

Die politischen Gefangenen und alle Gefangenen, die im Hungerstreik sind, führen damit den Beweis, daß diese Folter **Wirklichkeit** ist. Sie ist danach und jetzt nicht mehr wegzuleugnen.

Der Wasserentzug in Schwalmstadt/Hessen wurde angeordnet aufgrund einer Rundverfügung des Justizministers von Hessen. Diese Rundverfügung stammt aus dem Jahre 1947 und bezieht sich auf die **guten Erfahrungen** mit dieser Methode, einen Hungerstreik zu brechen, die in den **vergangenen Jahren** gemacht wurden. Hier wird also deutlich, aufgrund welcher „Tradition" solche Mittel in den Haftanstalten angewandt werden.

Die neutrale medizinische Untersuchung ist ein selbstverständliches Recht. Nach der Untersuchungshaft-Vollzugsordnung ist es durchaus vorgesehen, die Untersuchung durch einen Arzt freier Wahl von draußen vornehmen zu lassen. Da der Hungerstreik zu einer erheblichen Schwächung der Gefangenen geführt hat, haben wir für alle Gefangenen hier in Berlin, die im Hungerstreik sind, Anträge gestellt, daß Ärzte freier Wahl zugelassen werden. Der Leiter der Haftanstalt Lehrter Straße hat unter folgenden Bedingungen einen auswärtigen Arzt zugelassen:

1. Ingrid Schubert läßt sich vorher von einem Anstaltsarzt untersuchen (was genau das ist, was wir verhindern wollten);
2. Ingrid Schubert entbindet vorher – sowohl den Anstaltsarzt als auch den auswärtigen Arzt von der ärztlichen Schweigepflicht. Das bedeutet, daß alle Befunde, die erstellt werden, sowohl von dem einen als auch von dem anderen Arzt, die normalerweise unter der ärztlichen Schweigepflicht stehen, müssen dann der Anstaltsleitung für Prozesse und für andere Verfahrensweisen voll zur Verfügung stehen.
3. Ingrid Schubert muß sich nach der Untersuchung durch den Arzt von draußen von einem Anstaltsarzt untersuchen und behandeln lassen.

Hier besteht die Möglichkeit für die Pfarrer und die ev. Kirche, diese Forderungen aufzugreifen, zumal man bei einer solchen Forderung wohl kaum von einem Sicherheitsrisiko sprechen kann.

Der Arzt

Zwangsernährung bedeutet, daß eine Magensonde über den Mund oder über Nase in den Magen geschoben wird. Wenn aber jemand keine Zwangsernährung will (was bei den politischen Gefangenen der Fall ist), kann der Arzt – soweit er das überhaupt vorhat – diese Magensonde nicht ordnungsgemäß einführen. Es besteht also die Gefahr der Verletzung der Nasenschleimhäute, der Magenschleimhäute, der Speiseröhre. Das bedeutet für den Arzt, wenn er Zwangsernährung durchführt, daß er sich einer Körperverletzung schuldig machen kann. Vom ethischen Standpunkt des Arztes ist es nicht zu verantworten, wenn er gegen den Willen des Gefangenen eine Magensonde in den Magen des Gefangenen einführt.

Beim Hungerstreik werden bestimmte Körperstoffe abgebaut, die Giftstoffe als Endprodukt hervorrufen. Diese Giftstoffe müssen über die Nieren ausgeschieden werden. Die Menge der Giftstoffe ist im Hungerzustand erheblich höher und muß erheblich stärker und schneller ausgeschieden werden als im Normalzustand, d. h. benötigt werden mehr Flüssigkeit, Wasser als normalerweise, d. h. mind. 2–3 Liter pro Tag. Wenn im Hungerstreik noch ein Wasserentzug erfolgt, wie dies in der Vergangenheit oft geschehen ist, d. h. sogar weniger Flüssigkeit als 1–1 1/2 Liter unter normalen Bedingungen gegeben wird, dann kann der Körper die Giftstoffe, die anfallen, nicht aus dem Körper herausbringen und es entwickelt sich langsam, aber sicher eine **Blutvergiftung** aufgrund der Giftstoffe, die nicht über die Nieren ausgeschieden werden können.

Dadurch, daß der Körper zu wenig Wasser bekommt, versucht die Niere natürlich Wasser einzusparen und es entwickelt sich langsam, aber sicher ein Nierenversagen. Dieses Nierenversagen aufgrund Wassermangels geht über in echtes intravenales Nierenversagen, daß dann, wenn es nicht behandelt wird, **definitiv zum Tode führt.** Das heißt, jemand stirbt aufgrund eines Nierenversagens, wenn er nicht korrekt behandelt wird. Daß jemand mit einem akuten Nierenversagen im Knast nicht korrekt behandelt werden kann, das steht außer Frage für Mediziner. Das heißt, daß die Schädigung von Organen durch den Hungerstreik, durch den Wassermangel nicht mehr in Ordnung gebracht werden kann. Es gibt Dokumente dafür, daß Ärzte die verringerte Wasserzufuhr befürworten bzw. als ungefährlich erklären. Dies verstößt gegen unser geltendes Strafrecht und müßte geahndet werden.

Der Entzug des Wassers wird von den Behörden als „menschliche" Maßnahme betrachtet! Menschlich insofern als der Gefangene gezwungen wird, seinen Hungerstreik eher abzubrechen, weil dann, wenn er wieder ißt, die Gesundheit nicht mehr gefährdet ist! Um diesen Wasserentzug auch wirksam zu machen, hat man dann auch das Wasser, mit dem sich die Gefangenen waschen, mit Seife verunreinigt, damit der Wassermangel durch Waschwasser nicht aufgehoben werden konnte. Gleichzeitig hat man noch ein Glas Milch in die Zelle gestellt, damit der Gefangene den psychischen „Rest" kriegt und umkippt. ●

Resolution vom 3. 10. 1974

Anläßlich der Besetzung der Heilig-Kreuz-Kirche stellen wir fest:

Wir verstehen die Besetzung als einen Versuch, die Öffentlichkeit auf Mißstände in U-Haft und Strafvollzug aufmerksam zu machen.

Wir sind der Ansicht, daß die Kirche grundsätzlich auf der Seite der Unterdrückten und Gefolterten stehen soll.

Wir meinen, daß die Feststellung in der Kirchenleitungs-Erklärung vom 3. 10. 1974 zur Praxis des Haftvollzuges nicht ausreicht.

Aufgrund des gegenwärtigen Hungerstreiks von 42 Häftlingen fordern wir die Kirchenleitung auf, sich umgehend dafür einzusetzen, daß ein offiziell beauftragtes Gremium, dem auch Mitglieder Kirchenleitung angehören sollen, zur Prüfung folgender Vorwürfe eingesetzt wird:

Im Berliner Strafvollzug gibt es: 1. Isolationshaft, 2. Verhinderung von ärztlicher Untersuchung durch neutrale Ärzte, 3. Drohung durch Zwangsernährung.

Die Ergebnisse sollen baldmöglichst veröffentlicht werden. ●

Pressekonferenz vom 4. 10. 1974 in der Heilig-Kreuz-Kirche

Anwesend waren ca 15 Journalisten und ca. 15 Kirchenbedienstete. Ich stütze mich auf schriftliche Aufzeichnungen, die ich während der Konferenz gemacht habe und verbürge mich für die inhaltliche Richtigkeit meiner Wiedergabe.

Jeder anwesende Journalist hat zunächst folgende Erklärungen erhalten. Notizen zur Auskunft an die Presse/4. 10. 1974, 12 Uhr

1. Die Heilig-Kreuz-Kirche ist heute morgen gegen 10.30 von den Besetzern freiwillig geräumt worden. Sie haben vorher aufgeräumt und saubergemacht und die Kirche in einem ordentlichen Zustand hinterlassen.

2. Die Besetzer hatten sich am Mittwoch früh widerrechtlich Zutritt in die verschlossene Kirche verschafft. Seitdem sind keine nennenswerten Schäden entstanden.

3. Nach einem dreistündigen Gespräch mit den Besetzern haben die Pfarrer die Überzeugung gewonnen, daß eine gewaltsame Räumung der Kirche zu diesem Zeitpunkt nicht angemessen sei. Aus christlicher Überzeugung sollte, wenn irgend möglich, eine gewaltfreie Lösung gefunden werden. Dies ist gelungen.

4. Der Kreuzberger Pfarrerkonvent hat sich bereit erklärt, den Besetzern zum Gespräch zur Verfügung zu stehen. Am Donnerstagabend und in der Nacht zum Freitag hat in der überfüllten Kirche eine Diskussionsveranstaltung stattgefunden. Sie verlief ohne Störungen.

5. In der Kirche waren neben vielen jüngeren Menschen zahlreiche Angehörige der mittleren und älteren Generation, dazu eine große Zahl von Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern verschiedener Richtungen anwesend.

6. Die gegen Mitternach noch anwesenden kirchlichen Mitarbeiter haben unter dem Eindruck der Gespräche mit den Anwesenden folgende Resolution verabschiedet: siehe links

PROLETÁRIOS DE TODOS OS PAÍSES, POVOS E NAÇÕES OPRIMIDAS DO MUNDO, UNI-VOS!

Revolução

Ein Brief aus Lissabon (gekürzt) 7. 10. 1974

Wie der Putsch der Reaktion in Portugal verhindert wurde

Die Vorgeschichte des 28. September

... Ich werde ganz am Anfang beginnen. Am selben Tag, an dem ihr abgefahren seid, habe ich vom Staatsstreich in Mozambique gehört. Dieses Ereignis hat entscheidende Bedeutung für den Prozeß der Entkolonisierung und seine Rückwirkungen auf die Kampfbedingungen in Portugal.

In der Tat waren die in Lusaka zwischen den portugiesischen Repräsentanten und Samora Machel (Führer der Frelimo und jetzt neuer Staatschef in Mozambique) getroffenen Vereinbarungen eine Bestätigung des Sieges der Frelimo im Kampf für die Unabhängigkeit von Mozambique. Auf portugiesischer Seite war die Vertretung zwei Ministern der Kommandozentrale der MFA übertragen worden, die der Linken zugerechnet werden können. Auf diese Weise war es möglich, so weit in der Entkolonisierung von Mozambique voranzukommen.

Die Kolonisten in Mozambique haben die Vereinbarungen, die – objektiv gesehen – die Macht der Frelimo übertrugen, nicht akzeptiert. Indem sie sich an die portugiesischen Reaktionäre wandten, haben sie versucht, Mozambique wieder in die Hände der lokalen Regierung zu geben. Dieser Staatsstreich war mit Hilfe der Passivität der Armee durchgeführt worden. Die Demokraten in Mozambique sind mit dem Tode bedroht worden und flüchteten sich in die Botschaft und andere in die Vorstädte, wo die Schwarzen leben.



Die Demonstrationen haben im Zentrum von Lourenco Marques begonnen. Die weißen Händler in der „Schwarzenstadt" befolgten die Aufrufe der besetzten Radiostation und begaben sich ins Stadtzentrum und schlossen die Läden. Gut, fünf Tage sind vergangen, ohne daß sich jemand regte und die weißen Kolonisten sagten im besetzten Radio, daß man jeden Augenblick einen Staatsstreich in Portugal erwarte. Die Schwarzen, die fünf Tage lang nichts zu essen hatten, sind in die „Weißenstadt" gegangen. Demokratische Studenten arbeiteten mit den Führern der Frelimo an der Organisation einer Volksbewegung. Mit dem Fortschreiten der Bewegung gerieten die Weißen in Panik und die Rassisten forderten von der Armee, daß sie die schwarze Erhebung niederschlage. Die portugiesischen Offiziere antworteten, daß sie nur intervenieren würden, wenn die „Putschisten" das Radio, die Post und den Flughafen verlassen würden. Die Rassisten haben diese Bedingungen akzeptiert und begannen dann sofort, Aberhunderte von Schwarzen niederzumetzeln, um einen Rassenkrieg zu provozieren. Die Frelimo und die Armee, die durch die jungen Offiziere kontrolliert wird, konnten die weiße Erhebung erfolgreich niederschlagen, aber an die zwei- oder dreitausend Schwarze waren getötet worden.

Die Faschisten planen den Aufstand

Dieser Komplott war Teil eines viel besser organisierten Planes, in dem seit einigen Monaten ein Staatsstreich vorbereitet war, der zugleich in Angola, Mozambique und Portugal am 28. September stattfinden sollte. Nur die Unterzeichnung der Vereinbarungen von Lusaka hat sich die Ereignisse dort unten überstürzen lassen und die Rassisten verstanden es nicht, den für sie günstigsten Augenblick abzuwarten.

Dieser Staatsstreich in Mozambique war eine der wichtigsten Vorbedingungen zum Verständnis der späteren Situation in Portugal. Tatsächlich akzeptierten die Bourgeoisie und die Rechten nicht den „Ausverkauf" Mozambiques an die Frelimo und setzten endgültig auf Spinola. Sie begannen, den General zu bewegen, die Entscheidung über die Dekolonisierung Angolas selbst in die Hand zu nehmen – „Rettet Angola!" –. Er hat Kontakte mit Mobuto (Staatschef von Zaire) geknüpft, um einen Plan zur Liquidierung der MPLA (Befreiungsbewegung in Angola mit mehreren konkurrierenden Fraktionen) ins Werk zu setzen. Spinola rief in Lissabon Repräsentanten der Rechten und Rassisten Angolas zusammen, um den Prozeß der Entkolonisierung zu verzögern. Mobutu selbst unterstützte Chipende (Führer der nationalistischen Fraktion in der MPLA), einen Opportunisten und Rassisten, Gegner von Agostino Neto, dem Chef der MPLA, um die Bewegung zu spalten und zu zerstören. Zur gleichen Zeit ist es ihnen hier in Portugal gelungen, wichtige Führer der portugiesischen Faschisten zu befreien und das Kapital zu einen, damit es das notwendige Geld für die Reaktion gebe. Eine rechte Partei, die „Liberale", hat 20 Millionen Mark erhalten, um den Staatsstreich vorzubereiten.

Diese Vorbereitungen begannen und die reaktionären Aktionen fingen an mit einer Demonstration auf dem Campo Pequeno während eines Stierkampfes, bei der der Premierminister (Goncalves) beschimpft und Spinola begeistert gefeiert wurde. Die Menge schrie mehrmals „Es leben die überseeischen Gebiete".

Zur gleichen Zeit erhielten die „Pides" im Gefängnis Listen mit Personen der Linken, die umzubringen seien: Gewerkschaftsdelegierte, Mitglieder der Parteien etc.

Der Plan war einfach. Acht Hundertschaften der „Ex-Kommandos" aus dem Kolonialkrieg, sollten – bewaffnet – von einer Demonstration der „schweigenden Mehrheit" profitieren, um sich für die Niedermetzelung von vielen Leuten vorzubereiten. Die Reaktion hatte Listen von fortschrittlichen Leuten, Photos von Demonstrationen, von Gewerkschaftsdelegiertenversammlungen, von Leuten in ihrer privaten und öffentlichen Funktion, ausreichend, um einen bedeutenden Teil der fortschrittlichen Kräfte in Portugal liquidieren zu können.

Der „General des Volkes" entlarvt sich

In dieser Nacht des 27. Sept. ließ Spinola den General Costa Gomes, Chef des Generalstabs, Vasco Goncalves, Premierminister, und Saraire de Carvalho, den Chef des COPCON (bewegliche Einsatzarmee der Streitkräfte) verhaften – also alles Führer der MFA von der linken Fraktion.

Mit der Behauptung, die P.C.P. beabsichtige die Machtergreifung, versuchte Spinola, die ganze Macht in die Hand zu bekommen und alleiniger Diktator zu werden.

Aber die Fallschirmspringertruppe, bis dahin Spinola treu ergeben, die nach Lissabon gekommen war, um den General zu unterstützen, traf auf die der MFA treuen Seestreitkräfte, die ihr überzeugten, nicht die Machtergreifung Spinolas zu unterstützen. Auch die 7. Kavallerieeinheit, ebenfalls auf der Seite Spinolas, verweigerte diesem die Unterstützung, weil die Soldaten die Befehle der militärischen Hierarchie verweigerten.

Stattdessen gingen viele militärische Einheiten, in Lissabon wie in der Provinz, auf die Straße und unterstützten das Zentralkommando der MFA.

Als Spinola sah, daß es nicht möglich sein würde, die Organisation der MFA zu zerschlagen, mußte er deren Führer freilassen, und die Bedingungen für einen großen Sieg der MFA über die Rechte wurder gesetzt. In der Tat war die Unterstützung der militärischen Einheiten insgesamt gesehen überraschend – stärker noch als am 25. April. Die Mehrzahl der Einheiten war darauf vorbereitet, nach Lissabon zu marschieren, um die Rückkehr des Faschismus zu verhindern.

Eine Rechte, die so stark war, die Macht in die Hände Spinolas zu legen, wäre auch fähig gewesen, wenn erst einmal Kriegsgesetz geherrscht hätte, diese zu stürzen.

Die Offiziere, die Hauptleute, haben es geschafft, Spinola und drei weitere Generale der Junta der Nationalen Rettung zurücktreten zu lassen. Spinola hat seine Abschiedsrede dazu benutzt, zum Bürgerkrieg aufzurufen und der General Costa Gomes, kaum als Präsident ernannt, flog im Hubschrauber nach Caldas da Rainha – eine halbe Stunde nach der Spinola-Rede –, um das Vordringen derjenigen militärischen Einheit nach Lissabon zu verhindern, die Spinola unterstützte – was der Anfang eines Bürgerkrieges hätte werden können.

Die Vorhersagen, die ich machte, als wir uns hier trafen, haben sich also voll und ganz bestätigt.

Was im Grunde genommen geschehen ist, ist, daß der faschistische Staatsstreich durch die große Mobilisierung der Arbeiter und des Volkes verhindert wurde, die die Barrikaden an den Ein- und Ausgängen der Städte organisierten, vor allem in Lissabon.

Und erst nach dem Mißerfolg, und insbesondere nachdem klar war, daß die Volks- und Arbeitermassen die Durchführung der Demonstration der sogenannten schweigenden Mehrheit nicht dulden würden, entschloß sich Spinola, **seinen** Staatsstreich zu machen, der nicht derselbe war, den die Rechte vorbereitet hatte.

Spinola und der Sektor des rechten Zentrums, das ihn unterstützte (die Repräsentanten der Bourgeoisie und der Sozialdemokratie) haben es den Organisationen der Linken nicht verziehen, daß diese an die Massen appellierten, auf die Straße zu gehen und daß dies in der Tat eine Demonstration der Volksmacht in den Städten Portugals war.

Spinola und seine Freunde schrieen wie die Verrückten: „Es ist notwendig, sofort die Straßensperren und Barrikaden zu zerstören" – und darum waren sie entschlossen, den Belagerungszustand zu erklären. Da die Offiziere der MFA schon von der Organisierung des Staatsstreichs der Faschisten wußten, waren sie völlig einverstanden mit der Volksinitiative, Straßensperren und Barrikaden zu bauen und haben sich der Erklärung des Belagerungszustandes widersetzt. Mehr noch, sie haben Spinola klargemacht, daß sie bereit seien, die Volksmassen auf der Straße zu verteidigen. Daher hat Spinola Costa Gomes, Vasco Goncalves und Otelo in seinen Palast gerufen und sie dort eingeschlossen, während er gleichzeitig der GNR (paramilitärische Formation) und den Einheiten, die er treu glaubte, den Befehl zum Ausmarsch gab. Aber die anderen Offiziere waren vorbereitet auf diese Möglichkeit und als sie bemerkten, daß die Führer im Staatspräsidentenpalais festgesetzt waren, haben sie den ihnen treuen Einheiten den Auftrag gegeben, die Spinolisten zu neutralisieren und in Zusammenarbeit mit dem Volk die Straßensperren und Barrikaden zu besetzen.

Auf diese Weise hat der Staatsstreich Spinolas nur drei Stunden gedauert und um 5 Uhr morgens (am 28. Sept.) war die militärische Situation vollständig durch die Kräfte der MFA kontrolliert, in Lissabon wie im Lande.

Barrikaden und die Rolle der PCP

Während des ganzen Samstag (28. Sept.) haben die Soldaten der MFA und die Bevölkerung die Straßensperren besetzt gehalten und es gelang ihnen, Hunderte von Gewehren zu erwischen, mit denen die „Kommandos" der Faschisten beabsichtigten, Hunderte von Gewerkschafts- und Parteiführern etc. umzubringen. Gegenwärtig sind mehrere hundert Faschisten im Gefängnis und die Pläne der Faschisten, zum Beispiel die Einrichtung von Gefängnissen in →





Streikversammlung bei TAP: Die Arbeiter beschließen die Fortsetzung des Streiks gegen den Arbeitsminister

→ den Stadien etc., sind schon im öffentlichen Bewußtsein.

Niemand kann bezweifeln, daß die Volksintervention für die Verhinderung des Staatsstreichs der Faschisten ausschlaggebend war. Gleichzeitig hat es die hierdurch geschaffene Situation erlaubt, die Repräsentanten des Zentrums (der Mitte) und der Rechten (die Repräsentanten der Großbourgeoisie) aus der Regierung und aus den Machtpositionen zu entfernen, eben durch den Mißerfolg von Spinolas Coup.

Die Reformisten, die die großen Organisateure der Barrikaden und Straßensperren waren, haben sich sehr gefestigt, und das ist eigenartig, weil nur eine Woche vor dem 28. Sept. Teile der Arbeiter in den Straßen von Lissabon gegen die Maßnahmen der Regierung und gegen die reformistische Politik der Koalitionsparteien (insbesondere gegen die P. C.P.) demonstriert haben.

In der Tat spielten sich die großen Arbeiterkämpfe einige Tage vor dem Staatsstreich ab. Insbesondere machten die Arbeiter der TAP einen Streik, der mit einer militärischen Mobilisierung der Arbeiter – sie wären einer noch größeren Repression als unter dem Faschismus unterworfen – seinen Höhepunkt fand.

Die Regierung, die revisionistische P.C.P. hat mit dem Kapital kollaboriert, um die Arbeiter zu unterdrücken. Mehr als zweihundert Arbeiter wurden entlassen und zur selben Zeit gab es eine starke Mobilisierung der Arbeiterklasse, die sich mit den Arbeitern von TAP solidarisierten.

Einige Tage zuvor hatten die Arbeiter von Lisnave (Schiffsbau) eine Demonstration mit mehr als 8 000 Arbeitern in den Straßen von Lissabon gemacht. Diese Bewegungen, die sich gegen die revisionistische Führung und die Anweisungen des lokalen Komitees der P.C.P. richteten, waren sehr bedeutsam und haben die Panik der Bourgeoisie angesichts regelrechter Arbeiterregimenter, die in Lissabon demonstrierten, beschleunigt.

Am 28. Sept. hat eine große Demonstration der Arbeiterklasse zur Solidarisierung mit den Kollegen von TAP in den Straßen von Lissabon stattgefunden. Aber der sich vollziehende Staatsstreich hat das Ziel der Demonstration verändert, das nun durch antifaschistische Parolen bestimmt wurde. Diese große Demonstration (die mit 20 000 begann und mit 40 000 endete) wurde von der Avantgarde der Arbeiterklasse der Werke Lisnave, TAP, Sogantal und mehr als 20 anderen Fabriken, unter Beteiligung der Post und Telegraphen-Beschäftigten, sowie zahlreicher Intellektueller der revolutionären Linken getragen. Daß die Reformisten abwesend waren, liegt auf der Hand. Es ist sehr wichtig festzuhalten, daß diejenigen Arbeitersektoren, die in der Zeit des Faschismus die fortschrittlichsten waren (TAP und Lisnave) heute außerhalb der Kontrolle der Revisionisten sind und von Marxisten-Leninisten geführt werden.

Das Dilemma der revolutionären Linken

Aber zweifellos kam die Initiative für den Bau von Straßensperren und Barrikaden von den Reformisten und Revisionisten und insbesondere von den Gewerkschaften. Deshalb hat sich der 28. Sept. in einen großen Sieg für den Revisionismus übersetzt, der die ganze Volksinitiative geführt und kontrolliert hat. In der Tat sind die Organisationen der revolutionären Linken (mit Ausnahme der MRPP) im Morgengrauen des 28. Sept. zum Sitz der P.C.P. gegangen und haben ihre Kräfte angeboten für eine gemeinsame Aktion mit der P.C.P., um gegen die Reaktion zu kämpfen. Alle linken Revolutionäre haben sich der Aktion der P.C.P. angeschlossen und sich bei der Organisierung der Straßensperren und Barrikaden unter deren Führung gestellt.

Die P.C.P., die dabei war ihren Einfluß bei den Arbeitermassen zu verlieren, insbesondere nach dem Kampf bei TAP und Lisnave, hat schnell ihr Ansehen wiedergewonnen, weil sie sich als die einzige Organisation bestätigt hat, die die Demonstration der „schweigenden Mehrheit" als einen Vorwand für einen Staatsstreich vorhergesehen hatte (sie sitzt ja in den Macht- und Informationszentren), und die auch die einzige war, die die Parole für den Bau von Barrikaden und Straßensperren gegeben hat.

Als die Linke den Ernst der Situation begriff, konnte sie nichts anderes machen, als sich zur P.C.P. zu begeben und ihre Beteiligung anzubieten. Daher haben die Militanten des MES und anderer linker Organisationen sogar die Sitze ihrer eigenen Organisationen verlassen und die einzige Tür, die während des Samstag offen war, war die Tür der P.C.P. und der MDP. Von diesen Orten aus haben die Militanten der P.C.P. und der CDE-MDP und der Intersindical (pro-PC) mehrere Tage lang den Kampf des Volkes organisiert.

Heute ist die Reorganisation der Macht vollzogen und die P.C.P. hat den großen Vorteil zuzusehen, wie der Premierminister und selbst der Staatspräsident der Bevölkerung die Parolen der P.C.P. zurufen. Deshalb wiederholt die Reaktion immer wieder, daß das Ganze ein Manöver der P.C.P. mit dem Ziel der Machtergreifung war. In der Tat, das Ergebnis ist: in der gegenwärtigen Situation kontrolliert die P.C.P. die Regierung, während die Kräfte, die sich als „Mitte" (Spinola) bezeichnen, davongemacht haben und das Feld freilassen für die Koalition P.C. - Sozialistische Partei (PS). Die PDP hat sich zu sehr mit Spinola kompromittiert und einen großen Teil ihres Einflusses verloren.

Der Weg der Marxisten-Leninisten schließlich ist schwieriger geworden, weil der Kampf gegen den Revisionismus immer schwieriger ist, insbesondere nachdem der Revisionismus seine ganze Fähigkeit der Organisierung und Mobilisierung zeigen konnte, indem er in fast allen großen Städten des Landes zigtausende aufforderte, auf die Straße zu gehen und den Kampf gegen die Reaktion zu führen.

Für die, die in der P.C.P. den Hauptfeind sehen, war es eine neue Situation zu erfahren, daß am Morgen des 28. Sept. die Reaktion beinahe die ganze politische und militärische Situation kontrollierte – eine neue Situation, die sie unfähig machte, überhaupt etwas zu unternehmen. Viele Militante der Linken, die vorgaben, Antirevisionisten zu sein, sind heute schon in der P.C.P. eingeschrieben. Deshalb hat Alvaro Cunhal den 7. Kongreß der P.C.P. auf den 28. Oktober gelegt, um die aktuelle Situation auszunutzen.

Um Spinola, Neto und Galvao de Melo zu ersetzen, wurden linke Offiziere in die Junta des Nationalen Heils gewählt. Man kann also daraus ersehen, daß die linke Richtung in der MFA stärker geworden ist. Die Spinola-Linie wurde für den Augenblick geschlagen, aber es ist wichtig zu bedenken, daß sie noch viel Kraft hat.

Alle Spekulationen über Spaltungen in der Armee haben nicht viel Sinn; jedenfalls aber war die Wahl jener Leute ausschlaggebend, um das gegenwärtige Verhältnis der Kräfte in der Armee zu festigen. Aber Achtung: die ökonomische Macht gehört noch der Rechten und deren Mittel sind noch nicht erschöpft. Nun wird der Prozeß der Entkolonisierung in Angola schneller vorangehen, glaube ich. Andererseits wird die ökonomische Krise in Portugal mit der Offensive der Reaktion des Kapitals ein kritisches Stadium erreichen.

Was die revisionistische Linke betrifft, wurde gestern Saldende Sanches, der Führer der MRPP (Marxisten-Leninisten-Partei, überwiegend studentisch) freigelassen. Auch er war auf Anordnung von Spinola in Haft. Diese Freilassung kann bedeuten, daß die offizielle Repression gegen die Linke schwächer wird; gleichzeitig wird die P.C.P. die Linke noch heftiger angreifen. Aber die Arbeiterklasse – vor allem die im Norden – hat jetzt schon einen erheblichen Fortschritt im politischen Bewußtsein gemacht, und auch die wichtigsten Fabriken im Süden dulden nicht mehr die Klassenkollaboration des Revisionismus. ●

Zum Beispiel:

TAP STREIK

Am Beispiel des TAP-Streiks kann man sehr gut die Rolle der Gewerkschaften und des PCP analysieren, die während des Faschismus fähig war, eine Massenarbeit zu leisten und auch die Partei ist, die innerhalb der Gewerkschaften den größten Einfluß hat. In diesem Streik sprengten die Arbeiter in ihren Kampfformen und Inhalten den revisionistischen Rahmen der PCP und der Gewerkschaften und entwickelten eine Autonomie, die nur durch den Einsatz der militärischen Kräfte zu brechen war.

Während des TAP-Streiks waren die Arbeiter fähig, der Gewerkschaft, die sich immer mehr als reformistisch und bürokratisch erwies, eine Arbeiterschaft von 4 000 entgegenzustellen, indem sie eine eigene Kommission bildeten. Die Gewerkschaft hatte anfänglich nur die Unterstützung von 300, die sich später auf 72 reduzierte, meistenteils KP-Leute. Sie verabschiedeten Resolutionen, wo sie die linken Gruppen innerhalb der Arbeiter „wildgewordene Kleinbürger" nannten, die eine Demokratisierung zerstören wollten. Die KP-Zeitung „Avante" schrieb, daß der Streik nur den reaktionären Kräften helfen würde und die Allianz zwischen der MFA und den Arbeitern zerstören würde, da die Streitkräfte wegen dem reaktionären Charakter des Streiks eingreifen müßten. Es wurden auch bewußt Falschmeldungen über überhöhte Lohnforderungen gestreut, um die Solidarität der anderen Arbeiter zu zerschlagen.

Wichtig für die Arbeiter war, daß sie Kampfformen entwickelten, die sich immer mehr von der Gewerkschaft lösten, daß sie merkten, daß die Verhandlungen über die Forderungen in dem Augenblick anfingen, als der Kampf konkret und autonom wurde. Während des Faschismus war die einzige Möglichkeit zu „kämpfen", ein Telegramm an den Arbeitsminister zu schicken, da Streiks verboten waren. Wichtig war auch die Erfahrung, daß die staatliche Geschäftsleitung und die Gewerkschaft, die von den Arbeitern gewählte Kommission als Verhandlungspartner und als eine permanente Institution im Betrieb, akzeptieren mußten.

In Portugal haben fast alle Betriebe bis zu 30 einzelne Gewerkschaften (bei TAP 25–30–, worin jeder Elektriker, Fluglotse, Mechaniker etc. einzeln gewerkschaftlich organisiert ist und somit eine Spaltung innerhalb der Arbeiterschaft produziert wird. Diese einzelnen Gewerkschaften sind ziemlich in der Hand der PCP. TAP ist die staatliche Fluggesellschaft in Portugal, die Arbeiter mußten also ihre Forderungen an die provisorische Regierung stellen.

Der Ursprung des Streiks

Am 2. Mai 1974 wählten die Arbeiter einen Verwaltungsausschuß, genannt Comissao Administrativa-C. A., das den faschistischen Verwaltungsausschuß ersetzen sollte. Die Arbeiter bestimmten einen Flugleiter, einen Angestellten und einen Arbeiter der Metallbranche zum Ausschuß, die Gewerkschaft stellte 4 Leute. Sie sollten die Interessen der Arbeiter – speziell die Division der Wartung und Ingenieure – wahrnehmen.

Nach einiger Zeit zeigte sich, daß sich die C. A. mehr und mehr von den Arbeitern entfernte, nur unter sich Entscheidungen trafen und keine Diskussion mehr mit der Basis führte. Sie entschieden auch unter sich die Festlegung der Löhne, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, was erstens die Spaltung der Arbeiter und Angestellten vertiefte und zweitens ihre eigenen Löhne am meisten anhebe, da sie nun hinter dem Schreibtisch hockten und die gleiche Arbeit machten. Die Arbeiter besprachen die Situation unter sich und entschieden, daß diese Kommission mehr hatte und daß sie nicht mehr dieselben Probleme, bedingt durch ihre bessere materielle Position, wie die Basis, die sie gewählt hatte. Die Gewerkschaft stellte sich hinter die Kommission und boykottierten alle Forderungen der Arbeiter.

Der Konflikt spitzte sich zu als am 31. Juli die Arbeiter eine Versammlung einberiefen. Am Verhandlungstisch der C. A. saßen nur Flugpersonal und der Verhandlungsleiter war ein Flugkapitän, also Angestellte, die nur 40 Stunden monatlich arbeiten müssen. Die Wartungsarbeiter nannten ihre Forderungen, die C. A. beschimpfte die Arbeiter als unbewußt und inkompetent, die Arbeiter draußen als Schafe und die drinnen als Agitatoren. Sie bezeichneten die Forderungen als verloren, da sie undurchführbar wären und schlugen vor, ein Telegramm zum Arbeitsminister zu schicken. Also das alte Spiel, das schon während des Faschismus gespielt wurde. Die Arbeiter waren empört, der Bruch zwischen den Wartungsarbeitern und dem Flugpersonal war vollzogen.

Die Wartungsarbeiter und die Ingenieure antworteten mit einer eigenen Versammlung am 3. August, wo sie ihre weiteren Kampfformen diskutierten. Sie bildeten eine eigene Kommission. Sie sollte Diskussionen mit der Basis führen, und es wurden Forderungen aufgestellt, die von allen anwesenden Arbeitern angenommen wurden. Diese Forderungen wurden auf einer Versammlung von 4 000 Arbeitern der C. A. übergeben, die bis zum 26.8. um 15.30 Zeit hatten, sich dazu zu stellen.

Die Forderungen waren:

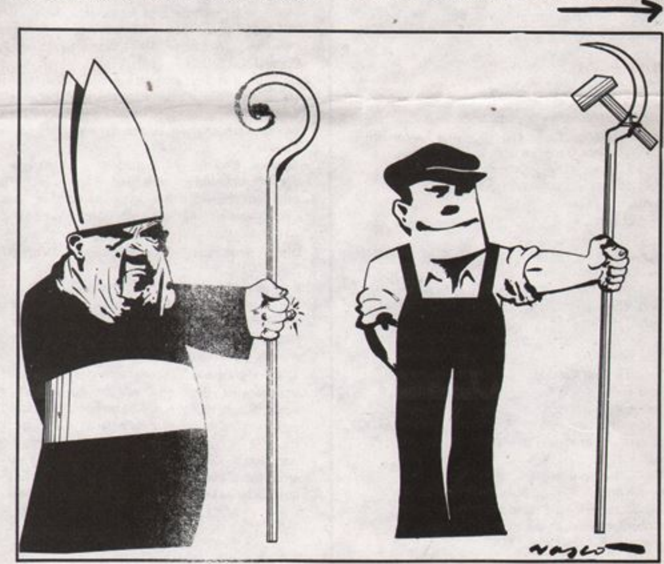
1. Rausschmiß aller anti-proletarischen Individuen
2. Ermittlung gegen bestimmte Direktoren, die bei einem TAP-Streik vom 12.7.73 der Armee-Einheit Whisky gegeben hat, damit sie den Streik brechen.
3. Eine Neureglung der Gehälter, da es zwischen dem Mindestlohn und dem höchsten Lohn eine große Differenz gibt. Eine Lohnfosderung soll ausgearbeitet werden, die dem inflationären Preisanstieg entspricht.
4. Neureglung der Arbeitszeit
5. Bestrafung der Verantwortlichen für die repressiven Entlassungen bis zum 25. April
6. Keine Entlassungen ohne gerechten Grund
7. Ein Betriebsarzt und ein Krankenwagen sollen 24 Std. anwesend sein.

Die Intervention der Militärs

Der 26.8. kam ohne daß die Arbeiter eine Antwort hatten. Sie hatten während dieser Zeit entschieden, daß sie streiken würden, falls die Forderungen nicht durchkämen.

Die C. A. holte zum Schlag aus und gab bekannt, daß am 26.8. mit dem Arbeitsminister und der Metallgewerkschaft eine Versammlung stattfinden sollte, und zwar um 15.00 Uhr, eine halbe Stunde vor dem von den Arbeitern festgelegten Termin. Die Arbeiter versammelten sich vorher und trafen 2 Entscheidungen: 1. daß sie zwar bei der Versammlung anwesend sein würden, aber sich auf keine Diskussion einlassen würden. 2. daß sie um 15.25 Uhr den Saal verlassen würden und mit dem Rest der Belegschaft die Antwort der C. A. erwarten würden.

Der Minister kam und meinte, daß man ihm erstmal die schwerwiegenden Probleme erzählen sollte. Ein Arbeiter ging ans Mikrophon und erwiderte, daß er keine Probleme beschreiben würde, sondern daß er die Forderungen der Arbeiter aufstellen würde. Danach verließen alle Arbeiter den Saal. Der Minister rannte hinterher und wollte dann zu den „Massen reden", dabei wurde er immer wieder unterbrochen. Als er davon sprach, daß sie eine Kommission bilden sollten, antworteten die Arbeiter, sie alle wären die Kommission, als er sagte, schickt mir einen Repräsentanten, schrien sie „die Repräsentanten sind die Forderungen" und „der Verhandlungsort ist der Arbeitsplatz". 3 000 Arbeiter beschlossen →



dann zu streiken. Der Minister antwortete, daß er das Verhalten der Arbeiter, die den Saal verlassen hatten, als unerzogen bezeichne und nannte den Streik ein Chaos für die wirtschaftliche Situation Portugals.

Der Streik fing um 18.45 Uhr an. Die Arbeiter organisierten Streikposten, Versammlungsorte und bildeten eine Kommission von 12 Leuten, die Informationen über den Verlauf des Streiks aufnahmen und weitergaben, damit keine Falschmeldungen oder Gerüchte sich verbreiten.

Um 2 Uhr nachts kam der Minister, die Gewerkschaftsbosse und Repräsentanten der PCP, zusammen mit Fallschirmjäger, Truppen und der Militärpolizei. Die Verhandlungen dauerten bis 6 Uhr morgens, die Arbeiter bestanden auf ihren Forderungen und den Abzug der COPCON. Die Gegenseite wollte, daß der Streik abbrechen sollte und nochmal darüber entschieden werden sollte auf einer größeren Arbeiterversammlung. Die Arbeiter durchschauten aber die Taktik und beharrten auf ihrer Position.

In der Presse erschienen Berichte über den Streik, daß es den Rückflug der Truppen von Guinea-Bissau verhinderte, was eine eindeutige bewußte Falschmeldung war, da die Arbeiter sogar eine Luftbrücke dahin organisiert hatten. Ihre Position war eindeutig anti-kolonialistisch.

Um 6 Uhr meinte der Minister, daß ihm die Sache unter der Hand weggleite, daß er die Truppen abziehen lassen würde und die Verhandlungen höheren Stellen, der prov. Regierung überlassen würde, (also Spinola). Daraufhin kam ein Generalmajor, die Verhandlungen wurden noch den ganzen Tag fortgesetzt, wo alle Resolutionen den Streik abzubrechen mit nur 72 Gegenstimmen abgelehnt wurden. Einmal brüllte der Major „der Streik ist hiermit abgebrochen", und die Arbeiter brüllten zurück „nur wir Arbeiter können über den Streikabbruch entscheiden".

Um 18 Uhr sagte der Major, daß die Arbeiter noch eine halbe Stunde Zeit hätten, um an ihre Arbeitsplätze zurückzukehren. Nach 25 Minuten wurde der Verhandlungsort von bewaffneten Truppen und Hunden umstellt. Einige Arbeiter gingen nach Hause, andere auf ihre Arbeitsplätze. Der Rest streikt weiter. Arbeiter von anderen industriellen Sektoren (Lisnave, Timex) solidarisierten sich mit den TAP-Arbeitern und veranstalteten große Solidaritäts-Demonstrationen. Dadurch mußten die Militärs die verhafteten Arbeiter wieder freilassen.

Der TAP-Streik dauert noch an.



An einer Hauswand in Lissabon

Es grenzt an Zynismus
einem Volk, das dabei ist
sich zu befreien
von einer reaktionären Kultur
von der Unterdrückung
auf jedem Schritt
von der Armut
von den Profitkadavern
zuzurufen:

„Hört auf,
die Situation für den
Sozialismus ist nicht reif.
Jetzt dürft ihr
nur so weit gehen,
wie es die guten alten
Regeln der bürgerlichen Revolution
zulassen."

Ein Volk, das kämpfen will,
wenn es jetzt kämpfen kann
und nicht, weil es
in die Vorstellung von Funktionären paßt
zu kämpfen –
ein Volk, das Gewehre und
rote Blumen will
und das wie aus einem langen
schlechten Traum
erwacht ist:

braucht keine Taktik
hat keine Taktik
will keine Taktik
und schon gar nicht
eure Taktik

sondern will
sechstausend Escudos mindestens
und will
keine Vorgesetzten
und will
streiken können was es will
und will
keine Gefängnisse mehr
und will
die Sache in eigene Hand nehmen
Jawohl, jawohl, es will
das alles auf einmal!



Die besonderen politischen Bedingungen in Portugal

Der Putschversuch der Rechten in Portugal am 27./28. September 1974 hat die Analysen der europäischen Linken über die portugiesische Entwicklung seit dem 25. April 1974, seit der Ablösung der faschistischen Caetano-Herrschaft, einigermaßen über den Haufen geworfen.

Ob „Lotta Continua", ob „links" oder auch die „WWA": die Tendenz der Berichte war so: die faschistische Herrschaft war überfällig geworden, entsprach nicht mehr den Expansionsbestrebungen des industriellen (inländischen wie ausländischen) Kapitals; der Kolonialismus alten Stils rentierte sich nicht mehr, mußte durch modernere Strategien der Ausplünderung der Dritten Welt ersetzt werden – und in diesem Prozeß fielen dann natürlich auch ein paar demokratische Freiheiten ab.

Die Geschichte verläuft so, wie man es als guter Marxist gelernt hat, basta. Das solche Bilderbuchvorstellungen objektiv zu einer Politik des „Man-kann-eigentlich-gar-nichts-machen", man muß die Realitäten sehen, als da sind: hie ein faschistisches Spanien, da eine übermächtige NATO, und außerdem noch der überlegene CIA" führen, kann man am besten an den „links"-Artikeln über Portugal sehen (vgl. Mai- und Juli/August-Ausgabe): „Eine sozialistische Umwälzung . . . hat keine Perspektive", „ein Bürgerkrieg würde die reaktionäre Landbesitzerfraktion wiederum stärken und bei letztlichem Sieg der Bourgeoisie Portugal zu griechischen Herrschaftsformen führen."

Man weiß es immer schon vorher. Rein logisch folgt daraus das, was in Portugal die KP-Führung sagt und macht: Kollegen, eure Streiks nutzen nur der Reaktion, wir müssen jetzt behutsam vorgehen, um die demokratischen Freiheiten nicht zu gefährden, übertriebene Lohnforderungen sind ebenso wenig drin wie Vergesellschaftung.

Nach diesen grobrastigen Analysen hätte Spinola und die industrielle Großbourgeoisie eigentlich gestärkt aus den Ereignissen vom 28. September hervorgehen müssen – daß es anders kam, ist allerdins so erstaunlich nicht, wenn man die **Besonderheiten** der portugiesischen Situation berücksichtigt und wenn man überhaupt noch den Gedanken denken kann, daß das Volk eben doch manchmal stärker ist, als es nach den „objektiven Bedingungen" eigentlich sein dürfte.

Diese besonderen Bedingungen sind vor allem:

1. Der Kolonialkrieg und die Einflüsse der sozialistischen Befreiungsbewegung auf das „Mutterland"; eng damit zusammenhängend
2. die Politisierung der Armee, die in dem Movimento das Forcas Armadas (MFA(ihren sichtbaren Ausdruck findet;
3. die jahrzehntelange Geschichte des Widerstandes gegen den Faschismus, und das heißt insbesondere die Geschichte der Kommunistischen Partei Portugals (PCP);
4. die ziemlich einzigartige politische Machtkonstellation zwischen den herrschenden Parteien (PCP und Sozialistische Partei) sowie den PCP-kontrollierten Gewerkschaften einerseits und dem MFA andererseits.

Diese Bedingungen haben dazu beigetragen, daß die portugiesischen Arbeiter, Bauern und Fischer seit dem 25. April das entwickelt haben, was mit „Wachsamkeit" nur schwach und unzureichend umschrieben wird.

Die „Wachsamkeit" des portugiesischen Volkes

Ein neuer Fado (Volkslied) heißt: „Du reicher Mann, der du soviel hast, du sollst mir einmal erklären müssen, warum du soviel hast und ich nichts, du sollst es mir erklären müssen am Tage unseres großen Streites."

Der Streit hat begonnen. In den Streiks in verschiedensten Bereichen setzten die Arbeiter und Angestellten nicht nur Lohnerhöhungen über den gesetzlichen Mindestlohn hinaus, der von 1.500 Escudos auf 3.300 (ca. 330 Mark) erhöht wurde, durch; sie warfen auch oft auf eigene Faust ihre alten faschistischen Vorgesetzten, auch die betrieblichen Gewerkschaftsbosse (z. B. TAP) raus und drückten personelle Umbesetzungen durch – so mußten etwa der Direktor der Luftfahrtgesellschaft, die Leitungen der Berufsverbände bei Eisenbahnen, in Metall- und Textilindustrie und der Chef der portugiesischen Postverwaltung gehen, ebenso die Direktoren mehrerer Nachrichtenagenturen, Zeitungen, Radiostationen.

Drucker weigerten sich, Artikel zu setzen, die ihnen politisch nicht paßten. Kleinbauern forderten in Demonstrationen und Aktionen vom Großgrundbesitzer ihr Land zurück, das ihnen während des Faschismus geraubt worden war.

Die Fluggesellschaft TAP und der Schiffsbauwerk Lisnave waren schon vor dem 25. April Punkte des Widerstandes gewesen; hier wie vor allem in Druckereien und Textilbetrieben hat der Arbeiterkampf autonome Formen angenommen (siehe Bericht über Frauen- und TAP-Streik). Gleichzeitig entwickelte sich auch in den Kolonien, vor allem in Mocambique, eine Streikbewegung. In diesen – zumeist wilden – Streiks machen die Arbeiter für sie wichtige Erfahrungen mit der PCP-Politik, die die Kämpfe oft eindämmte oder gewaltsam unterdrückte und die in vielen Verlautbarungen vor „illusionistischen Vorstellungen der linken Demagogen" warnte.

Allerdings darf man es sich in der Auseinandersetzung mit der PCP nicht zu einfach machen. Es gibt eine Reihe von Beispielen, wo große Unternehmen selbst anstachelnd in die Streikbewegung eingriffen, um Spaltungen und Verwirrungen zu stiften. Nicht nur auf Druck der PCP, sondern aus eigenener Initiative haben Arbeiter manchmal die Kämpfe zunächst eingestellt. In einer Umbruchphase wie in Portugal seit dem Frühling besteht die Gegenoffensive des Kapitals eben nicht nur in Putschs oder ähnlichem, sondern in allen nur denkbaren Formen von Unterwanderungen, Provokationen und verwirrenden Informationen.

Hinter diesem Problem steht der grundlegende Widerspruch, daß die portugiesische Wirtschaft nach wie vor kapitalistischen Charakter hat, der durch die politische Entwicklung verändert, aber nicht beseitigt wurde. Damit ruft zwangsläufig eine vom Kapital produzierte ökonomische Krise auch eine Gefährdung des politischen Befreiungsprozesses hervor.

Was das für die Arbeiterkämpfe einerseits und eine Einschätzung der PCP-Politik andererseits heißt, kann man erst auf Grund einer gründlicheren Anlayse der portugiesischen Wirtschaft sagen. Hierzu sind wir im Augenblick nicht imstande, werden es aber in einem späteren Artikel versuchen.

Die unabhängige Entwicklung des MFA

Die Besonderheit in Portugal ist, daß sich die politische Entwicklung und Sozialisation in den Streitkräften als eigene Geschichte vollzogen hat, relativ unabhängig von der der Parteien.

Die Politisierungsgeschichte der jungen Offiziere ist verknüpft mit dem Kolonialkrieg in Mocambique, Guinea-Bissau, Angola. Der allgemeine Unmut gegen den Kriegsdienst war gewachsen, je länger dieser Krieg dauerte. Um ihm zu entgehen, emigrierten viele junge Portugiesen aus bürgerlichen Familien (und nur diesen stand zunächst die Offizierslaufbahn offen). Daher wurden die Offiziere später meist aus dem unteren Kleinbürgertum rekrutiert und durchliefen vierjähre Ausbildungszeit. Weil auch dies nicht ausreichte, wurden in Schnellkursen Studenten zu Milizoffizieren dressiert, die in kurzer Zeit dieselben Ränge und Privilegien erreichten. Das provozierte eine interne Fehde zwischen beiden Gruppen, die sehr ungeschickt von der PIDE benutzt wurde: viele unzufriedene „Kleinbürgeroffiziere" wurden verhaftet, was wiederum den ganzen Offiziersstand brüskierte – eine Radikalisierung war die Folge.

Die „Studentenoffiziere" begannen 1968/69 sich mit dem Pariser Mai auseinanderzusetzen; gleichzeitig vollzog sich im eigenen Land eine Studentenrevolte, deren Exponenten zwangsweise in die Armee gesteckt und nach Afrika transportiert wurden. Hier entstand eine wesentliche Radikalisierung durch die Konfrontation mit den Befreiungsbewegungen, und zwar um so mehr, je aussichtsloser die militärische Lage der portugiesischen Armee war. Es kam zu Verbrüderungsszenen, Befehlsverweigerung, spontaner Niederlegung der Kämpfe.

Als die provisorische Regierung die Verhandlungen mit der PAIGC (der Befreiungsbewegung in Guinea-Bissao) immer mehr hinauszögerte, kam eine Delegation von drei Offizieren nach Lissabon und drohte, daß sie sich selbst den Befehl zum Abzug der Truppen geben würden, falls die Regierung dies nicht täte. Daraufhin nahm die provisorische Regierung die Verhandlungen mit der PAIGC sofort erneut auf – und im September war Guinea frei.

Ab 1972 organisierten sich die Offiziere in Arbeitsgemeinschaften, aus denen die spätere MFA entstand. Die Offiziere entwickelten das Bewußtsein einer eigentständigen politischen Kraft und bedeuteten eine wichtige politische Kontrolle der Spinola-Regierung. Im Kommentar des Armeehauptmanns Ribeiro Reis zur Fernsehrede des einstigen Junta-Generals Galvao de Melo (nach dem 28. Sept. abgesetzt): „Besonders ein Satz dieser Rede hat uns irritiert, nämlich der von der Macht, die wir, die Bewegung der Streitkräfte, in die Hände der Junta gelegt hätten. Darüber waren wir sehr empört, denn solche Delegation der Macht akzeptieren wir nicht."

Der heutige aktive Kern der MFA besteht aus ca. 800 jüngeren Offizieren der unteren Ränge. Sie haben die Bildung von Soldatenräten und die Wahl der Offiziere durch die Soldaten durchgesetzt. Sie geben eine eigene Zeitung heraus, veranstalten eine Art von politischen Schulungskursen für die Soldaten und beherrschen insbesondere die strategisch zentrale COPCON (militärisches mobiles Einsatzkommando der Region Lissabon).

Als Bewegung kooperieren sie direkt mit keiner der politischen Parteien. Sicher ist, daß sie **ihre** Lehren aus Chile gezogen haben und ziehen und auf einen erneuten Rechtsputsch vorbereitet sind. Ob und wie sie sich aber radikalisieren, ob und wie sie sich mit den Arbeiterkämpfen verbünden und ob sie im entscheidenden Augenblick Waffen an die Arbeiter herausgeben (was innerhalb der MFA strittig ist), kann heute nicht gesagt werden.

Portugal-Gruppe des RK



Nicht November 1917
in Petersburg,
sondern April 1974
in Lissabon

SOGANTAL

FRAUENSTREIK IN PORTUGAL

Der Betrieb Sogantal in Montijo (40 km von Lisboa) wird seit dem 20. Mai bestreikt. Sogantal ist eine Filiale des französischen Konzerns Lamont, Produktion von Sportkleidung. Die Ausbeutung des portugiesischen Proletariats durch diesen französischen Konzern ist ein typisches Beispiel von Ausbeutung der „Dritten Welt". Der Konzern schickt die schon in Bordeaux zugeschnittenen Kleidungsstücke nach Portugal, wo sie in den Fabrikräumen genäht werden. Die Warenzirkulation ist „steuerlos durch die Grenze" und das fertige Produkt kehrt nach Frankreich zurück, um wieder exportiert zu werden nach Portugal mit der Etikette „made in France". Der Betrieb hat 46 Arbeiterinnen – 14 bis 24 Jahre alt, und einen Mechaniker. Die Arbeiterinnen haben bis zum 25. April 1040 bis 1060 Escudos verdient, bei einem Arbeitstag von 9 Stunden, fünf Tage in der Woche (10 Escudos = 1 DM – d. h. 102 bis 103 DM). Im Vergleich kostet ein Sporttrainingsanzug 800 bis 1 000 Escudos. Der Kampf hat am 20. Mai angefangen. Die Arbeiterinnen haben die Arbeit nicht gestoppt, sondern die Produktion verlangsamt, um ihre Forderungen durchzusetzen:

1. Einen gesetzlich garantierten Mindestlohn von 3.300 Escudos;
2. ein Monat bezahlten Urlaub pro Jahr;
3. bezahlten 13 Monat.



Von LIP kann man lernen . . .

Der Boss hat den Mindestlohn abgelehnt mit der Begründung, daß er Verlust hätte und verpflichtet sei, den Betrieb zu schließen. Was die anderen Forderungen betrifft, machte der Boss Gegenvorschläge, die von den Arbeiterinnen nicht akzeptiert wurden: 3 Wochen Urlaub, davon zwei bezahlt. Von diesem Moment an beschließt die Versammlung der Arbeiterinnen die Besetzung der Räume, um den französischen Boss zu hindern, die Maschinen zu klauen und nach Frankreich zu schicken (wie in einigen ausländischen Unternehmen geschehen, z. B. bei „Applied Magnetics").

Die Arbeiterinnen beschließen, die fertigen Waren zu verkaufen und sich selbst zu bezahlen: „Der Boss bezahlt uns nicht mehr seit dem 20. Mai, wir müssen doch essen, also werden wir die Kleidung verkaufen, die wir selbst produzieren."

Selbstorganisation der Arbeiterinnen

Die Arbeiterinnen organisieren sich in vier Kommissionen: 1. Verkauf, 2. Propagande-Zeitung, 3. Organisation Besetzung, 4. politische Auseinandersetzung.

Die Arbeiterinnen organisieren einen „wilden Verkauf" in den Straßen von Lisboa und Porto. Tag und Nacht organisieren sie die Besetzung des Betriebes, wechseln die alten Türschlösser aus, kümmern sich um die Verwaltung. Zusammen mit Studenten bilden sie ein Antikolonial-Komitee mit Filmprojektion, Diskussionen im eigenen Betrieb und in anderen Betrieben der Umgebung über die Unabhängigkeit der Kolonien, veröffentlichen eine Zeitung: Sogantal, Untertitel: Unsere Zeitung ist klein, aber unser Kampf ist groß.

Sie nehmen Kontakte mit Journalisten auf, die ihr Kommuniqué veröffentlichen. Sie installieren in den Fabrikräumen ein Plakat, auf dem jeder seine Ideen mitteilen kann und Zeichnungen über den Boss und die PIDE (portugiesische Geheimpolizei).

Auf den Wänden eine französische Karikatur: „Sind die Bosse notwendig? ", Plakat von LIP, übersetzt in portugiesisch.

In der Zeit unserer Betriebsbesichtigung (Ende Juli) besitzen die Arbeiterinnen einen Stock von 30.000 Kleidungsstücken. Durch den „wilden Verkauf" könnten sie sich ein Gehalt von 3.000 Escudos pro Monat bezahlen.

Die besondere Situation der portugiesischen Frauen

Um die Bedeutung dieses Arbeitskampfes besser zu verstehen, ist es notwendig, kurz auf die besondere Situation der portugiesischen Frauen, d. h. insbesondere der portugiesischen Arbeiterinnen, einzugehen. Von den 9 Mio. Portugiesen sind auf Grund von Knappheit an Arbeitsplätzen, schlechten Lebensbedingungen und der politischen Situation ca. 2 Mio. Arbeiter und Arbeiterinnen emigriert. Eine Viertel Million Männer steht ständig unter Waffen und wird bis zu zwei Jahren Militärdienst in die Kolonien beordert. (Vor dem 25. April – Militärzeit vier Jahre)

In einigen Produktionszweigen – so z. B. in der Landwirtschaft und der Fischerei (Handel und Verkauf) – ist die Stellung der Frau dominierend auf Grund des Vakuums an männlicher Arbeitskraft. Trotz dieser „Arbeitsemanzipation" ist die Frau zu Hause Opfer der Unterdrückung durch die Männer, die sich widerspiegelt in den äußerst starken Moralgesetzen (vor dem 25. April war Küssen auf der Straße mit Gefängnis strafbar) der Gesellschaft und der Kirche. Die Ausbeutung der portugiesischen Arbeiterin ist also doppelt und besonders scharf:

1. Die Ausbeutung am Arbeitsplatz – Auspressung der weiblichen Arbeitskraft zur Gewinnung von Extraprofit (Verlängerung des Arbeitstages – extrem niedrige Arbeitslöhne – Frauen werden noch schlechter bezahlt als Männer – Mangel an Kindergärten, Jugendhäusern etc.).

2. Die Ausbeutung zu Hause – die starren Moralgesetze binden die Frau total an Mann und Herd und Familie.

Von diesem Hintergrund ausgehend haben die Frauen vom Anfang ihres Kampfes an unter fürchterlichem Familiendruck gelitten. Manche Frauen wurden von den Vätern zusammengeschlagen, weil sie gestreikt hatten, andere von den Ehemännern, die verboten hatten, allein mit den Arbeitskolleginnen nach Lisboa zu fahren, um zu verkaufen. Manche Frauen sind mit Militärangehörigen verheiratet, die sie nur wenige Tage gesehen hatten, da sie den Militärdienst in den Kolonien erledigen müssen.

Das widersprüchliche Verhalten der PCP

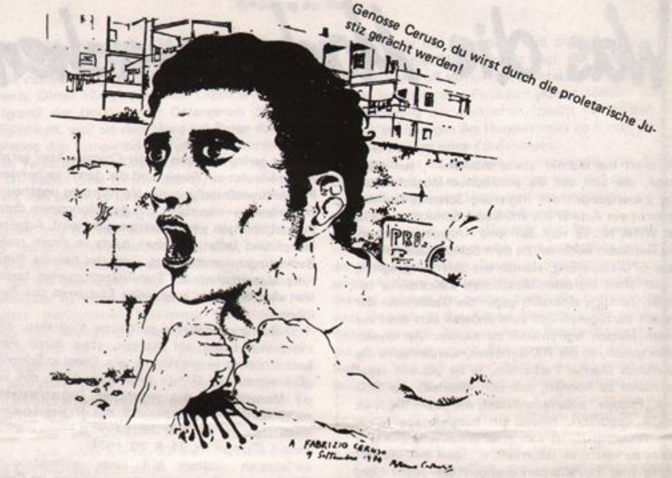
Während unserer Besichtigung haben die Arbeiterinnen kurz die Arbeit niedergelegt, um mit uns zu sprechen. Aber die Diskussion wurde zwischen uns und einem jungen Militärangehörigen geführt. Auf meine Frage, warum er und nicht die Frauen reden, die den Kampf angefangen und weitergeführt haben, wurde er rot und legitimierte es, daß er der Ehemann einer noch sehr jungen Arbeiterin wäre, und daß die Frauen, trotz ihrer kämpferischen Haltung, sich nicht trauen würden zu sprechen. Auf unsere Frage, welche Stellung die provisorische Regierung zu diesem Arbeitskampf nehme, antwortete er, es wäre noch nicht klar, der Arbeitsminister würde das Recht der Arbeiter anerkennen, einen Betrieb zu besetzen, um zu vermeiden, daß der Boss die Produktionsmaschine von dem Betrieb wegschleppen und damit die Arbeit sabotieren. Aber die provisorische Regierun würde nicht den „wilden Verkauf" unterstützen, der „illegal" wäre, aber bis jetzt – wahrscheinlich wegen der breiten Solidarität und dem Kräfteverhältnis – hätte sie die Augen zugemacht.

Ich fragte noch: „Wie verhält sich die kommunistische Partei (PCP)? " Ein Moment Schweigen – die Arbeiterinnen und der Militär schauten uns traurig an, dann erklärte er uns, daß das Prinzip des Streikes konträr der politischen Linie des „sozialen Friedens" sei, um die kapitalistische Ökonomie zu schützen, und daher die PCP diesen Streik total ignorieren würde, ohne ihn offen zu denunzieren. aber unter gleichzeitiger Nichtveröffentlichung der Kommuniqués in der kommunistischen Zeitung „Avante".

Politische Unterstützung wurde den Arbeiterinnen nur von Seiten der linksextremistischen Gruppen gewährt, aber die Arbeiterinnen weigern sich manipuliert zu werden. Die meisten Genossen gehen nur vorbei, um sich zu erkundigen und Artikel in ihrer Zeitung zu schreiben. Nur die MES (Bewegung der Sozialistischen Linken) und die PRP (Revolutionäre Partei des Proletariats) unterstützen konkret und konsequent den Kampf der Arbeiterinnen in Sogantal.

Am 24. 8. 1974 finde ich eine kurze Nachricht in der portugiesischen Zeitung „L'Expresso" über Sogantal. In der Nacht kam ein von dem Boss bezahltes Rollkommando von französischen und portugiesischen Faschisten, deren Namen veröffentlicht worden sind. Diese haben versucht, den Betrieb zu säubern. Sie haben den Mechaniker zusammengeschlagen und versucht, die Maschinen rauszuschleppen. Die Arbeiterinnen haben sich gewehrt und das ganze Dorf um Hilfe gerufen. Es ergab sich ein harter Kampf und die faschistischen Provokateure wurden festgenommen, einige blieben einige Tage im Krankenhaus.





COMPAGNO CERUSO SARAI VENDICATO DALLA GIUSTIZIA DEL PROLETARIATO

Am 9. September 1974 wurde bei den Zusammenstößen in San Basilio Fabrizio Ceruso von den Bullen erschossen. (Bericht in WWA Nr. 20)

„Das haben sie von uns Vätern gelernt, was Kampf, was Kommunismus bedeutet."

Im Sitz des Komitees von San Basilio hat uns der Vater von Fabrizio sein Leben als Kommunist erzählt.

„Ich weiß nicht, wie ich beginnen soll. Als ich anfing, die Kommunistische Partei zu verstehen, schrieb ich mich in die Sektion von Castagneto Carducci in der Provinz von Livorno ein. Ich war nach Castagneto Carducci gezogen, um dort zu arbeiten. Vorher hatte ich zusammen mit meinem Onkel am Hauptbahnhof in Rom alle möglichen kleinen Dinge verkauft, der Bahnhof war damals noch nicht mehr als eine Bahnsteigsperre, das neue Gebäude war noch nicht gebaut. In Castagneto arbeitete ich in einer Meierei, und wir waren alle Genossen. Abends gingen wir immer ins Tinello, so nannten sie den Ort, wo wir uns trafen, redeten und diskutierten. Das war 1946/47, nach den Vorfällen im Viminale, als De Gasperi Ministerpräsident war und riesige Demonstrationen stattfanden und wir dauernd darüber sprachen. In Castagneto waren alle Bauern Pächter eines Barons, ich glaube, er hieß Ricciardi. Zusammen mit diesen Genossen begann ich, die kommunistischen Organisationen kennenzulernen. Abends trafen wir uns mit anderen Genossen, von denen viele aus der Kriegsgefangenschaft zurückgekommen waren, einige aus Rußland, andere aus Griechenland oder auch aus anderen Ländern. Man redete, jeder erzählte von seinen Erfahrungen und man schloß immer damit, daß die Kommunistische Partei auf alle Fälle Italien vor den undemokratischen Machenschaften bewahren würde, die es damals gab, und die es heute noch gibt.

So bekam ich meinen ersten Parteiausweis in der Sektion Garibaldi. Dort arbeitete ich ein paar Jahre zusammen mit den Bauern. Dann ging ich nach Cecina, wo ich bis 1950 Kellner war. In diesem Jahr wurde ich einberufen und mußte nach Salerno, von wo sie mich dann nach Palermo versetzten und von dort wieder nach Rom in dib Kaserne von Pietralata. Dort führten wir auch einen enormen Kampf gegen den amerikanischen General, der damals den Atlantikpakt unterzeichnete. Auch wir Soldaten trugen dazu unseren Teil bei: In der ganzen Kaserne schrieben wir „Nieder mit dem Krieg", „Nieder mit dem bestialischen General" und vieles andere mehr.

Für alles, was wir da geschrieben hatten, bekamen wir zwei Monate Ausgangssperre, die Kaserne wurde von der Polizei umstellt und die Ausgänge von ihr besetzt. Während der Zeit, in der ich in Pietralata war, lernte ich meine Frau kennen, sie kommt aus Tivoli. Deshalb ging ich auch nach dem Militärdienst nach Tivoli und suchte dort Arbeit.

Ich hatte einen Sack voll Probleme, weil ich bekannt war als Kommunist und bevor ich eine Arbeit fand, war ich Tag und Nacht auf den Beinen und hab alles Mögliche gemacht: z. B. Stroh und Steine be- und entladen, wir bekamen 1.000 Lire pro Tag. Ich heiratete und kurz danach wurde mein erster Sohn geboren, Enzo: Ich erinnere mich, daß ich meine Frau und mein Kind zu meinen Eltern nach Pagani schicken mußte, damit sie was zu essen hatten, ich war immer noch arbeitslos.

Ich wohnte in der Nähe vom Bischof und zu jener Zeit (1955/56) kamen viele Fremde. Sie hatten alle einen Empfehlungsbrief, womit sie zum Bischof gingen. Am Tage darauf hatten sie dann alle Arbeit, teils bei Pirelli, teils in der Papierfabrik.

Eines Tages traf ich den Bischof und sagte ihm dann: „Meine Exzellenz, ich bin Ceruso Luigi, ich wohne dort in dem Haus, ich brauche auch dringend eine Arbeit. Ich weiß, daß im Evangelium des Matthäus steht: „Klopfe an, und dir wird geöffnet werden." Der sagte mir, daß ich Kommunist sei und mir deshalb nichts zustehe. Ich antwortete ihm nicht schlecht – und so verschaffte er mir sieben Monate Knast.

Kurz darauf, nach der Entlassung aus dem Gefängnis, bekam ich eine Stelle bei der Kommune, wo ich noch heute arbeite. Wir wohnten in einem Zimmer mit einer Küche und waren vier Personen: Ich, meine Frau, Fabrizio und Enzo. Dann zogen wir ins Stadtviertel von San Paolo: dort wurden die Kinder groß und sie sahen mich immer an den Demonstrationen teilnehmen, die von der KPI organisiert wurden. Nach und nach, als Fabrizio größer wurde, interessierte er sich dafür, wenn ich von den Kämpfen erzählte. Er sang mit mir zusammen ‚Bandiera Rossa', bis er in die Mittelschule kam, wo ihm dann mehr bewußt wurde als mir, was die Kämpfe, was die Kommunistische Partei war.

Abends hatten wir zusammen lange Diskussionen, tauschten unsere Ideen aus und verstanden uns besser. Nach der Mittelschule wollte Fabrizio nicht mehr in die Schule gehen, aber er hat immer weiter gelernt, kaufte sich Bücher, vor allem über Politik.

Er arbeitete, und wenn er abends nach Hause kam, las er in den Büchern. Geld gab es zu Hause immer sehr wenig, und wenn er ein paar Groschen haben wollte, bat er immer um Erlaubnis. Es genügte, wenn ich den beiden Kindern sagte: „Macht keine beleidigten Gesichter, der Papa hat kein Geld und viele Sachen können wir uns nicht kaufen", und dann fragten sie nichts mehr.

Ich erinnere mich, er erzählte ihm einmal von San Paolo, das war 1960, als wir Genossen von Tivoli kamen und gleich bemerkten, daß die Lage sehr kritisch war, denn wir sahen eine Menge grüner Lastwagen uns entgegenkommen, die voll waren mit festgenommenen Genossen, die an der Demonstration teilgenommen hatten. Fabrizio freute sich über all diese Erzählungen, und er war stolz, daß ich dabei war. Er erzählte allen Genossen, daß ich in Brescia bei der Beerdigung der von den Faschisten ermordeten Genossen dabei war. Vielleicht fühlte er sich größer als alle anderen, weil ich daran teilgenommen hatte.

Ich ging immer zu allen Demonstrationen nach Rom, auch wenn ich manchmal mit dem Autobus alleine hinfahren mußte. Ich wußte, daß die Teilnahme daran, ob man nun hundert war oder auch nur einer allein, immer sehr wichtig war.

Wenn ich mit Fabrizio diskutierte, sagte er mir: „Schau mal, Papa, der Kampf ist notwendig, damit wir zeigen, daß wir nicht alle nur Schafsköpfe sind": Das haben sie von uns Vätern gelernt, was Kampf, was Kommunismus bedeutet. Wir haben ihnen das Ehrgefühl beigebracht, wir haben sie mit viel Opfern erzogen und sie sind entschlossener als wir: Das wollte einmal die KPI – reifere und bewußtere Leute.

Wenn wir früher auf die Straßen gingen und von der Polizei verprügelt wurden, konnte ich meinen Kindern nicht erzählen, daß die Polizei uns Blumensträuße überreicht hätte: Also haben die Kinder wiederholt, was wir schon gemacht haben und haben alles zurückgeben wollen, was man uns angetan hat.

Es gibt Genossen, die sagen, daß diese Jungen Gesetzlose und Rechtsbrecher seien. Für mich sind es keine Verbrecher, sondern unsere Söhne, und müssen bei ihren Demonstrationen geschützt und unterstützt werden, so wie wir es bei den Demonstrationen mit Tarracini und anderen Genossen der KPI taten. Ich verstehe nicht, warum man jetzt sagt, daß sie Rechtsbrecher sind oder daß unter ihnen Verbrecher sind. Das ist nicht wahr, ich kenne sie alle und sie sind alle gute Genossen und Arbeiter und haben nichts zu tun mit Verbrechern. Ich will das unterstreichen und will, daß alle Genossen es lesen: Klar, für die Kapitalisten sind wir alle Verbrecher, selbst der, der nur links ist, ist für sie schon ein Verbrecher."

(aus: LC vom 6. 10. 1974

Was die Macher machen

„Können die Macher etwas machen?", auf diese Frage, die sich auf die politischen Möglichkeiten und Zielsetzungen der Regierung Schmidt bezieht, versucht ein Artikel des RK-Redaktionskollektivs in der WWA Nr. 18 vom Juli eine Antwort zu geben. Die Genossen kommen zu dem Schluß, daß sich die neue SPD-Regierung, ebenso wie ihre Vorgängerin, in der alten sozialdemokratischen Zwickmühle befindet, nämlich einerseits gegen die Bedürfnisse der Massen vorzugehen und zum anderen sich eben aus diesen Massen legitimieren zu müssen. An diesem Widerspruch, so die RK-Genossen, werden auch die „dummen Macher" scheitern, ja sie glauben sogar feststellen zu können, daß sich innerhalb der SPD eine „Fronde" zusammenfindet, die gegen die neue Politik opponiert. Heute, gut hundert Tage nach dem Amtsantritt, ist von einer solchen Opposition nichts zu sehen. Im Gegenteil, es rollen die „linken" Köpfe und Loyalitätserklärungen der Jusos gibts nicht mehr gegenüber den Massen, sondern gegenüber Schmidt.

Im Gegensatz zu den Thesen der RK-Genossen, wollen wir hier nachweisen, daß die Regierung Schmidt schon jetzt ihre Bewährungsprobe bestanden hat, daß es ihr gelungen ist, durch die staatliche Benutzung der Krise die proletarische Offensive des multinationalen Massenarbeiters von 1973 geradezu in erschreckendem Maße zurückzudrängen. Wir wollen weiterhin nachweisen, daß diese Regierung etwas wirklich Neues in der Entwicklungsgeschichte des westdeutschen Kapitalismus darstellt und nicht mehr das Geringste mit der Romantik der überkommenen Sozialdemokratie zu tun hat, noch vergleichbar wäre mit der planstaatlichen Holzhammerpolitik der vergangenen CDU/CSU-Regierungen. Darüberhinaus soll untersucht werden, ob das deutsche Experiment im internationalen Rahmen das perspektivreichste Modell für die Errichtung einer antiproletarischen Ordnung in Europa hergibt.

Nach Aussagen von Kruppmanager Mommsen ist Schmidt „der am breitesten orientierte Bundeskanzler" der BRD regierte. Jedenfalls beherrscht er wie kein anderer das wirtschaftspolitische Instrumentarium des Planstaats. Dabei läßt sich Schmidt keineswegs von den unmittelbaren Tagesbedürfnissen, wie man sich das bei einem Pragmatiker vorstellen könnte, leiten. Hinter dem „wirtschaftlich Machbaren" und dem „Pragmatismus" der Regierung steht ein einfaches, unmißverständliches und auf lange Sicht angelegtes Konzept. Die beiden tragenden Säulen dieses Konzepts sind auf der einen Seite die Zerschlagung der proletarischen Offensive, auf der anderen die Errichtung eines europäischen Krisenstaates.

Voraussetzung für die neue Politik ist Stabilität, um dem galoppierenden Preisantrieb Grenzen zu setzen, der sowohl die nationale Wirtschaftspolitik als auch den Welthandel in eine kaum noch kontrollierbare Unordnung gestürzt hat. Ebenso wie Schmidt sehen wir in den Arbeiterkämpfen, den Lohnforderungen und Fabrikstillegungen, der Disziplinlosigkeit und der antiproduktivistischen Haltung der Arbeiter die Ursache für die Inflation. Jede Lohnsteigerung, jede Nichtauslastung der Kapazitäten durch Streiks wird vom Kapital mit einer entsprechenden oder darüber hinausgehenden Preisaufstockung beantwortet. Die Lohn-Preis-Spirale ist längst ein Wirbelwind, wobei die Frage müßig bleibt, wer zuerst da war, die Henne oder das Ei, die Lohnerhöhung oder die Preissteigerung. Lohnerhöhung und Streiks sind beides Ursache und Folge der Inflation. Daß darüberhinaus der Inflationspreis von anderer Seite mitangetrieben wird, ist selbstverständlich. Aber auch im Zusammenhang mit den Kämpfen wäre es verkürzt, nur den Lohn zu nennen. Mit Recht weisen Gewerkschaften darauf hin, daß der Anteil des Lohns am Gesamtkapital vieler Industriezweige äußerst gering ist, etwa in der Chemie. Aber gerade dort bedeutet ein Streik und die damit verbundene Produktionseinstellung die Vernichtung ungeheurer Wertmassen — was dann von den Monopolen durch Preiserhöhungen wieder kompensiert wird. Arbeiterkampf und Inflation stehen heute in einem realen Bedingungszusammenhang, und das hat die Regierung klar erkannt. Ihr Stabilitätsprogramm formuliert deswegen das langfristige Einfrieren des Reallohns.

Dieses großangelegte politische Vorhaben, wird nicht von heute auf morgen, etwa durch einen Lohnstopp zu verwirklichen sein. Denn so Schmidt: „Die eigentliche Gefahr liegt doch darin, daß sich die Menschen in den westlichen Industriestaaten nicht vorstellen können, daß das Realeinkommen mindestens für ein paar Jahre einmal kaum wachsen kann." (Spiegel Nr. 34, S. 20, 1974)

Schmidt rechnet mit einer widerspenstigen Zähmung des Proletariats. Am wenigsten, im Gegensatz zu seinen hilflosen Vorgängern, vertraut er auf ideologische Waffen. Als Begründung für seine Maßnahmen übernimmt er zwar die Ölkrise und Steigerung der Rohstoffpreise, jedoch spielen Maßhalteapelle bei ihm eine viel geringere Rolle als bei Brandt oder Erhard. Im Gegensatz zu den beiden schlachtet er eine heilige Kuh nicht nur der Sozialdemokratie, sondern des Planstaats überhaupt: die Vollbeschäftigung. Der Wirtschaftspolitiker Schmidt weiß, daß bei Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung die Lohnforderungen der Arbeiter nicht mehr zu bremsen sind, aber vor allem, daß ihre Produktivitätshingabe auf ein Minimum sinkt. Erst unter der Drohung von Entlassungen und der Existenz eines jederzeit verfügbaren Arbeitslosenheeres, werden die dann disziplinierten Arbeiter mit ihren Forderungen zurückstecken.

Die Zahl der Arbeitslosen bläht sich auf, von der Regierung geduldet und unterstützt. Die wertvollen Erfahrungen von 1966/67, wo das Kapital erfolgreich die Krise gegen die Arbeiter einsetzte, sind nicht vergessen. So weisen die Statistiken im August ein Arbeitslosenheer von 490 000 auf. Für den Winter werden von einigen Wirtschaftsinstituten Zahlen in der Höhe von einer Million und mehr angegeben. Dabei handelt es sich um offizielle Daten. Erfaßt sind hier nur die beim Arbeitsamt gemeldeten Personen. Nicht erfaßt sind zum Beispiel die 120 000 Facharbeiter und Angestellte, die sich auf Umschulungskursen befinden, nicht aufgeführt sind vor allem die Ausländer, die erst gar nicht zum Arbeitsamt gehen, sondern resigniert in die Heimat zurückkehren, nicht erfaßt sind die, denen die Aufenthaltsgenehmigung nicht erneuert wurde. Von den Ausländern, die erst gar nicht reinkommen, wollen wir hier nicht weiter reden. Daß das Arbeitslosenheer bei weitem größer ist, als allgemein angegeben, wird von den Gewerkschaften bis zur CSU hin verschleiert.

Dabei läuft der Aufbau des Arbeitslosenheeres weder unbewußt noch plump nach Schema F ab; etwa so: der Staat vergibt keine Subventionen und Aufträge mehr, darauf stellen die Unternehmer ihre Investitionen ein und die Arbeiter fliegen auf die Straße. Es handelt sich vielmehr um einen raffinierten Plan, für dessen Verwirklichung bestimmte Entwicklungen in der Wirtschaft äußerst günstig sind. Eine dieser günstigen Voraussetzungen wird mit dem Schlagwort „gespaltene Konjunktur" umschrieben. Es gibt Branchen, denen es ausgezeichnet geht: Stahl, Erdöl, Chemie, dagegen haben andere einen bisher unbekannten Produktionsrückgang zu verzeichnen: Textil, Automobil, Bau. Diese unterschiedlichen wirtschaftlichen Situationen erweitern den Handlungsspielraum der Regierung beträchtlich. So kann zum Beispiel ein Teil der in der Automobilindustrie freigesetzten Arbeiter in der Stahlbranche untergebracht werden. Der Schreck der Kündigung und möglichen Arbeitslosigkeit wird ihnen aber dennoch im Nacken sitzen.

Wenn man von den Arbeitslosenquoten in den unterentwickelten Gebieten (bayrischer Wald) absieht, so sind in den industriellen Ballungszentren vor allem zwei Industriezweige betroffen: Automobil (Produktionsrückgang 25 %) und Bau (Produktionsrückgang 16 %). Es ist aber mehr als nur verwunderlich, mit welcher despotischen Lässigkeit Schmidt gegenüber dem größten und zur Zeit angeschlagensten deutschen „Produzenten" auftritt. Er „denkt gar nicht daran", den Autokonzernen aus der Patsche zu helfen. „Das würde doch zumindest bedeuten, daß die Halden noch größer werden. Einige automobilproduzierende Unternehmer haben unternehmenspolitische Fehler gemacht. Und dann ist der Staat nicht dazu da, diese Fehler der Unternehmer mit Hilfe des Steuerzahlers wieder wett zu machen". (Spiegel Nr. 34, S. 21 1974). Diese Kaltschnäuzigkeit zeigt einerseits die Macht, die der Staat im Augenblick gegenüber bestimmten Industriezweigen hat, sie ist andererseits mitverursacht durch die hohe Zahl ausländischer Arbeiter in diesen Industrien. „Flexibilität", so Apels Konjunkturprüfer, ist „durch den hohen Anteil (etwa 30 %) an ausländischen Arbeitnehmern bei Ford und Opel, VW, Mercedes und BMW vorhanden. Das heißt, in diesen Firmen können deutsche Arbeitnehmer zu Lasten ihrer ausländischen Kollegen ihre Arbeitsplätze behalten". (Spiegel Nr. 35, S. 18 1974) Also auch hier günstige Voraussetzungen bei der geplanten Arbeitslosigkeit ohne die politischen Folgen in Kauf nehmen zu müssen, da die gekündigten Ausländer bei zu erwartenden Schwierigkeiten abgeschoben werden. Ihre 1973 in voller Macht demonstrierte Einheit wird durch die Aufspaltung in Beschäftigte und Arbeitslose vorerst zerrissen.

Schmidt hat mit seiner antiproletarischen Politik bisher einen erstaunlichen Erfolg gehabt. Obgleich sich die Arbeiter unter schlechteren Lohn- und Arbeitsbedingungen quälen als vor einem Jahr, gab es heuer keinen heißen Sommer. Das raffinierte der neuen Regierungspolitik liegt vor allem darin, daß sie genau auszuloten versucht, wieweit sie den Bogen spannen darf. Schmidt weiß, daß bei Lohneinbußen „... soziale Unruhen und politische Gefährdungen in demokratischen Regimen (entstehen). Wenn Sie von Skandinavien bis Italien gucken: wieviele Regierungen in Europa stützen sich eigentlich auf solide Mehrheiten innerhalb ihrer eigenen politischen Landschaft? Wirtschaftliche und politische Stabilität sind unmittelbar miteinander verknüpft." (Spiegel Nr. 34, S. 20 1974)

Das Mittel zur Bekämpfung zu erwartender Unruhen hat Schmidt in der Schublade: 12 Milliarden Steuererleichterung vor allem für kleinere und mittlere Einkommen, 4 Milliarden Rentenerhöhung und 2 Milliarden Wegfall der Stabilitätsabgabe und dazu eine großzügigere Haushaltspolitik. Ohne Zweifel wird eine solche in die Wirtschaft wieder reingepumpte Geldmenge die Inlandsnachfrage anheizen, zum Konjunkturaufschwung und damit Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen. Der Staat, der die Arbeitslosigkeit geplant hat, muß jetzt als Retter aus der Not erscheinen. Was nach der konjunkturellen Spritze zurückbleibt, ist eine kaum spürbare Lohnerhöhung aber kein einschneidender Lohnverlust, eine höhere Anzahl von Arbeitslosen im Schnitt, aber keine politisch gefährliche Massenarbeitslosigkeit, ein diszipliniertes Proletariat. Und das so weiter bis zur nächsten Etappe! Die Arbeiterklasse soll sich langsam an ihre Zähmung gewöhnen. Andererseits ist es für die Regierung geradezu lebensnotwendig, daß die Wiederbelebung der Konjunktur als ihr Geschenk an die Arbeiter oder allgemeiner an die Konsumenten erfahren wird. Bei einer weiteren Talfahrt wäre nicht ausgeschlossen, daß sich im nächsten halben Jahr eine Massenempörung gegen Schmidt und Konsorten Luft macht, die sie den Kragen kosten kann.

Mit der staatlichen Finanzpolitik macht Schmidt Lohnpolitik. Logischerweise gerät er hier in Widerspruch zu den Gewerkschaften. Nach seiner Konzeption, den Lohn durch den Staat zu regeln, wären die Gewerkschaften eigentlich überflüssig, beziehungsweise sie würden zum reinen Kontrollinstrument der Klasse degradiert. Ihre Funktion als Motor der kapitalistischen Entwicklung würde an den Staat delegiert.

„Da habe ich gestern jemanden gehört, der hat hier die Profite der multinationalen Ölkonzerne angeklagt als die Ursache für die Ölkrise. Daran ist sicher etwas Richtiges, ich bin auch dafür, daß die unter internationale Kontrolle kommen. Ich habe was dafür getan, ich habe auf einer Konferenz von zwölf Staaten darüber geredet ..."
(Schmidt auf dem Landesparteitag in Hamburg)

Grob lassen sich bei den Gewerkschaften drei Fraktionen feststellen: einmal die Opportunisten, die die Regierungspolitik blind oder aus Überzeugung unterstützen und von denen Schmidt mehrere ins Kabinett geholt hat (Leber, Arendt, Gscheidl, Ravens, Matthöfer, Rohde). Dazu rechnet unter anderem der Vorsitzende der deutschen Angestellten gewerkschaft Hermann Brandt, der zweistellige Lohnforderungen bei diesen Tarifverhandlungen nicht für vertretbar hält. Die zweite Fraktion sind die Keynesianer, die die Wirtschaft mit einem erhöhten Reallohn ankurbeln wollen und dabei eine steigende Inflationsrate in Kauf nehmen. Wahrscheinlich ist dazu die ÖTV mit Kluncker zu rechnen. In diesem Sinne ist auch Loderers populistischer Ausspruch zu werten: „Mehr Mäuse schaffen mehr Nachfrage." Die dritte Fraktion unterstützt zwar das Stabilitätsprogramm, glaubt aber daß Lohnerhöhungen von den Unternehmern nicht in dem Maße wie früher auf die Preise übertragen werden. In diesem Sinne der DGB Ökonom Heinz Markmann: „In der gegenwärtigen Situation ist der Kaufkrafteffekt von Lohnerhöhungen für die Konjunktur wichtiger als ihre Kostenwirkung, ..." (Wirtschaftswoche Nr. 35, S. 11 1974)

Nach Vorstellungen der Regierung hingegen soll der Segen von oben kommen. Die Gewerkschaften haben allenfalls die Funktion, so Friedrich, die Löhne wieder an die Produktivität heranzuführen. Unter diesen Voraussetzungen ist die Industrie auch zu „Zugeständnissen" bereit. So verspricht Sohl „Wir geben eine Art Reallohngarantie über flexible Tarifzeiten." Die Gewerkschaften aber wollen auf eine zweistellige Lohnforderung nicht verzichten und es scheint so, daß sie es diesesmal ernst meinen, weil sie sonst unter der neuen Regierungspolitik jegliche Legitimation gegenüber den Massen verloren hätten. Ihnen bliebe nur noch die Kontrollfunktion und nicht einmal der Schein, Arbeiterinteressen zu vertreten. Als günstig für sie erweist es sich, daß die Tarife in den Zweigen zuerst gekündigt werden, denen es konjunkturell am besten geht: Stahl und Papier (in der Papierindustrie wurden gestern 12,5 % durchgesetzt. Hohe Lohnforderungen bringen aber das Stabilitätskonzept der Regierung ins Wanken: Bevor sie als effektive Nachfrage voll durchschlagen, wird den Kapitalisten Geld abgezwackt, was die sicher mit Preiserhöhungen beantworten werden, wohingegen beim Reinpumpen von Staatsgeldern dieser Effekt nicht auftritt. Auf jeden Fall soll die Schublade erst nach den Tarifverhandlungen geöffnet werden. Denn, so der Spiegel von der Regierung: „Ihre Befürchtung: eine belebte Konjunktur könnte Gewerkschaften und Unternehmer zu preistreibenden Lohnabschlüssen verleiten. Der Konnex zwischen lohnpolitischem Wohlverhalten und Konjunkturbelebung sollte gewahrt bleiben." (Spiegel Nr. 28, S. 18 1974) Der Widerspruch zwischen Gewerkschaft und SPD-Regierung, der in Kluncker seinen

Fortsetzung nächste Seite



→ ersten Vertreter hatte, ist neu und man kann nur mit äußerster Spannung erwarten, wie weit die Gewerkschaft zu einem Zeitpunkt, wo der Kapitalismus auf breitester Ebene die Krise gegen die Klasse einsetzt, gehen wird.

Bevor wir aber zu einer globalen Einschätzung der Regierungspolitik übergehen und uns mit der Frage beschäftigen, was heute die Perspektiven der Arbeiterautonomie sind, wollen wir, um das Bild abzurunden, kurz den internationalen Faktor der neuen Politik, den multinationalen Krisenstaat skizzieren:

Stabilitätspolitik bedeutet Geldverknappung durch Kreditrestriktionen, Erhöhung des Diskontsatzes und ähnliches, auf Regierungsseite eine eingeschränkte Haushaltspolitik, auf der Währungsseite Aufwertung der DM, um den Exportboom zu drosseln. Diese klassischen Mittel des Planstaats haben aber heute ihre Grenzen. Die großen Unternehmer versorgen sich auf den Eurodollarmärkten, die bisher keiner staatlichen Kontrolle unterfallen. Von der Regierung eingeleitete deflationäre Maßnahmen werden durch dieses neue Finanzierungsinstrument des internationalen Handels hinfällig, die nationalstaatliche Finanz- und Konjunktursteuerung der 50er und 60er Jahre ist endgültig passé. Ihr trauern nur noch, wenn auch mit anderen Inhalten das sogenannte Rechtskartell und die Jusos nach. Schmidt dagegen betont die hervorragende Bedeutung, die die Eurodollarmärkte bei der Abwicklung des internationalen Zahlungsverkehrs einnehmen. Was ihn beunruhigt, ist die Anarchie, die den Eurodollarmarkt beherrscht. Er ist „so neuartig und mit soviel Kinderkrankheiten behaftet, und es fehlt ihm der Kinderarzt . . ." (Spiegel Nr. 34 1974) Dieser Kinderarzt ist der multinationale Krisenstaat, den Schmidt seit diesem Sommer konzipiert und den er mit dem italienischen Milliardenkredit eingeleitet hat.

Um überhaupt planstaatliche Steuerungsinstrumente im eigenen Land wirksam werden zu lassen, bedarf es der internationalen Kontrolle. Der erste Schritt: „Gemeinsame Konferenz der Regierungschefs der großen Partner der Weltwirtschaft, um die Zentralbanken zu einer noch viel engeren Kooperation zu bringen als bisher". (Spiegel Nr. 34, S. 19 1974) Schmidt fordert eine staatliche Aufsicht des internationalen Bankverkehrs, eine Verpflichtung der Banken Mindestreserven nachzuweisen. Sie sollen sich nach den Weisungen ihrer Regierungen verhalten, d. h. die klassischen Konjunktursteuerungsinstrumente des Planstaats sollen auf internationaler Ebene wirksam werden. Das wird nur funktionieren, wenn die USA und die multinationalen Konzerne mitspielen. Deswegen sind die Schmidt'schen Vorstellungen auch als eine Achse Bonn — Paris — Washington konzipiert. Inwieweit diese heilige Allianz zur Neuordnung der kapitalistischen Weltwirtschaft Realität wird, hängt nicht zuletzt von der Entwicklung der Arbeiterkämpfe ab.

Münchner Genossen
der Arbeitersache

Genossen,

seit Nr. 18 der WIR WOLLEN ALLES (Juli 74) nimmt der KLASSENKAMPF an der Redaktion der WWA teil. Dies aus der Einsicht heraus, dass die Kämpfe in Europa den nationalen Rahmen längst gesprengt haben und immer weniger mit den Mitteln der herkömmlichen Gruppenstrukturen gefasst und diskutiert werden können.

Natürlich betrifft diese Entscheidung auch die Konzeption der MATERIALIEN. Wir haben sie nie als "Linienorgan" verstanden, sondern wir haben sie von Anfang an als eine Art "öffentliches Intern" der KK-Gruppen definiert, als ein Instrument, das unsere eigene politische Diskussion durch die Beibringung wichtiger Materialien unterstützen und vorantreiben soll. Wenn andererseits unsere These stimmt, dass die revolutionäre Fragestellung in Europa im Verlauf der Arbeiterkämpfe der letzten 10 Jahre sich mehr und mehr vereinheitlicht hat, wird es nicht nur falsch sondern unmöglich, die Zusammenstellung dieser Materialien ausschliesslich von unserer Gruppenposition aus besorgen zu wollen. Die Probleme der Organisierung der Arbeiterautonomie, der neuen Kampfformen, der Vereinheitlichung der verschiedenen Klassenschichten können nur aufgrund der vielfältigen und zum Teil widersprüchlichen Erfahrungen der verschiedenen regionalen Situationen und innerhalb eines Rahmens diskutiert werden, der über die heutigen Gruppenstrukturen weit hinausgeht.

MATERIALIEN ZUR INTERVENTION

NR. 8. SEPTEMBER 74 Fr./DM 2.-

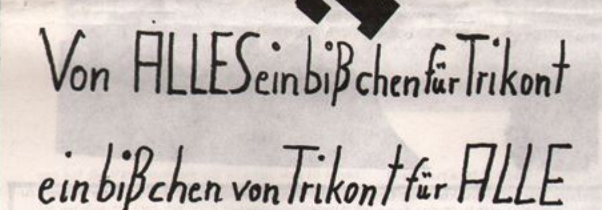
HAFENSTREIK IN ANTWERPEN
9. April – 5. Juni 73

EIN BERICHT DER GRUPPE ARBEIDERSMACHT IN ANTWERPSE HAVEN

Die neue Funktion der MATERIALIEN innerhalb des politischen und organisatorischen Rahmens der WWA-Gruppen unterscheidet sich nur graduell von der Funktion der WWA. Ist die WWA als Organ der Bewegung hauptsächlich als Träger von Erfahrungsberichten aus Fabrik, Stadtteil und Jugendbewegung, von Kurzanalysen und Stellungsnahmen zu aktuellen Ereignissen konzipiert, so sollen die MATERIALIEN vor allem ein Forum für die interne Diskussion der operaistischen Tendenz bilden, indem hier ausführlichere Analysen und Arbeitsberichte, umfänglichere Diskussionsbeiträge eingebracht werden können.

Auslieferung für die BRD:
Sozialistische Verlagsauslieferung
6 Frankfurt, Kurfürstenstr. 8a

TRIKONT



Der Trikont-Verlag wurde — wie sein Name vermuten läßt — als antiimperialistische Aktivität in der Studentenbewegung gegründet. Er war damals nicht Mitläufer oder Beobachter dieser Bewegung, sondern inhaltlich und personell ein Teil davon. Die ersten Publikationsprojekte wurden in SDS-Arbeitskreisen 1966 geplant und zur Veröffentlichung verabschiedet — die Genossen, die im Trikont-Verlag tätig waren, waren das ebenso in der Bewegung. An dieser Struktur hat sich grundsätzlich nichts geändert. Die gegenseitige Beeinflussung von Veröffentlichungen und politischer Praxis ist auch heute noch soweit gewahrt, wie das überhaupt möglich ist. Wir sehen uns aufs engste verknüpft mit den Gruppen um die **WIR WOLLEN ALLES**, und das keineswegs nur als Verlag.

Wenn wir einerseits glauben, daß dieser praktische Zusammenhang geradezu eine Voraussetzung für eine politische Verlagsarbeit ist, so sehen wir uns andererseits nicht nur als ein weißes Blatt, auf den die Sponti-Bewegung ihren Stempel drückt. Wir nehmen vielmehr in Anspruch mit unseren Publikationen die Bewegung zu beeinflussen.

Die Tatsache, daß in unserem Verlagsprogramm die kostspieligen Übersetzungen überwiegen, zeigt, daß wir bisher vor allem Bezugspunkte gesucht haben, die außerhalb der deutschen Grenzen lagen. Warum? — Eben weil wir mit unserem Programm möglichst eng an der „Bewegung" bleiben wollen und diese bisher in Italien und Frankreich ihren avantgardistischsten Ausdruck gefunden hat. Diese unterschiedliche Entwicklung des Klassenkampfs wirkte sich auch auf die Verbreitung unserer Bücher aus. Unser Leserkreis schrumpfte nach 1969 auf eine für unseren wirtschaftlichen Fortbestand alarmierende Weise zusammen. Damals verpflichtete sich der größte Teil der neuen Linken der Dogmatik. Die Spontilinke, die aus der Studentenrevolte Inhalte herübergerettet hatte und auch neue Inhalte entwickelte, die eine wenn auch entfernte Ähnlichkeit mit den Kampfzielen der italienischen Arbeiter hatten, gebärdete sich in einer zum Teil hysterischen Weise theoriefeindlich. Das ist als Reaktion auf die ML-Bewegung und ihre sterilen Schulungsansprüche verständlich, aber deswegen keineswegs politisch gerechtfertigt. Im Gegenteil, es zeigt eine entscheidende Schwäche der Spontis, die deswegen auch nicht in der Lage waren, eine längst überfällige Strategiediskussion einzuleiten.

Die Auseinandersetzung mit undogmatischer Literatur, für die ja die Auflagenziffer ein grober Indikator sein kann, zeigt keineswegs wünschenswerte Schwerpunkte. So ist es bezeichnend, daß der Ford-Buch im Rosa Luxemburg Verlag nur eine geringe Verkaufsziffer aufweist, während das ebendort erschienene Buch von Duhm über die Emanzipationsfrage linke Auflagenrekorde brach. Damit ist erstmal nichts gegen Duhm gesagt, sondern nur festgestellt, wie wenig das, was die Italiener den „Arbeiterstandpunkt" nennen, bei uns Eingang gefunden hat. Dem „operaismo" sind wir aber vom Trikont-Verlag aufs engste verpflichtet. Insofern sehen wir unser Verlagsprogramm auch als eine Herausforderung an die Spontis, sich theoretisch mit Kampfinhalten und Kampfformen der Arbeiter und den Gegenstrategien des Kapitals zu beschäftigen.

Scheinen uns die Themen, die die Spontis vorziehen, in vielen Fällen problematisch, so ist die Kritik, viele unserer Bücher seien gespickt mit Fremdwörtern und zu unverständlich, durchaus ernstzunehmen. Auch wenn wir sagen, daß die Texte vom Arbeiterstandpunkt aus geschrieben sind, so bedeutet das leider keineswegs immer, daß die Bücher auch von Arbeitern gelesen werden bzw. überhaupt von ihnen gelesen werden können. Inwieweit da ein ganz entscheidender Widerspruch liegt, muß diskutiert werden. Jedenfalls haben wir mit mehreren Büchern dieses Problem gelöst, etwa mit dem Text, der von den Arbeitergenossen der Alfa Romeo verfaßt wurde. „Das Tagebuch eines Betriebskampfes" stapelt sich aber noch in unserem Lager.

Eine neue Form verständlicher Literatur stellt auch die neue Reihe „Autobiographien, Romane, Reportagen" dar. Wir haben die neue Reihe mit folgenden Sätzen eingeführt: „Keine theoretischen Diskussionen und schwerfälligen Analysen werden wir in dieser Reihe finden, sondern lebendig geschriebene und spannende Berichte und Selbstdarstellungen von denen, die der Gesellschaft Widerstand entgegengesetzt haben. Sowohl die Geschichte ganzer Klassen als auch die Aufsässigkeit einzelner Desperados wollen wir bekanntmachen. Geschichten, in denen die Gewalt zum Hauptthema wird, die nicht zurückschrecken, die Wahrheit der Revolution klar auszudrücken, und frei sind vom falschen heroischen Idealismus der Arbeiterliteratur der 20er Jahre."

Über den Inhalt der Bücher könnt Ihr Euch durch die Anzeige im Verlagsinfo informieren. Bekanntgemacht wurden die Texte durch eine Werbekampagne, bei der wir 10 000 Privatkunden direkt angeschrieben haben, und durch Annoncen in zahlreichen linken Blättern mit der Aufforderung, die Reihe zu subskribieren. Der Erfolg war mehr als gering. Alle diejenigen, die unserem Programm Theorielastigkeit vorwerfen, konnten wir mit der neuen Reihe offensichtlich nicht erreichen. Vielleicht gibt's in so was kein Vertrauen mehr, vielleicht ist die von einem Teil der Spontis geforderte Klarheit und Verständlichkeit nur vorgegeben. Mit der neuen Reihe haben wir versucht, die „Sinnlichkeit" in der politischen Literatur zu aktivieren — aber offensichtlich besteht mehr das Bedürfnis über die Sinnlichkeit in der Politik abstrakt zu diskutieren, wie das A. Kluge und D. Duhm tun, als sich dieser Sinnlichkeit hinzugeben.

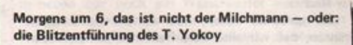
Als erste Reaktion auf die geringe Nachfrage haben wir entgegen allen ökonomischen Gesetzen der freien Marktwirtschaft erst mal die Preise raufgesetzt. Die Bücher sind also nicht billig (aber immer noch erheblich billiger als vergleichbare bürgerliche Bücher); aber unser wirtschaftlicher Bestand und damit unsere politische Selbständigkeit ist vom Verkauf der Reihe abhängig. Hier wenden wir uns ganz speziell an die **WIR WOLLEN ALLES**-Leser mit der Bitte, zur Verbreitung der Bücher beizutragen, einfach weil wir wissen, daß ein großer Teil von den Genossinnen und Genossen in diesen Texten eine politische Identität finden wird. Falls diese Identität tatsächlich besteht, können wir wohl annehmen, daß der Buchkauf von Genossen ein Solidaritätsakt ist und sowohl über einen bürgerlich-rechtlichen Kaufvertrag als auch über reine intellektuelle Bedürfnisbefriedigung hinausgeht. Es ist deswegen auch sehr wünschenswert, wenn in einer Wohngemeinschaft nicht nur ein Text, sondern zwei oder drei dieselben Exemplare zu finden sind.

Wir machen folgende zwei Unterstützungsvorschläge:

a) Subskriptionen der neuen Reihe „Romane, Reportagen, Autobiographien". Ihr müßt also DM 65,00 sofort auf unsere Konten zahlen (das spart Euch DM 10) und bekommt dann gleich nach Erscheinen die fünf Bücher dieser neuen Reihe.

b) „Buchsparen", d. h. Ihr überweist uns einen Betrag von mindestens DM 100,00, für die Ihr dann im Laufe der Zeit Bücher und Platten nach Eurer Wahl bei uns bestellt. Die jeweiligen Beträge werden dann sozusagen von „Eurem Konto" bei uns abgebucht, bis der Gesamtbetrag abgebucht ist.

Konto: Trikont-Verlag PschK München 226585-80
Bank für Gemeinwirtschaft Konto-Nr. 17270705



Morgens um 6, das ist nicht der Milchmann — oder: die Blitzentführung des T. Yokoy

Am 1. Okt. wurde der japanische Student T. Yokoy von der Polizei in Berlin festgenommen und bis zum Abend verhört. Beim Generalstaatsanwalt in Köln existiert eine Sonderkommission, die Ermittlungen gegen verschiedene japanische Staatsangehörige führt, wegen vermuteter Zugehörigkeit zu kriminellen Vereinigungen. In diesem Zusammenhang stand auch das Verhör von Yokoy, man wollte von ihm wissen, ob er Verbindungen zu der Gruppe hat, die am 13.9. die französische Botschaft in den Niederlanden besetzt hatte oder ob er Kontakte zu den Japanern hat, um deren Freilassung aus der Haft es dabei ging. Als Yokoy die Wißbegier der Polizei befriedigt hatte, ließen sie ihn wieder frei, er selbst hielt die Angelegenheit für ein Mißverständnis und ging seiner gewohnten Beschäftigung nach. Von Heimbewohnern vorgeschlagene Vorsichtsmaßnahmen lehnte Takuya ab, da er sich nicht bedroht fühlte.

Drei Tage später erschien gegen sechs Uhr morgens eine schwerbewaffnete Polizeieinheit im Studentenwohnheim der evang. Kirche, wo Yokoy mit seiner Frau und mit seiner eine Woche alten Tochter wohnte. Die Polizisten drangen mit MP's, als ob es um Schwerverbrecher ginge, in das Haus ein, ohne den Heimleiter oder den Studentenpfarrer zu verständigen. Ohne Rücksicht auf die gerade aus dem Krankenhaus entlassene Frau und den Säugling zwangen sie Yokoy, sich anzuziehen und mitzukommen, da er sofort aus der BRD ausgewiesen werde. Dazu legten sie ihm zwei Schriftstücke vor, die er unterschreiben sollte und verweigerten ihm, seinen Anwalt rufen zu dürfen. Rechtsanwalt Kraetsch sagte dazu: „Mir scheint es im nachherein so gewesen zu sein, daß sie keine Gründe für einen Haftbefehl hatten, und sich praktisch sicher waren, daß sie vom Gericht keinen bekommen würden, und deshalb Yokoy in einer Nacht- und Nebelaktion verschleppt haben. Anders kann man es nicht bezeichnen. Es gibt eine feststehende Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, daß durch ausländerpolizeiliche Maßnahmen der Rechtsweg nicht verschlossen werden darf. Da gibt es grundsätzliche Entscheidungen gerade bei der Frage des Ausfliegens von Gups und Gupa-Leuten 1971 und 72. Danach ist die Ausweisung ohne die tatsächliche Möglichkeit des Rechtsschutzes rechtswidrig. Man hätte Yokoy durchaus noch einen Tag in Berlin halten können, um ihm die Möglichkeit zu geben, seine Lage zu klären."

Um die Entführung zu sichern, tauchten Bereitschaftsbullen auf. Dann begann die Auseinandersetzung mit den Heimbewohnern, die den Abtransport zu verhindern suchten. Eine Eilverfügung des von anderen Heimbewohnern alarmierten Anwalts scheiterte an den beim Gericht nicht auffindbaren Akten des T. Yokoy. So saß er um 10 Uhr in F. a. M. im Flugzeug nach Tokio.

Wie durch telephonische Nachricht des japanischen Anwalts von Yokoy zu erfahren war, liegt bei der japanischen Polizei keine Beschuldigung gegen Yokoy vor, die eine Festnahme rechtfertigen würde. Der Genosse Yokoy ist frei!

Unser weiteres Vorgehen muß sein, durch größtmögliche Öffentlichkeit und Aktionen Takuya Yokoys sofortige Rückkehr nach Berlin zu erreichen und an diesem Fall das schweinische Vorgehen gegen Ausländer aufzuzeigen.

Kontaktadresse:
Stud. Selbstverwaltung, c/o G. Marx,
1 Berlin 19
Dauerwaldweg 1

ENRIQUEZ TOT – DER WIDERSTAND LEBT!

„... gestern ist mir von einem Flugblatt erzählt worden, welches in einer Schlange vor einer Bäckerei in einer „Población" (Armenviertel) von Santiago verteilt wurde. Eine Alte verließ die Schlange und versuchte die Jungs anzuzeigen ... da wurde sie von den anderen Alten der Schlange geschlagen und verjagt. Der Bäckereibesitzer sagte, daß „sein Telephon defekt sei", was eine Lüge war ..."

„Während dessen lecken die ‚Hunde' den Stern der Fahne und schmücken die Standarten, und die Preise steigen und steigen ..., die Leute fangen an, vor Haß in Spannung zu geraten, und die guten Menschen haben wirklich nichts mehr, als ihren Hunger zu verlieren."

„Die Unterdrückung wächst ... aber das ist das unmißverständliche Zeichen dafür, daß es eine Widerstandsbewegung gibt, das ist das unmißverständliche Zeichen dafür, daß etwas geboren wurde, was größer als wir selbst ist, eine Kraft, die wächst, und die sich den Weg ihres Schicksals selber öffnet."

„Wenn ihr sehen könntet, in welcher Form die guten Menschen, die Arbeiter, die Bauern, die Studenten, die Pobladores mitmachen; es fehlen Arme, es fehlen Stunden, die Tage reichen nicht aus für so viel Arbeit; dieses Land wird bald anfangen, wieder uns zu gehören."

(aus einem Brief eines Genossen)

Es hat uns ein Aufruf der im Untergrund kämpfenden Widerstandskomitees erreicht, der in den Straßen, Fabriken und Elendsvierteln Santiagos verbreitet wird. Es folgt sein vollständiger Text:

Genossen Arbeiter der Stadt und des Landes, Pobladores und Studenten:

Das Elend, in dem wir uns befinden wird zunehmend größer. Tausende von Arbeitern werden arbeitslos, und um zu überleben, sehen wir uns gezwungen, die Hungerlöhne der Gorilas anzunehmen. Die Gorilas und die Bosse zeigen sich als das, was sie immer gewesen sind: Unterdrücker und Diebe unserer Rechte.

Sie sprechen davon, daß wir die Opfer teilen müssen, daß wir eine freie Heimat wiederaufbauen müssen; von Ordnung und von Friede reden sie. Ist Ordnung etwa die Verfolgung derjenigen, die sich ihrer Ausbeutung und Betrügerei widersetzen?

Ihre Freiheit ist diejenige, den Arbeiter ausrauben zu können, das Volk zu morden und zu betrügen.

Kann es denn überhaupt Frieden geben, solange wir unterdrückt und ausgebeutet werden, und unsere Kinder Hunger und Not leiden?

Wo sind die geteilten Opfer?
Haben wir nicht schlechtere Löhne, während die Vorrechte der Bosse wachsen?

Teilen bedeutet Gleichheit, bedeutet gleiche Rechte haben.

Teilen bedeutet unsere freien Organisationen haben, so wie sie sie haben. Wo und wie sind unsere Gewerkschaften, unsere Organisationen? Wie wird wiederaufgebaut? Handelt es sich nicht um den Staat der Bosse, eine Minderheit die sich auf die Unterdrückung und den Mord stützt und die uns Tag für Tag mehr in das Elend stürzt?

Genossen: wir sind diejenigen, die produzieren Mit unserer Arbeit tragen wir die Kosten des Luxus, der Macht und der Heimat der Bosse. Und das kann nicht weitergehen. Wir müssen die Eigentümer unserer Produktion sein, sowie die des Bodens, auf dem wir stehen. Wir müssen unsere Zukunft in die eigenen Hände nehmen.

Und sie mehr. Wir müssen uns zusammentun und unsere Kräfte organisieren. Wir müssen uns vereinigen und diesen Kampf zusammen organisieren, damit unsere Kinder nicht beleidigt und übergangen werden, so wie wir es worden sind, damit ein für allemal die Vorrechte, die Amtsmißbräuche und der Betrug aufhören.

Wir müssen uns vereinigen und uns in den Widerstandskomitees organisieren.

Wir müssen sie in jeder Fabrik, in jedem Großgrundbesitz, Büro, Unternehmen, Gymnasium, in jeder Schule und Kaserne bilden. Ohne Sektierertum und nur mit der Einheit derjenigen, die bereit sind zu kämpfen, um uns endgültig von der Ausbeutung und des Elends zu befreien.

Innerhalb der Komitees werden wir die verschiedenen politischen Linien diskutieren können und von den Kräften abhängend, die wir im Laufe der Zeit gewinnen werden, die Kampfformen bestimmen.

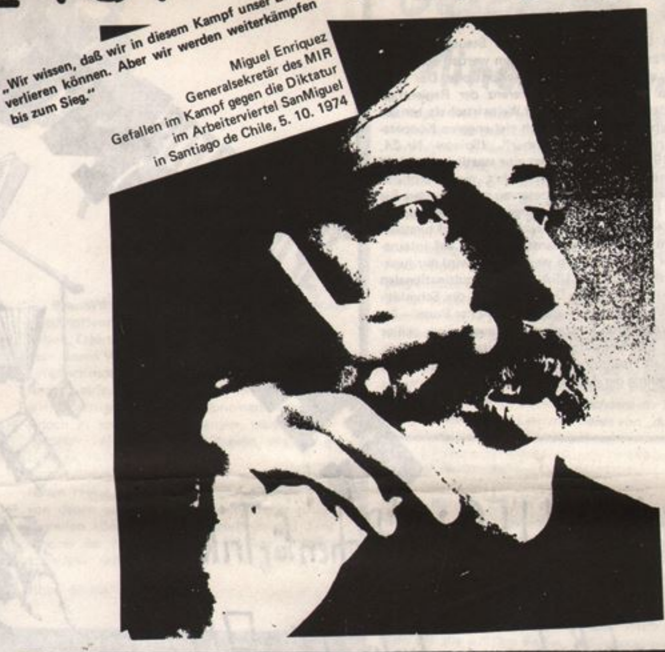
Genossen: Wir wissen, daß wir den Gorilas nicht mit leeren Händen entgegentreten können. Aber nicht nur die Maschinenpistolen und Gewehre sind Waffen. Unsere Arbeit ist auch eine unserer Waffen. Wenn wir wollen, können wir weniger produzieren, wir können das Land lahmlegen, wenn wir uns dazu entscheiden.

Nur unsere Einheit und Organisation wird sie für immer besiegen können.

Wir tragen eine große Verantwortung: Klassenbrüder aus aller Welt, Unterdrückte und Übergangene wie wir blicken uns mit Hoffnung an, wir sind das Beispiel für den Kampf. Unsere Aufgabe ist es, ihnen als Beispiel zu dienen: ihnen zu zeigen, daß wir mit unserer Einheit und unserer Organisation die Diktatur der Arbeitgeber besiegen werden.

Wir haben keine andere Alternative: entweder leben wir für immer unterdrückt und übergangen oder wir vereinigen uns und kämpfen bis sie gewaltsam besiegt werden.

Santiago (Chile). Erste Hälfte August 1974. MIR


„Wir wissen, daß wir in diesem Kampf unser Leben verlieren können. Aber wir werden weiterkämpfen bis zum Sieg."
Miguel Enriquez
Generalsekretär des MIR
Gefallen im Kampf gegen die Diktatur
im Arbeiterviertel SanMiguel
in Santiago de Chile, 5. 10. 1974

Die Arbeiterklasse, die Unterdrückten von Chile und die Mitglieder vom MIR sind in tiefer Trauer, zugleich jedoch haben wir eine Kriegsfahne gegen die Diktatur gewonnen.

Der Generalsekretär des MIR, der Genosse Miguel Enriquez, ist im ehrenhaften Kampf gefallen, nachdem er über zwei Stunden mit seinem Maschinengewehr gegen die Belagerung seine; Feinde Widerstand leistete. Neben ihm war seine Frau, Carmen Castillo, im siebten Monat schwanger. Sie wurde im Kampf verletzt und verhaftet.

Mit dem Tode Enriquez' hat die chilenische Arbeiterklasse einen ihrer mutigsten und unermüdlichsten Organisatoren des Widerstandes gegen die Diktatur verloren.

Der MIR verliert seinen Generalsekretär, seinen Gründer und seinen unbestrittenen Führer. Aber Miguel Enriquez hat ein kämpferisches Beispiel und eine ihn überlebende Partei hinterlassen. Sie wird der Alptraum für Pinochet und seine Häscher sein.

Das Werk des Generalsekretärs der MIR endet nicht mit seinem Tode. Der MIR übersteht diese Schwierigkeit gestärkt und gekräftigt. Er ist bereit, keinen Schritt bei seinem Kampf gegen die Diktatur preiszugeben.

Ein anderes Mitglied des MIR hat das Maschinengewehr des Generalsekretärs aufgenommen und die Führung der Partei übernommen. Die Partei von Miguel Enriquez hatMänner, die imstande sind ihm nachzufolgen und seinem Beispiel und seiner Erinnerung treu zu bleiben.

Mit dreißig Jahren gefallen, vergrößert der tapfere Tod von Miguel Enriquez nur sein außergewöhnliches WErk. Von Beruf Arzt, Vater von zwei Kindern, wurde er zum Symbol für den chilenischen Widerstand. Heute wird sein Name und sein Beispiel Symbol für all jene, die nun seinen Platz eingenommen haben.

Sein Bild wird im Widerstandskampf lebendig werden, die Reihen des MIR verstärken, den Gefolterten den Mut zum Schweigen geben und den langen Kampf der Arbeiter und Bauern in Chile vorantreiben.

Seit dem Militärputsch bis zu seinem Tode ist Miguel Enriquez an der Spitze seiner Partei geblieben. Am Tag des Putsches hat er selbst an bewaffneten Auseinandersetzungen gegen die Häscher teilgenommen. Danach leitete er persönlich den im Untergrund entwickelten Wiederaufbau der Partei, dabei hat er pausenlos für die Einheit der chilenischen Linken gekämpft.

Miguel und die politische Kommission waren und sind nach wie vor der Meinung, daß die Führung der Partei sich in Chile befinden muß. Der MIR wird unversöhnlich die Normen des gefallenen Generalsekretärs ausführen und sein Erbe kämpferisch und einheitlich antreten.

Im Kampf mit seinem Maschinengewehr gegen die Häscher ist Miguel Enriquez als Revolutionär gefallen. Weder kannte noch duldete er Schwäche. Niemand hat das Recht ihn zu beweinen. Sein Name geht ein neben die Namen von Che Guevara und anderen lateinamerikanischen Revolutionären, die im Interesse der Besitzlosen und für die Arbeiter-Bauern-Revolution gefallen sind.

Wir rufen alle fortschrittlichen und revolutionären Kräfte der Welt auf, eine breite Solidaritätskampagne für Carmen Castillo zu organisieren, um zu verhindern, daß sie von Pinochet und seinen Häschern gefoltert oder ermordet wird.

Ehre und Würde für Miguel Enriquez, den gefallenen Generalsekretär!
Verwandelt den Namen von Miguel Enriquez in eine Kriegsfahne der Unterdrückten!
Der MIR unterwirft sich nicht!
Ein anderer hat das Gewehr des Gefallenen aufgehoben!
Der Volkswiderstand wird siegen!
Es lebe die chilenische Bauern- und Arbeiterrevolution!

Edgardo Enriquez
Mitglied der politischen Kommission des MIR
Paris, den 7. Oktober 1974

CDU finanziert Putschisten Chile's

F. R. 7-10-74

HILVERSUM, 6. Oktober (Reuter/AP/FR). Der am vergangenen Montag in Buenos Aires ermordete ehemalige Chef der chilenischen Streitkräfte, General Carlos Prats, hat die christdemokratischen Parteien Italiens (DC) und der Bundesrepublik (CDU/CSU) der direkten Beteiligung am Sturz des Präsidenten Salvador Allende beschuldigt. In einem kurz vor seinem Tod aufgenommenen Interview der niederländischen Rundfunkgesellschaft „VARA" erklärte der General, die beiden Parteien hätten vor dem Putsch am 11. September 1973 große Geldsummen zur Unterstützung der Gegner Allendes nach Chile geschmuggelt. Teile des Interviews wurden am Wochenende zum erstenmal von der „VARA" ausgestrahlt.

Die Veröffentlichung beruht auf einer Reihe von Interviews, die Prats der „VARA"-Korrespondentin Marlise Simons gewährte, und auf Briefen, die er bis kurz vor seiner Ermordung mit ihr gewechselt hatte. Der Sendung zufolge berichtete Prats in einem der letzten Interviews, Allende habe von den Vorbereitungen eines Militärputschs Kenntnis gehabt, aber von einer Verhaftung der Verschwörer abgesehen, weil er sich nicht politische Unterdrückungsmaßnahmen nachsagen lassen wollte. Prats habe Allendes Amtsvorgänger und Chef der chilenischen Christlichen Demokraten, Eduardo Frei, als den Hauptschuldigen des chilenischen Dramas bezeichnet. Frei und einige US-Berater hätten bereits vor dem Militärputsch beschlossen, Allende aus dem Weg zu räumen, um nach dessen Sturz Wahlen anzuberaumen, die Frei wieder ins Präsidentenamt führen sollten. Andere Zeichen einer Einmischung aus den USA seien die Bereitstellung von umgerechnet einer Million Mark seitens des US-Industriekonzerns ITT zur Finanzierung des chilenischen Fuhrunternehmerstreiks gegen die Regierung Allende sowie militärische Kontakte zum US-Attaché in Santiago gewesen.

Laut „VARA" hatte Prats, ein enger Freund Allendes, die Interviews unter der Bedingung gewährt, daß sie Zeit seines Lebens vertraulich bleiben, da eine Veröffentlichung ihn „sicherlich das Leben kosten" werde. Der im argentinischen Exil lebende General hatte am 4. September eine Morddrohung erhalten.

Die CDU hat bisher alle Vorwürfe, direkt oder indirekt am Putsch in Chile beteiligt gewesen zu sein, energisch zurückgewiesen. Anfang September war bekannt geworden, daß der Chef des US-Geheimdienstes CIA, William Colby, vor einem Senatsausschuß erklärt hatte, ein Teil der CIA-Gelder zur Unterstützung von Gegnern Allendes sei über christdemokratische Parteien in Europa nach Chile gelangt. Einer der CDU-Politiker, die sich mehrmals in Chile aufhielten und gute Kontakte zur chilenischen Schwesterpartei pflegten, ist der CDU-Bundestagsabgeordnete Heinrich Gewandt.

EINE ANTWORT DER ARBEITER! →

Einen Boykott aller chilenischen Schiffe und Flugzeuge beschloß die Internationale Transportarbeiter Föderation für den 18./19. 9. 1974. Schon einen Tag früher als vorgesehen, weigerten sich die Hamburger Hafenarbeiter, die aus Chile kommende „Lircsay" zu entladen.

Die Unzufriedenen sind mehr als die Zufriedenen

Die jetzige Lage hat mehr als einem Militär schlaflose Nächte bereitet. Einerseits sieht man nirgendwo die ausländischen Investitionen, obwohl in den Tageszeitungen jeden Tag zu lesen ist: „Ja, sie kommen", „Sie kommen schon". Die Überausbeutung hat eine Verminderung der konsumkräftigen Gruppen mit sich gebracht. Der Handel hat seine Verkäufe nur wenig steigern können seit September letzten Jahres (lange Zeit haben sie auf Null gestanden), und er fängt an, die Hoffnung zu verlieren. Das alles hat dazu geführt, daß die Lagerhäuser der Industrien voll sind; sie haben ihr Höchstmaß erreicht; daher steigt die Arbeitslosigkeit; sie schwankt um die 15 %, obwohl die Umfragen der Gorilas von nur 9 % sprechen, und die Löhne sind wirklich nur Hungerlöhne.

Andrerseits ist in den kleinen und mittleren Industriezweigen die Situation kritisch, in den großen Industrien schlecht. Die Bourgeoisie wagt es nicht, zu investieren und beschäftigt sich mit der Spekulation. Ihr ganzes Vermögen bestimmt sie für die Spar- und Leihgesellschaften (z. Z. etwa 40 Mill. Dollar). In den letzten Tagen kursierte das Gerücht, daß man die Einlagen der Gesellschaften stoppen wolle ... Das hat den Schwarzmarktdollar wieder stark steigen lassen, und die Leute fangen an, ihr Geld wieder zurückzuziehen.

Vor kurzem besuchte der General Bonilla das Stadium „Chile", wo mehrere hundert politische Gefangene festgehalten werden. In seiner typischen Redeweise, charakteristisch für den demagogischen Populismus, den er praktiziert, fragte er einige Gefangene, die er hatte versammeln lassen, ob jemand von ihnen gefoltert worden war. Etwa 200 meldeten sich und denunzierten die furchtbaren Folterungen, die sie über sich haben ergehen lassen müssen. Erstaunt zeigte sich der General und fragte, ob noch jemand eine Beschwerde hätte. Die Antwort ließ nicht auf sich warten: „Ja, etwa 30 Gefangene hätten sich nicht melden können, weil man sie an die Stufen des Stadiums angekettet hätte." Der General entfernte sich, sofort zu gehen.

In Chacabuco, im KZ des Nordens, das in einer verlassenen Salpetermine liegt, geben die Häftlinge eine Wandzeitung heraus. Dort werden mehrere Journalisten gefangengehalten, unter ihnen Manuel Cabieses, der Direktor der Zeitschrift „Punto Final". Die Zeitung bringt Sachen, die durch scharfsinnige Formulierungen die strenge militärische Zensur des KZ's Chefs Hauptmann Carlos Humberto Minoletti passiert. In einer ihrer Ausgaben bringt die Wandzeitung: „Wir müssen danach streben, jeden Tag besser zu werden, gestern bei der Arbeit, heute im KZ, morgen zuhause bei Frau und Kindern, weil nicht der Mensch der Schöpfer alles Guten und Schönen ist, sondern der Mensch ist der Schöpfer von sich selbst." Am nächsten Tag wurden alle Häftlinge bestraft, und sie bekamen Brot-Wasser Rationen. Sie dachten, dies sei nun eine Gegenmaßnahme für die Kritik, welche im vorher zitierten Abschnitt gegen die Einstellung zum Menschen, die in der Prinzipien-Erklärung der Junta enthalten ist, geübt worden war. Sie hatten sich geirrt. Der Hauptmann Minoletti hatte den Unterschied gar nicht wahrgenommen, war aber wütend geworden, als er erfuhr, daß ein Jeep mit Soldaten, nördlich von Chacabuco, in Arica einen Unfall erlitten hatte. Das Ergebnis: 8 Tot und mehrere Verletzte. Die Ursachen: Absichtlich hervorgebrachte technische Mängel.

In den Stadtteilen und Elendsvierteln erscheinen große Aufschriften und bemalte Wände an den Straßen, wo die Omnibusse und Streifen fahren, mit **„No a los Gorilas"** (Nieder mit den Gorilas), **„No a la Superexplotacion"** (Nieder mit der Überausbeutung). Keiner macht sie ab.

Chile, August 1974

Andere Informationen

Manuel Limidoro Martinez ist der Besitzer eines Lastwagens, der am 26.7.1973 an dem Streik der Güterbeförderer – Anfang des Bossenstreiks, der dem Putsch den Weg pflasterte – teilgenommen hat. Ein Jahr danach, am 26.7.64, feierten die chilenischen Lastwagenbesitzer fröhlich dieses Datum, das ihrer Ansicht nach, den Anfang des „Sturzes des Marxismus" kennzeichnet. Der Lastwagenboß Martinez war bei diesem Anlaß so euphorisch, daß er nicht merkte, daß einige Genossen des Widerstandes das Fahrzeug mit Benzin bespritzten – es war mit mehr als 14 000 kg Lebensmitteln beladen – und zündeten. Eine Streife von „El Bosque" (Luftwaffenstützpunkt) weckte ihn, um ihm mitzuteilen, daß sein Fahrzeug vollkommen zerstört sei ... Neben den Trümmern fand Martinez eine bemalte Blechbüchse mit den Buchstaben: M.P.R. (Movimiento de Pobladores Revolucionarios=Bewegung der Revolutionären Pobladores).

Kein Schüler des Gymnasiums von Puento Alto wird in Zukunft die Feier des „Tages der Fahne" (9. Juli) des Jahres 1974 vergessen können. An diesem Tag kam ein Offizier ins Gymnasium, um einen Vortrag über die militärischen Tugenden zu halten; er brachte es nicht fertig. Pfiffe aller Schüler machten es ihm unmöglich. Er hat mit Gegenmaßnahmen gedroht. Die Antwort ließ nicht auf sich warten. Aus der Gruppe kam eine Stimme, die sagte: „Wenn Sie uns verhaften wollen, können sie die ganzen Schüler mitnehmen, aber kommen Sie nicht her, um über diesen Herrn Pinochet zu erzählen ..."

Die Feier wurde abgebrochen. Der Offizier steckte die Rede in seine Tasche und ging beschämt, wie ein Hund mit eingezogenem Schwanz. Niemand wurde verhaftet.

KALIFORNIEN

Streik und Boykott der Landarbeiter

In der BRD unvorstellbar: Die Gewerkschaftsführung residiert, oder besser haust in den abgenutzten Baracken einer ehemaligen Tuberkulose-Heilanstalt mitten im dünnstbesiedelten kalifornischen Hinterland. ‚La Pez' (Der Friede), Hauptquartier der US-Landarbeitergewerkschaft UFW in Keene, einem gottverlassenen Nest etwas außerhalb eines der zentralen landwirtschaftlichen Anbaugebiete der USA, 40 km östlich von Bakersfield. Drahtzaun, ständige Wachpatrouillen und ein ausgeklügeltes Kontrollsystem sollen die schon mehrfach versuchten Brandanschläge von Unternehmer-Söldnern verhindern. Die Gewerkschaftsführung: ein Kollektiv von etwa 150 Familien inklusive, die alle dort leben, solange nicht das Ende des Streiks viele von ihnen wieder an die Arbeit ruft. Die anderen sind alle freiwillige Helfer, die – ganz in der Tradition der US-Bürgerrechtsbewegung – für freie Kost und Logis und ein winziges Taschengeld (wöchentlich $ 15 = ca. DM 38,00) mitarbeiten. Darunter übrigens auch zwei westdeutsche Genossen, die dort – vermittelt durch die Aktion Sühnezeichen – ihren Ersatzdienst ableisten. ‚Hauptamtliche' im eigentlichen Sinne sind nur die drei Mitglieder des Vorstandes, darunter der charismatische Vorsitzende César Chávez, ein ‚Chicano', d. h. mexikanischer Abstammung (man ist nicht versucht, ihn ‚Boss' zu nennen). Auch sie kriegen nicht mehr Geld. Die Ausnahme machen mit monatlich $ 500 (= ca. DM 1 250,00) Sharon und John, Rechtsanwältin und -anwalt („Aber das muß nochmal diskutiert werden . . . "). Die Aufgaben des Teams sind universell: Organisation des Streiks und des Boykotts (dazu unten mehr), Rechtsbeistandschaft, Verwaltungsarbeit, Propaganda, Koordination mit solidarischen Organisationen, Empfang von Delegationen, Aufbau eines gewerkschaftlichen Schulungszentrums, Reparatur der kollektiven Autos, Diskussionen über Strategie und Taktik wie über Gruppenprobleme und – nicht zuletzt – teilweise Selbstproduktion durch Klein-Landwirtschaft bis hin zur systematischen Müll-Sortierung zwecks Kompost-Produktion. Zusammenleben und Arbeitsteilung strukturieren sich unhierarchisch vermittels Plenumsdiskussionen und funktional oder naturwüchsig sich herausbildenden Untergruppen und Wohngemeinschaften. Soweit wir sehen konnten, waren ständig irgendwelche Delegationen und Streik-Komitees anwesend.

US-Arbeitsrecht – Gesetz des Dschungels

Anders könnte diese Gewerkschaft wohl derzeit auch gar nicht existieren: Sie ist bettelarm, denn seit die Arbeitgeber die Verlängerung der Tarifverträge verweigerten, seit gestreikt wird, haben die UFW 85 % ihrer Mitglieder und damit der Mitgliedsbeiträge verloren. Das beruht auf teilweise geradezu ‚frühkapitalistischen' Zuständen im US-Arbeitsrecht: Es gibt keine gesetzliche Kranken- und Arbeitslosenversicherung, keinen Kündigungsschutz, keine Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen, kein Krankengeld, keine bezahlten Feiertage, kein Urlaubsgeld, keine Überstundenvergütung, keiner der unsrigen entsprechende Arbeitszeitordnung. Zwar sind diese Fortschritte von vielen starken Gewerkschaften teilweise erkämpft und in Tarifverträgen dauerhaft verankert worden. Wegen der Zersplittertheit und der kapitalistischen Korruption in den US-Gewerkschaften kam es aber noch nicht zu einer umfassenden arbeitsgesetzlichen Verankerung solcher Kampferfolge. Daher sind strukturell benachteiligte Wirtschaftsbereiche und die entsprechenden Gewerkschaften der Arbeitgeberwillkür gegenüber in genauderselben Lage wie die frühen Arbeiterassoziationen: Sie sind nur so stark wie die Kampfkraft ihrer Basis und das Heer verfügbarer Streikbrecher es zulassen.



Salatboykott



Ausbeutung und innerer Imperialismus

Dies genau sind die Rahmenbedingungen für die UFW: 3 Millionen Landarbeiter, 70 % mexikanischer und 15 % puerto-ricanischer Herkunft, stehen finanziell und arbeitsbedingungsmäßig auf der untersten Stufe der US-Arbeiterklasse. Tariflicher Grundwochenlohn nach dem 1973 abgelaufenen Tarif: $ 67,50 (= ca. DM 175,00) netto. 25 % sind unter 16 Jahre alt, also noch Kinder. Abgesehen von der Akkord-Hetze und der ungeheuren Hitze im kalifornischen Binnenland (bis über 40° C!) erkranken 15% der Landarbeiter an Vergiftungen durch Schädlingsbekämpfungsmittel mit schweren Dauerfolgen und ca. 1 000 Todesfällen jährlich. In der Erntezeit müssen sie wie die Nomaden herumziehen, von Plantage zu Plantage, und unter erbärmlichsten Lagerbedingungen leben.

Auf der anderen Seite steht das ‚Agribusiness', Großkonzerne, die die US-Landwirtschaft zunehmend beherrschen: United Fruit Co., Coca-Cola, Pepsi-Cola, Dow Chemicals, Standard Oil of California, Bank of America, etc.

Nach längeren Streik-Auseinandersetzungen und erfolgreichem Kampf gegen die Verabschiedung eines reaktionären Gesetzes, durch welches Landarbeiterstreiks und Boykotts während der Erntezeit überhaupt verboten werden sollten, begannen die UFW ab 1972 auch einen Kopfsalat-Boykott zu organisieren.



Die Gewerkschaft ist der Streik – der Streik ist die Gewerkschaft!

Als kalifornische Landarbeiter Anfang der sechziger Jahre begannen, sich unter César Chávez' Führung zusammenzuschließen (davor gab es keinerlei Organisation!), und die UFW of America gründeten, die später in den US-Gewerkschaftsbund AFL-CIO aufgenommen wurde, zögerte das Agribusiness nicht, ein machtvolles Bündnis zu schließen: gegenseitige finanzielle und personelle Unterstützung, eine effektvolle Kampagne zur Manipulation von Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz (kein Problem in einem Lande, in dem das Kapital überall noch weitaus stärker und direkter mit der politischen Struktur verfilzt ist, als bei uns). Und die massenhafte Einschleusung von ‚illegalen' Chicanos als Streikbrecher-Reservearmee. Unter Führung von César Chávez organisierten die UFW 1965 ihren ersten Streik gegen die unerträglichen Bedingungen im kalifornischen Weinbau. Der Streik dauerte zunächst drei Jahre (!) und blieb erfolglos: Mangels jeglichen Arbeitsschutzes wurden alle Streikenden gefeuert und durch Streikbrecher (‚scabs') ersetzt, die erst recht zu Hungerlöhnen schufteten und wegen ihrer Illegalität nicht zu organisieren waren. Abgesehen davon gab es so etwas wie ‚gewerkschaftliches Bewußtsein' auf breiter Basis überhaupt noch nicht. Bei den Bedingungen der Landarbeit und der repressiven Gerichts- und Polizeimaßnahmen war an effektive Blockade nicht zu denken. Daraufhin verlagerten die UFW ihren Kampf auf das in der BRD fast unbekannte Kampfmittel des Verbraucher-Boykotts, parallel zum Streik. Durch eine breite Solidarisierungkampagne in einer liberalen Öffentlichkeit, in der Studentenbewegung (1968!) und wohl auch bei Teilen der Arbeiterklasse verlor die kalifornische Trauben- und Wein-Industrie 20–25 % ihres Umsatzes. Nach 5-jährigem Streik, dem längsten in der US-Arbeiterbewegung und 2-jährigem Boykott brach deshalb 1970 die Front des Agrikultur-Kapitals auseinander: Im Angesicht des Bankrotts schloß fast die gesamte Weinbau-Industrie Tarifverträge mit den UFW ab. Siegesergebnisse: Erhöhung des Mindest-Stundenlohns um 40 Cents, Abschaffung des der Sklavenhalterei ähnelnden Arbeitsmakler-Systems, Gründung von ‚ranch committees', die zur Aushandlung der konkreten Arbeits- und Lebensbedingungen befugt waren (ein Schritt zur Selbstorganisation), Vorkehrungen gegen Gesundheitsschäden durch Schädlingsbekämpfungsmittel, ärztliche Versorgung und bezahlter Urlaub, Altersversorgung und Abschaffung der Kinderarbeit.

Totaler Krieg des Kapitals

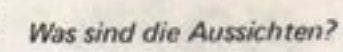
Im Zeichen des Sieges hatte die Mitgliedschaft der UFW inzwischen auf 60–70tausend zugenommen. Als bis 1973 nach und nach alle Verträge mit den Weinbau-Industriellen abgelaufen waren, stellte sich heraus, daß das Kapital seine Taktik angesichts der offensichtlich erstarkten Arbeiterbewegung radikal geändert hatte: Es ging jetzt um die totale Zerschlagung der UFW. Die Unternehmer verhandelten überhaupt nicht mehr mit den UFW, sondern schlossen Tarifverträge mit der Transportarbeiter-Gewerkschaft, der Teamsters Union, in der praktisch überhaupt keine Landarbeiter organisiert waren. Bei den Teamsters handelt es sich um eine weitere Besonderheit der US-Szene: Das ist eine völlig korrupte Gewerkschaft, die voll mit republikanischen Regierungskreisen, Kapitalinteressen und Unterwelt-Mafia verfilzt ist. So halfen sie Nixon mit einer enormen geheimen Wahlkampfspende, wofür der ehemalige Boss Jimmy Hoffa vorzeitig aus dem Knast entlassen werden sollte, wo er – u. a. wegen des Auftrags zur Ermordung des unliebsamen Teamster-Führers Yablonsky – einsitzt. Sie sind außerdem ungeheuer reich und rassistisch. Ihre alte Feindschaft zu den demokratischen UFW bewog sie nun, mit dem Agribusiness ein Komplott zu schmieden: Durch echte Gefälligkeitsverträge (‚sweetheart contracts') wurden fast die gesamten Errungenschaften der Verträge von 1970 wieder abgeschafft, der neue Tarif blieb 40 Cents unter der Forderung der UFW.

Bis August 1973 streikten daraufhin über 7 000 Landarbeiter für die UFW. Wiederum schlugen die Kapitalisten mit allen Mitteln zurück: Massenhafte Heranschaffung von ‚illegalen' Mexikanern, die merkwürdigerweise der Einwanderungspolizei alle termingerecht durch die Lappen gegangen waren, über hundert gerichtliche einstweilige Verfügungen, mit denen den UFW mehr als 10 Streikposten pro Ranch untersagt wurden, und auch diese nur im Abstand von mindestens 33 m. Begrenzung des Megaphongebrauchs auf 1 Stunde täglich usw. Wegen Nichtbeachtung solcher Verfügungen wurden in der Zeit vom 17.4.73 bis 29.8.73 3 389 Streikende verhaftet.

Neu hinzu kam diesmal eine ungeheuerliche koordinierte Terrorkampagne von Teamsters und Bullen. Regelrechte Rollkommandos, schwerbewaffnete Schlägertrupps der Teamsters, für $ 67,50 pro Tag als Streikbrecher ‚eingestellt', verprügelten und beschossen Streikende der UFW, auch Frauen und alte Männer. Die Bullen verhafteten immer nur die Opfer und prügelten selber weiter. Als die Streikfront trotzdem standhielt, gingen die Bullen zum dirketen Angriff mit Knüppeln, Tränengas, Streifenwagen und Pistolen über. Am 16.8.73 wurde der Streikposten Juan de la Cruz aus dem Hinterhalt erschossen. Zwei Tage vorher war der Streikende Nagi Daifullay an einer Gehirnblutung gestorben, nachdem ein Deputy Sherriff ihn verprügelt hatte.

Daraufhin unterbrachen die UFW die Streikaktivitäten, um nicht noch mehr Menschenleben zu gefährden, und begannen erneut mit der Organisation einer Informations- und Boykott-Kampagne. In allen größeren Städten der USA gibt es inzwischen Boykott-Komitees, die den Verbraucher-Boykott gegen Kopfsalat, Trauben und Wein und generell alle von nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitern geernteten Landwirtschaftsprodukte organisieren.

Im Mai 1974 nehmen die UFW den Streik selektiv wieder auf. Inzwischen haben aber 85 % der Mitglieder aufgehört, Beiträge zu entrichten: Kunststück, weil sie nichts mehr verdienen, wovon sie Beiträge zahlen könnten. Das Potential der UFW wird aber heute auf weit über 100 000 geschätzt, die z. B. im Fall eines Abschlusses wieder zur UFW stoßen würden. Angesichts der konzertierten Gewalt einer Mafia von Kapitalisten, Politikern, Juristen und Teamsters bleibt den UFW nichts anderes übrig, als Bündnisse zu schließen: Die AFL-CIO unterstützt offiziell den Streik und den Boykott und hat die Teamsters (auch wegen anderer Verstöße) ausgeschlossen. Tatsächlich bleibt dieser Beistand aber bürokratisch halbherzig und finanziell sehr begrenzt. Dagegen finden die UFW neuerdings im Mittelbau der Katholischen Kirche der USA erhebliche materielle Unterstützung. In bezug auf den fast ausschließlich katholischen Landarbeiter ist das Kalkül dieser pseudolinken Pfaffen natürlich klar. Im übrigen vermeiden die UFW zu linke Töne und haben mit dem demokratischen Gegenkandidaten Brown für die Gouverneurswahlen im Herbst eine Art gegenseitige Unterstützung vereinbart.



Was sind die Aussichten?

Beim Versuch einer Einschätzung des politischen Potentials dieser Bewegung muß man zunächst einmal die US-Verhältnisse im Auge behalten: Schon die Tatsache, daß von 3 Millionen Landarbeitern derzeit nur ca. 10 000 UFW-Mitglieder sind, etwa weitere 100 000 mit ihnen sympathisierten, der Rest unorganisiert und kampflos vegetiert, zeigt die besonderen Schwierigkeiten. In den Diskussionen während unseres Besuchs erklärten sich wohl 30 % des Hauptquartier-Kollektivs als Sozialisten, ohne allerdings klare theoretische und strategische Vorstellungen damit zu verbinden oder Diskussionen darüber zu führen. Von politischen Fraktionen oder einer nennenswerten Präsenz irgendwelcher radikalen Linken kann keine Rede sein.

Diese Gewerkschaft schafft aber durch ihre Kampfbereitschaft und basisorientierte Arbeitsweise die notwendigen Voraussetzungen für Lernprozesse im Proletariat. Im übrigen erscheint auch die Organisation des Verbraucher-Boykotts, so pazifistisch sie zunächst anmutet, eine nützliche Ergänzung zum kämpferischen Streik zu sein, die bis zu einem gewissen Grade die Einbeziehung der Massen in den proletarischen Abwehrkampf ermöglicht.

Die Zusammensetzung der UFW und die objektiven gesellschaftlichen Bedingungen erzeugen aber notwendig auch Widersprüche: So haben die UFW im Juli 1974 die Regierung und die Einwanderer-Polizei zur Deportation der ‚illegalen' mexikanischen Arbeitsemigranten aufgefordert. Die Verzweiflung ist begreiflich: Mehrere zigtausend Chicanos halten sich in Kalifornien auf, teilweise – aus den oben beschriebenen Gründen – mit stillschweigender Billigung der Behörden, sind objektiv Streikbrecher. Für den Versuch, sich nicht spalten zu lassen, sondern – entsprechend ihrem Selbstverständnis als soziale Bewegung – auch die ‚Illegalen' in ihren Kampf miteinzubeziehen, fühlen sich die UFW offensichtlich noch nicht stark genug.

Jedenfalls, mit den unterdrückten Landarbeitern der USA: „Viva la Causa!"

(Ein Genosse aus dem RK)

Amtsgericht erklärt Räumung des Blocks für unrechtmäßig

Ein neues Urteil des Amtsgerichts Frankfurt am Main vom 10. 10. 1974 hat wiederum bestätigt, daß die Räumung der besetzten Häuser Bockenheimer Landstr. 111, 113/Schumannstr. 69–71 am 20./21. 2. 1974 unrechtmäßig erfolgt ist.

Nachdem bereits ein großer Teil der Anzeigen wegen Hausfriedensbruch gegen die Bewohner eingestellt worden war, wurde heute wieder ein Bewohner des Blocks vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs freigesprochen (Prozeß 926 Cs 195/74). Er hatte sich – so das Gericht und selbst der Staatsanwalt – völlig berechtigt in seiner Wohnung aufgehalten.

Dieses Urteil bestätigt erneut die Meinung des Häuserrats, daß die mit großem polizeilichen Aufwand vollzogene Räumung nicht rechtens war. Selbst ein Amtsgericht mußte bestätigen, daß hier Spekulanteninteresse gegen rechtmäßige Mieter durchgesetzt wurde.

Die Bewohner werden von den für die Räumung Verantwortlichen Schadensersatz für ihre von der Polizei zerstörte Wohnungseinrichtungen verlangen.

Wir weisen weiter darauf hin, daß die Bubis-Baugesellschaft Astra, die Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gestellt hat und die auf der sofortigen Räumung der Häuser im Februar 1974 bestanden hatte, bis heute noch nicht gebaut hat. In einer Stadt, in der Tausende Wohnungen fehlen, ließ Bubis & Co guterhaltenen Wohnraum von über 100 Leuten zerstören und hat wiederum – wie seit 1 1/2 Jahren nach der Kettenhofwegräumung – ein Trümmergrundstück geschaffen.

Häuserrat



Endlich ist das Buch über die Wohnungskämpfe in Frankfurt erschienen! Es handelt nicht nur von den spektakulären Hausbesetzungen und -räumungen in Frankfurt, sondern gibt gleichermaßen Darstellung der Mietstreikbewegung der Emigranten und der Auseinandersetzungen, die die Bewohner von Sozialwohnungen mit der Stadt geführt haben. Wir meinen, daß dieses Buch ungeheuer wichtige politische Erfahrungen dokumentiert. Im folgenden drucken wir das Vorwort und ein Kapitel ab, das ansatzweise politische Schlußfolgerungen zieht. In diesem Kapitel wird teilweise auf Ereignisse und politische Initiativen eingegangen, die im Buch vorher haargenau beschrieben werden. Deswegen verzichten wir hier auf nochmalige Erläuterung.

Vorwort

1. Wir wollen mit diesem Buch ganz bescheiden Material zur Verfügung stellen:
Einmal für eine Diskussion in Frankfurt als Grundlage für eine konkrete und differenzierte Untersuchung über die linksradikale Alternative zu den reformistischen Angeboten in unserer Stadt. Mit folgenden Fragen etwa: Welche konkreten Ansätze gab es bei uns? In welcher Art haben sie sich gezeigt? Welche Aktionen haben dazu beigetragen, welche nicht?

Aber wir wollen auch zu einer Diskussion beitragen in der BRD: nämlich inwieweit die Frankfurter Arbeit allgemeingültig für linksradikale Politik sein kann und inwieweit sie Frankfurter Eigenarten beinhaltete, die eben nicht übertragbar sind. Dies halten wir besonders aufgrund der z. T. sehr einseitigen und bruchstückhaften Berichterstattung über Frankfurt für nötig.

Natürlich hoffen wir auch, daß unser Buch ein sinnvolles Material für Leute abgibt, die noch nicht in diesen Kämpfen ihr Ziel sehen oder sehen können, die aber ähnliche politische Probleme wie wir in Frankfurt zu bewältigen haben (z. B. viele Beamte, Lehrer, kritische Bürger in Initiativgruppen . . .).
2. Wir können keine Analyse, weder historischer noch systematischer Art, von dem, was in den letzten 4 Jahren in Ffm gelaufen ist, geben! Dazu gehören nur die ersten Ansätze, z. B. in der Zeitung WIR WOLLEN ALLES (WWA Nr. 14), aber wir erhoffen mit dem Buch, endlich eine solide Basis für solche noch ausstehende Arbeit zu geben. Dem steht einfach die Tatsache der Getrenntheit der einzelnen Aktivitäten massiv entgegen: sowohl von der Organisation, wie vom Geographischen her, aber auch von der Praxis und Fähigkeit. Wir haben eben z. Zt. keine materiell praktische Basis, die solch eine Diskussion, geschweige denn Analyse zuließe!

Auch können wir in keinem Falle die Darstellung **aller** Aktivitäten dokumentieren, z. B. der Stadtteilgruppen, Bürgerinitiativen oder der Betriebsgruppen, die mehr als uns oft bewußt ist, unsere Arbeit beeinflußt haben. Wie gesagt, wir stellen in diesem Buch lediglich das Material für eine politische Diskussion zur Verfügung. Wir, d. h. fünf Genossen, die seit den Anfängen des Wohnungskampfes in Frankfurt aktiv dabeiwaren, können hier nicht stellvertretend die politische Diskussion führen, die seit Jahren hätte in Frankfurt laufen müssen, es aber nicht tat.

Gründe dafür gibt es genügend, nicht zuletzt der, daß für eine breite Diskussion über die ersten praktischen Ansätze einer Arbeit im Reproduktionsbereich umfassende Informationen fehlten. Zumindest das versuchen wir ansatzweise hier aufzuheben, was wir darüber hinaus angeben können, sind grundsätzliche Themenstellungen, die zu einer Strategiediskussion linksradikaler Gruppen beitragen sollen. Das bezieht sich auf unser Verhältnis zu den Emigranten, auf die Fragen der Multinationalität, der Autonomie, es betrifft unser Verhalten zu reformistischen Institutionen, wie z. B. dem Amt für Wohnungswesen, also auch die Frage, von welchen Gesichtspunkten eine partielle Zusammenarbeit mit den Jusos möglich und sinnvoll ist.

Wenn in diesem Sinne tatsächlich eine Diskussion zustande käme, dann wäre schon viel gewonnen.

Deshalb schreibt uns, Genossen, wo und wie ihr über dieses Buch diskutiert. Je nach Umfang werden wir die Beiträge entweder in der Zeitung WIR WOLLEN ALLES oder in einer gesonderten Broschüre veröffentlichen.
Adresse: Häuserrat c/o SC, 6 Frankfurt 1, Postfach 4202

Auszug aus dem Kapitel:
Die Kämpfe der Aktien-Bau-Gesellschaft (AGB) und Hellerhof-Mieter

Kritische Anmerkungen zu den zwei Papieren der Stadtteilgruppe Bockenheim (STGB)

Der rote Faden, der sich durch alle drei Papiere zieht, stellt im wesentlichen die Frage: wie lassen sich punktuelle soziale Konflikte (z. B. Mieterhöhungen, Verkehrslärm, überfüllte Schulen etc.) in den Stadtteilen aufgreifen, wie sind sie in eine antikapitalistische Kritik durch die Betroffenen umzusetzen und wie muß die Form der Organisierung einer langfristigen Perspektive aussehen?

Konfrontiert wird die Stadtteilgruppe, die bewußt in den Konflikt eingreift und ihn zu organisieren versucht, einmal mit den „traditionellen Mietervereinen“ der DKP, ein andermal mit dem Plan der Jusos, einen „Internationalen Mieterbund“ zu gründen. Durch die Intervention der STGB kommt dann der „Zentrale Mieterrat“ zustande. In diese drei Organisationskonzepte gehen ganz verschiedene Inhalte ein.

Mieterverein, Mieterbund und Mieterrat

Die DKP steht fest in einer 40jährigen Tradition, sie gründet einen Verein. Sie ist realistisch. Wie die STGB selbst feststellt, dachten die Mieter bei der Wahl des Mieterrates an die Gründung eines Vereins. Die Bezeichnung Mieterrat kam nur zustande, weil die STGB die Gründung eines Vereins unterdrückte. „Dort, wo das nicht geschah, entstand ein Verein.“

Dies hat vor allen Dingen einmal ökonomische Gründe. Dazu, allgemeine Mieterpolitik zu betreiben, wie dies Studenten und eventuell Angestellte oder Hausfrauen können, fehlt zunächst einmal den meisten die Zeit und das Geld. Die kapitalistische Arbeitsteilung zwingt die arbeitende Bevölkerung von vorneherein, ihre eigentlichen Interessen an spezielle Funktionsträger zu delegieren, denn die Zeit, die ihnen außerhalb der Arbeit noch bleibt, benötigen sie voll, um ihre lebenswichtigen Probleme zu lösen. Dies geht vom Ärger der Kinder mit ihren Eltern, Schwierigkeiten in der Ehe, über Geldsorgen bis zur nötigsten Erholung vom Streß im Beruf und Alltag. Die Probleme, die sie zusätzlich noch als Mieter haben, sind somit nur ein Ausschnitt und keinesfalls zentrales Moment ihrer Reproduktion. Von daher ist es erst verständlich, warum insbesondere Arbeiter kein Interesse an allgemeiner Mieterpolitik, an der Kontrolle der Reparaturen (wer soll das übernehmen? ? ?) und an Mitbestimmungsmodellen haben.

Die DKP tut nichts anderes, als daß sie sich den vom Kpaital vorgeschriebenen Normen anpaßt und sie sich zunutze macht, indem sie sich als Verwalter der speziellen Interessen des Menschen als Mieter anpreist und „wählen“ läßt. Der Mieter akzeptiert das, weil er nichts anderes kennt und weil ihm keine andere Alternative möglich erscheint.

Die STGB versucht von Anfang an bewußt, eine Vereinsbildung zu verhindern, weil ihr nicht daran gelegen ist, daß die Mieter ihre Interessen delegieren, sondern weil sie beabsichtigt, den Leuten klarzumachen, daß sie lernen müssen, ihre Interessen aktiv selbst zu vertreten.

Man glaubt in der Form eines sozialistischen Rätemodells die Organisationsfrage angehen zu können. Man läßt einen „Mieterrat“ wählen. Sehr bald entpuppt sich dieser dann als eine Art Bürgerinitiative. Vorwiegend sind die Aktivisten Angestellte und Frauen, die „es ja eigentlich nicht nötig haben, aber aus Prinzip nicht zahlen und für die armen Rentner etwas machen wollen“. Das vorherrschende Bewußtsein dieser Leute war und ist reformistisch. Die Mitarbeit der großen Mehrheit der Mieter im Mieterrat wird schnell geringer, jedoch nicht, wie die STGB schreibt, weil die Leute lieber „etwas praktisches tun wollten“, sondern weil er für sie keine Perspektive angeben konnte. Da waren die „Vereine“ der DKP schon weiter, die in gewisser Weise versuchten, die Lebensverhältnisse im Stadtteil in Form von Kinderfesten und Prämierung von Vorgärten zu organisieren. Da die Form der Vereine entpolitisierend ist, muß kritisiert werden, fest steht aber immer noch, daß sie es sind, die bislang das gesellschaftliche Leben in Stadtteilen bestimmen und nicht Stadtteilgruppen oder Mieterräte.

In diesem Sinn war der Mieterrat kein Verein, denn er beschränkte sich darauf, den Menschen im Stadtteil nur als Mieter zu sehen, alles übrige fiel beiseite. Und genau an diesem Punkt muß die Kritik ansetzen.

Der Ursprung der Räte geht zurück auf die Organisierung des dörflichen Gemeinschaftslebens in Rußland in einer Zeit, wo die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals noch nicht abgeschlossen war. Die später im Gefolge der Bodenreform freigesetzten Bauern mußten sich als Lohnarbeiter in den Fabriken verdingen und übertrugen bei Arbeitskämpfen in altgewohnter Weise Leuten, die sie aus ihrer Mitte wählten, die Vollmacht, mit der Fabrikleitung zu verhandeln. So entstanden die Räte.

Ihr wesentlichstes Moment war, daß sie früher im Dorf nicht auf den Austausch über den Warenmarkt angewiesen waren und folglich das dörfliche Leben gemeinsam organisieren konnten, weil sie als Bauern im Besitz der nötigen Produktionsmittel waren. So wie sie als Bauern gemeinsam wirtschaftlich und kulturell ihre Lebensverhältnisse organisierten, so waren sie in den Fabriken als Lohnarbeiter gezwungen, gemeinsam um ihre Lebensbedingungen einen harten Kampf zu führen.

Damit haben die „Mieterräte“ soviel wie nichts gemeinsam. Sie führen keinen Kampf um ihre Reproduktion und organisierten weder das wirtschaftliche noch das kulturelle Leben im Stadtteil, alles, was sie machen wollten, war „allgemeine Mieterpolitik“. Dieses Bedürfnis entsprang aber einer ganz anderen ökonomischen Situation und einem anderen Bewußtsein. Warum sollten die Massen der Mieter ihre Interessen selbst vertreten, wenn sie selbst nicht die finanziellen Mittel haben, diese Interessen durchzusetzen? ? Ihnen ging es und geht es in erster Linie um die Zurücknahme der 50 % Mieterhöhungen. Dies zu erreichen, wäre für sie der erste materielle Sieg. Sie kämpfen um den Status quo ihrer Lebensbedingungen und nicht darum, wie er am besten zu verwalten sei. Eine Mitbestimmung oder Kontrolle der Reparaturen erscheint den meisten als Augenwischerei, weil letztendlich nur die „gemeinnützige Gesellschaft“ die Entscheidungen darüber fällt, was gemacht und was nicht gemacht wird.

Der öffentliche Druck, diese Entscheidungskompetenzen wirklich zu verändern, müßte ein ganz anderer sein, als der Protest einiger tausend Mieter gegen eine Mieterhöhung. In dieser Beziehung sahen die meisten Mieter die Situation realistischer als unsere Genossen!!

Wirtschaftlich hatte die Mehrzahl der Mieter andere Sorgen als sich um ein Mitbestimmungsmodell zu schlagen. So war der „Mieterrat“ nicht viel mehr als eine Bürgerinitiative. Die Tatsache, daß seine Mitglieder, wie auch die verschiedener anderer Bürgerinitiativen in Frankfurt einen „eindeutigen Linksruck“ zu verzeichnen hatten, hat wohl eher seine Ursache darin, daß gerade in Frankfurt die Widersprüche des kapitalistischen Systems offener und schärfer als anderswo in Erscheinung treten. Bei weiterer Verschärfung der ökonomischen und politischen Situation, wie sie der Wechsel Brandt-Schmidt bereits andeutet, wird die Bürgerinitiative keine Zukunft mehr haben. Sie entstand mit dem reformistischen Schlagwort nach „mehr Lebensqualität“ und sie geht mit diesem zu Grabe in dem Moment, wo alle Reformillusionen endgültig beerdigt werden, denn sie wird im Entscheidungsfall sich entweder auf die Seite der Linken und damit auf die Seite der Bejahung revolutionärer Gewalt oder auf die Seite der Repression stellen müssen. In keinem Fall kann man dann noch von Bürgerinitiative reden.

Folglich wird der Mieterrat in seiner jetzigen Form auch keine Zukunft haben. Der Kampf gegen die Mieterhöhungen wird nach dem verlorenen Prozeß jetzt zwangsläufig andere Formen annehmen müssen oder resigniert in sich selbst zusammenbrechen. Das positive Moment am „Mieterrat“ war, daß er sich weder auf eine vereinsgebundene, noch gewerkschaftliche Interessensvertretung festlegen ließ. Er hob in seinen Flugblättern, im Gegensatz zu den DKP-Vereinen, immer den politischen Stellenwert der Kämpfe hervor und versuchte ansatzweise ein antikapitalistisches Bewußtsein zu schaffen, was ein Weiterführen des politischen Kampfes nach einem verlorenen juristischen Kampf jederzeit ermöglichte. Spätestens hier werden die Vereine aussteigen und auch die Jusos nur noch unter für ihre Parteipolitik günstigen Umständen bereit sein zur „begrenzten Regelverletzung“, wie Karsten Voigt es einmal ausdrückte. Der einzige Unterschied zwischen den traditionellen Mietervereinen und dem „Internationalen Mieterbund“ der Jusos wäre, daß der „Mieterbund“ ein „Internationaler Verein“ sein sollte. Als Fortschritt gegenüber der DKP geht bei den Jusos die Erkenntnis ein, daß die Zusammensetzung der Arbeiterklasse sich in den letzten 40 Jahren wohl erheblich verändert hat und sie heute „international“ oder besser multinational zusammengesetzt ist. Wie die DKP als Ziel der Mobilisierung den Eintritt in ihren Verein angab, so gibt die Jusos als Losung die Gründung ihres „Mieterbundes“ aus.

An einer realen Kämpfen entspringenden autonomen Organisation konnten beide nicht interessiert sein.

Und genau an diesem Punkt beginnt unsere eigentliche Arbeit. Wenn wir im Häuserkampf gesagt haben, Widerstand ist möglich, so müssen wir jetzt angeben, wie es möglich ist, ihn massenhaft siegreich zu organisieren. Wir haben in einzelnen Fällen die Möglichkeit einer radikalen Interessensdurchsetzung bewiesen, jetzt müssen wir zeigen, wie, massenhaft durchgesetzt, ihre Integration weder durch leere Versprechungen noch durch nackte Gewalt erzwungen werden kann.

Dies erfordert massenhafte Basisarbeit in den Stadtteilen und Betrieben, erfordert, daß wir in **allen Bereichen** intervenieren, daß wir die Leute im Stadtteil nicht nur als „Spezies Mieter“ sehen, sondern als Mensch mit allen seinen Problemen, erfordert, daß wir in Form von Stadtteilzentren revolutionäre Gegensituationen aufbauen und Gegenmacht organisieren.

Die lapidare Frage: „Was kann man denn machen? “, die unserer aufklärerischen Tätigkeit oftmals entgegengesetzt wird, können wir, wollen wir politisch ernst genommen werden, nicht durch Vorschläge unsererseits wie „Häuser besetzen, Miete nicht bezahlen, Streik“ und dergleichen mehr beantworten, sondern nur dadurch, daß wir von unserer Seite aus praktische organisatorische Strukturen und

Voraussetzungen schaffen, die es ermöglichen mit den Leuten zusammen praktisch Gegenmacht auf allen Ebenen aufzubauen.

Wenn wir uns fragen, warum wir dem System gegenüber eine stärkere Position haben, als die Masse der Leute, so müssen wir uns eingestehen, daß dies nicht nur Folge unseres fortgeschrittenen Bewußtseins ist, sondern wesentlich dadurch bestimmt ist, daß wir uns auf bestimmten Ebenen relativ unabhängig vom System gemacht haben, daß wir die „Gegenmacht“ zwar mehr schlecht als recht, aber immerhin, im Alltag aufgebaut haben. Wir sind eben auch auf der ganz materiellen Ebene nicht mehr so leicht zu treffen wie [illegible], wir haben eine stärkere Position im Umgang mit Behörden, Ärzten usw., weil wir einen Zusammenhang mit linken Anwälten, Ärzten etc. haben. Gegenmacht organisieren und gegenüber den Massen öffnen – angefangen bei medizinischen, rechtlichen Versorgungen, kollektiver Lebensorganisierung, Kindererziehung, Auseinandersetzung mit Behörden, bis hin zu milizartigen Selbsthilfeorganisationen und Massenguerillas gegenüber den Hausbesitzern, Faschisten, Fabrikbesitzern.